Deutsche

Parlaments-Bücher.

Zweite Serie. Dritter Theil.

Verhandlungen über die österreichische Frage.

Erste Abtheilung.

Stuttgart, 1849.
Franz Heinrich Köhler.

Berathung über die österreichischen Angelegenheiten.

Hundert und erste Sitzung in der Paulskirche.

Montag den 23. October 1848. (Vormittags 9 Uhr.)

Vorsitzender: Theilweise **Heinrich v. Gagern**; theilweise Vicepräsident **Simson**.

Vicepräsident Simson: Meine Herren! Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Ausschusses über die Anträge der Abgeordneten Venedey und Nauwerck, die Wahrung der Interessen Deutschland's in den gegenwärtigen Zuständen Oesterreich's betreffend.

(Die Redaction läßt den Bericht hier folgen:)

„Dem am 17. October neugebildeten Ausschusse für die österreichischen Angelegenheiten sind die beiden nachstehenden Anträge zur Begutachtung überwiesen worden:

I. Ein Antrag des Abgeordneten Venedey und 23 Genossen, welcher folgendergestalt lautet:

„Die Unterzeichneten tragen darauf an, die hohe Reichsversammlung möge beschließen: 1) Das Reichsministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten deutschen Interessen in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschland's zu unterstützen; 2) das Reichsministerium aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle Truppen deutsch-österreichischer Länder nur den gesetzlichen und verantwortlichen Behörden, dem constituirenden Reichstage und den constitutionellen Ministern zur Verfügung stehen; 3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Commissarien zu übertragen."

II. Dringlicher Antrag des Abgeordneten Nauwerck, welcher zur Begründung um das Wort bittet. Derselbe lautet:

„In Erwägung:

„Daß die Wiener Bevölkerung auf die Bewahrung sowohl der deutschen Nationalität, als der Freiheit abzweckt;

„daß Deutschland jedem seiner Stämme Nationalität und Freiheit verbürgt hat; daß der

erfolgte Einbruch einer croatischen Armee auf deutsches Gebiet einen Kriegsfall gegen Deutschland bildet, noch gewisser, als das unlängst von einer italienischen Flotte befürchtete Bombardement Triest's;

„daß der Kaiser von Oesterreich ohne Nöthigung sich vom Sitze der constitutionellen Gewalten entfernt hat;

„daß der Kaiser von Oesterreich sammt der ihn mißbrauchenden Camarilla nicht Oesterreich ist und ohne einen verantwortlichen Minister keine gesetzliche Macht auszuüben vermag;

„beschließt die deutsche Nationalversammlung: 1) der österreichische Reichstag nebst den Sicherheitsbehörden Wiens wird für jetzt als die einzige gesetzliche Gewalt im deutschen Oesterreich anerkannt; 2) das deutsche Reichsministerium hat der gesetzlichen Gewalt des deutschen Oesterreichs unverzüglich gegen die äußeren und inneren Feinde den nachdrücklichsten Beistand zu leisten, und zu diesem Behufe sofort ein Reichsheer aufzubieten!!"

Beide Anträge sind durch den am 6. October d. J. zu Wien ausgebrochenen Aufstand hervorgerufen, der in wenigen Stunden sich über die gesammte Bevölkerung der Hauptstadt ausbreitete, und in den darauf folgenden Tagen auch die nahe gelegenen Umgebungen umfaßte. Der Abgang des Kaisers von Oesterreich nach Mähren, die Auflösung des österreichischen Ministeriums

nach der Ermordung des Kriegsministers, indem nur der Finanzminister in Wien allein in Function blieb, die Entfernung eines großen Theils der Abgeordneten — namentlich der böhmischen — von dem constituirenden Reichstage in Wien, endlich die Aufstellung eines kaiserlichen Heeres in der unmittelbarsten Nähe der Hauptstadt, das Herbeiziehen der Heeresmassen des Banus von Kroatien einerseits, sowie andererseits das Anrücken magyarischer Hülfe für die in Wien selbst augenblicklich herrschende Partei geben zu der traurigen Befürchtung eines blutigen Bürgerkriegs gerechten Anlaß. Ebensowenig darf man sich verhehlen, daß gerade unter den obwaltenden Umständen die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes um so schwerer gefährdet werden können, als auf beiden Seiten neben den feindlich gegenüberstehenden deutschen Parteien nicht minder national-feindliche Bundesgenossen in den Slaven und Magyaren zum Kampfe auf dem deutschen Boden herbeigezogen werden dürften. Aber der mögliche Umfang des Kamfschauplatzes und der Streitkräfte, die mangelhaften Nachrichten über den gegenwärtigen Stand der dortigen Ereignisse, die große Entfernung Wiens von Frankfurt, welche nur in acht Tagen eine gegenseitige Communication verstattet, erhöhen außerordentlich die Schwierigkeit einer rechtzeitigen und angemessenen Einwirkung von unserer Seite. — Es verdient daher unsere volle Anerkennung, daß die provisorische Centralgewalt bereits am 12. October, also bereits zwei Tage nach dem Eingange der ersten Nachrichten über den Wiener

Aufstand, den Entschluß gefaßt hat, zwei Reichskommissäre nach Wien und an das kaiserliche Hoflager abzusenden, um auf möglichst friedliche Weise die entgegenstehenden Interessen zur Ausgleichung zu bringen. Sie sollen sich an Ort und Stelle von der Lage der Angelegenheiten durch eigene Anschauung und Prüfung vollständig unterrichten, um dann mit Sicherheit die geeigneten Maßregeln anzugeben, welche zur raschen Beendigung des Bürgerkrieges führen können. Aus der den beiden Reichscommissarien Welcker und Mosle unter dem 12. October ertheilten Vollmacht geht hervor, „daß sie als Reichscommissäre für alle österreichischen Gebietstheile des deutschen Bundesstaates bevollmächtigt und befugt sind, alle zur Beendigung des Bürgerkriegs, zur Herstellung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, zu dem Ende mit den verantwortlichen Räthen der Krone, und nach Lage der Verhältnisse mit dem constituirenden Reichstage in Verhandlung zu treten, entsprechenden Falles die zur Durchführung des vorgezeigten Zweckes erforderlichen Anordnungen zu erlassen, weßhalb auch alle Civil- und Militärbehörden hiermit angewiesen werden, den Verfügungen der Reichscommissäre unweigerlich Folge zu leisten." Beide Reichscommissäre werden auch noch insbesondere ermächtigt, „Specialcommissäre für einzelne Fälle oder bestimmte Bundesgebiete zu bestellen und mit erforderlichen Vollmachten des Reiche zu versehen." — Es ist demnach unzweifelhaft, wie au

der Reichsminister der inneren und auswärtigen Angelegenheiten in der Sitzung am 16. October diese Vollmacht bereits erläutert hat, daß in derselben den Commissären das Mittel gewährt ist, sobald sie sich an Ort und Stelle von der Nothwendigkeit der Herbeirufung der Reichstruppen überzeugen sollten, dieselben aus den benachbarten Reichsländern in Anspruch zu nehmen. Es leuchtet ebenso klar ein, daß die Herbeirufung der Reichstruppen durch diese Commissäre auf dem Kampfschauplatze weit schneller und zweckmäßiger die augenblickliche Hilfe darbieten kann, als wenn erst unmittelbar von Frankfurt aus durch die provisorische Centralgewalt eine solche Anordnung getroffen werden sollte. — Wenn nun durch diese Absendung der beiden Reichscommissäre mit so umfassender Vollmacht der hohen Nationalversammlung die Aussicht eröffnet ist, von Frankfurt aus auf die bald mögliche Beendigung des Bürgerkrieges in Oesterreich in geeigneter Weise eingewirkt zu haben, so vermissen wir doch in der Beauftragung der Commissäre eine nachdrückliche Anempfehlung, die I n t e r e s s e n D e u t s c h l a n d 's in ihrem vollen Umfange auf ihrer Mission nachdrücklichst zu wahren. Wir fühlen uns um so stärker verpflichtet, unsere Anträge darauf hinzurichten, als gerade jetzt unter den schwierigen Verhältnissen der deutsch-österreichischen Länder den Interessen Deutschlands hier, sowohl unter den slavischen als magyarischen Einflüssen, empfindliche und fortdauernde Nachtheile zugezogen werden könnten. — In dieser Ansicht sieht sich der Ausschuß

durch die umfassenden Debatten über die vorliegenden Fragen auf das Unzweideutigste bestärkt, da bei der verschiedenartigsten Auffassung des Charakters der gegenwärtigen Bewegung in Wien die Betheiligung und Einwirkung eines slavischen oder magyarischen Einflusses auf die gegenseitigen Conflicte nicht in Abrede gestellt werden können. Es fand demnach in dem Ausschusse für den ersten Satz des Venedey'schen Antrags eine allgemeine Billigung statt, wiewohl in Bezug auf die darüber zu stellenden Erachten eine wesentliche Meinungsverschiedenheit sich bildete. Was den zweiten und dritten Satz des genannten Antrags anbetrifft, so hielt die Majorität des Ausschusses nicht für angemessen, näher auf das Detail der Anordnungen einzugehen, vielmehr dieselben dem Reichsministerium und den von demselben abgesandten Commissären zu überlassen. Sie wurde zu dieser Ueberzeugung auch noch besonders durch die eigenthümlichen Schwierigkeiten geleitet, welche in der gegenwärtigen Formirung des österreichischen Heeres aus den verschiedenen Bestandtheilen des österreichischen Staates für die Erfüllung jenes Theiles des Antrags sich geltend machen dürften. Aus diesen Gründen legt der Ausschuß, da eine Majorität von zehn Mitgliedern mit einer Minorität von fünf Mitgliedern über die Fassung eines gemeinschaftlichen Erachtens sich nicht einigen konnte, über den Antrag des Abgeordneten Venedey nachstehende Vorschläge zur Beschlußnahme vor:

Majoritäts-Erachten.

„Die Nationalversammlung möge beschließen:

1) Die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Commissären nach Wien, — in welcher die Nationalversammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkrieges und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschland's wahrnimmt, — gutzuheißen;

2) das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Commissären eingehenden Berichte, sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit jede zum Schutze etwa in Frage gestellten Interessen Deutschland's nothwendige Maßregel zu ergreifen, und über dieselben der Nationalversammlung Mittheilung zu machen.

Unterzeichnet von v. Beisler. Schubert von Königsberg. Löw von Posen. Somaruga von Wien. v. Schrenk von München. Francke von Schleswig. Weiß von Salzburg. Arneth von Wien. v. Zenetti. Neumayr von München.

Minoritäts-Erachten.

„Die Reichsversammlung möge beschließen:

1) Das Reichsministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen;

2) das Reichsministerium aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungsmäßigen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen;

3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Commissären zu übertragen."

Unterzeichnet von Venedey. Ignaz Kaiser von Wien. Kirchgeßner von Würzburg. Reitter von Prag. Pattai von Gratz.

In Bezug auf den Antrag des Abgeordneten Nauwerck, soweit derselbe nicht durch die vorstehenden Erachten erledigt ist, erachtet der Ausschuß der Nationalversammlung vorzuschlagen, zur Tagesordnung überzugehen.)

Vicepräsident Simson: Zu diesem Berichte, meine Herren, sind vier Verbesserungs-Anträge eingegangen, die ich Ihnen der Reihe nach verlesen werde, zuerst ein Verbesserungsantrag des Herrn Berger:

„Die Nationalversammlung beschließt:

1) Ihre Mißbilligung auszudrücken, daß die Centralgewalt im Interesse der deutschen Sache und zur raschen Beendigung des in Oesterreich ausgebrochenen Bürgerkriegs keine energischen Mittel ergriffen hat;

2) der Centralgewalt aufzutragen, sie habe den Kaiser von Oesterreich aufzufordern, daß er sich

ungesäumt nach Wien an den Ort der constitutionellen Gewalten zu begeben habe;

3) der Centralgewalt aufzugeben, daß sie sofort die Aufhebung der militärischen Cernirung Wiens und den Abmarsch der sämmtlichen um Wien zusammengezogenen Truppenmassen zu verfügen habe;

4) der Centralgewalt aufzugeben, sie habe die zur eventuellen Beendigung des Bürgerkrieges erforderlichen Reichstruppen unter die Befehle des Wiener Reichstags zu stellen;

5) zu erklären, daß alle von dem Kaiser von Oesterreich ohne constitutionelle Contrasignirung erlassenen Befehle und Verfügungen ungiltig und als nicht erlassen anzusehen sind. Berger. Vogt. Kudlich. Wiesner. Schilling."

Ferner ein Antrag des Herrn Leue:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die Nationalversammlung erklärt Namens des deutschen Volkes für ihr Recht und ihre Pflicht, das nationale Interesse und die freiheitliche Entwickelung in den deutsch-österreichischen Landen zu schützen.

Sie fordert demgemäß das Reichsministerium auf, durch die abgesandten Reichscommissäre, die zu diesem Schutze geeigneten Maßregeln zu ergreifen, und solche mit aller Kraft auszuführen. Leue. Höfken. Stremayr. Liebmann. Archer. Ostendorf. v. Mayfeld. Grumbrecht. Mako-

wiezka. Backhaus. Werner. Neugebauer. Groß. Möller von Reichenberg. Zell. Mittermaier."

Ferner ein Antrag des Herrn Förster von Hünfeld:

„Die Nationalversammlung, indem sie ihr Bedauern darüber ausdrückt, daß Ereignisse, wie sie in Ungarn und den 6. October in Wien vorgekommen, und in ihren Folgen in und um Wien stehen, nicht vorgebeugt worden ist, wie doch leicht hätte geschehen können, beschließt:

1) Das Reichsministerium ist aufgefordert, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich die hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen:

demgemäß sofort ein imposantes Reichsheer zur Vertheidigung jener Interessen gegen äußere und innere Feinde marsch- und schlagfertig aufzustellen;

2) der österreichische Reichstag nebst den Sicherheitsbehörden Wiens wird für jetzt als die einzige gesetzliche Gewalt im deutschen Oesterreich anerkannt, und es hat das Reichsministerium dahin Sorge zu tragen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen für die Dauer der Abwesenheit des Kaisers von Wien nur unter den Befehlen der anerkannten Gewalt, nur ihr zur Verfügung stehen;

3) (Venedey'sche Antrag Nr. 3) das Reichsministerium ist aufgefordert, die Ausführung dieser

Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Commissarien zu übertragen;

4) diese Commissarien sind zu beauftragen, mit aller Kraft die Entfernung der reaktionären Camarilla aus der Umgebung des Kaisers zu fordern, und auf eine Maßregel zu dringen, die der Kaiser Franz in Beziehung auf die Regierung nach seinem Tode beabsichtigte, die aber Metternich gegen den Familienrath hintertrieb;

5) den Commissarien ist weiter der besondere Auftrag zu ertheilen, sich hinsichtlich der Angelegenheiten Italiens, Ungarns und der ehemals polnischen Provinzen mit den in Wien und Pesth befindlichen verfassungsmäßigen und verantwortlichen Organen ins Einvernehmen zu setzen, und kräftigst dahin zu wirken, daß den Forderungen der Zeit, des Rechtes und der Ehre im wahren Interesse Oesterreichs und Deutschlands Rechnung zu tragen, auch eine unumwundene Erklärung wegen unbedingter Unterordnung der zum deutschen Bunde gehörenden österreichischen Staaten unter die Centralgewalt des deutschen Reichs und wegen Aufhebung der Realunion dieser Staaten mit andern durch die Person des Kaisers vereinigten Staaten gegeben werde."

Endlich ein Antrag des Abgeordneten Mareck und Pattai:

„Die constituirende Versammlung beschließt: Die Centralgewalt aufzufordern, bei den ge-

genwärtig in Oesterreich eingetretenen Umständen alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen, und so mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen,

insbesondere aber die sofortige Entfernung der von Jellachich befehligten croatischen Armee aus dem Reichsgebiete, und die Einstellung aller Feindseligkeiten von Seite der übrigen Truppen gegen die Stadt Wien zu veranlassen;

für den Fall, daß diese Maßregeln zur Herstellung des Friedens und zur Sicherung der deutschen Interessen unzureichend wären, oder der Durchführung desselben irgend welche Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten, beschließt die Nationalversammlung ferner:

Die Centralgewalt aufzufordern, ungesäumt den Oberbefehl der in den deutsch-österreichischen Provinzen befindlichen Truppen zu übernehmen, und die Administration der Provinzen von Seiten des Reiches einzuleiten."

Als Redner, meine Herren, haben sich für — soll vermuthlich heißen, für den Antrag der Majorität — einschreiben lassen: v. Mayenfeld, v. Somaruga, Bassermann, Eisenmann, Roß, Kaiser, v. Vincke, Tellkampf, Fuchs; gegen: Reitter, Berger, Schmidt von Löwenberg, Venedey, Schilling, Riehl, Wiesner, Makowiezka, Nauwerck, Mareck, Roß von Prag, Kudlich, Förster und Hoffmann. Ich gebe zuerst das Wort Herrn Reitter. Darf ich die Herren wohl bitten, aus den Gängen sich

zu entfernen, und ihre Plätze einzunehmen. Ich richte diese Bitte an die Herren auf allen Seiten des Hauses.

Reitter von Prag: Meine Herren! Als die Mitglieder des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten zur Berathung über die Anträge der Abgeordneten Venedey und Nauwerck, auf Wahrung der Interessen Deutschlands in den gegenwärtigen Zuständen Oesterreichs zusammentraten, und die dortigen Zustände besprachen, so kamen sie natürlich bald einstimmig dahin, daß man zuerst sich den Hauptumstand klar machen müsse, ob die jetzige Bewegung in Wien eine vorwiegend radicale, oder vorwiegend nationale ist. Als man diesen Gegenstand besprach, traten natürlich sehr verschiedenartige, ja sogar einander entgegengesetzte Meinungen hervor. Ich sehe mich deßwegen veranlaßt, Das hier zu wiederholen, was ich in dieser Beziehung bereits im erwähnten Ausschusse gesagt habe. Ich sehe mich zu diesem Eingange um so mehr veranlaßt, als heute eine Interpellation von dem Abgeordneten für den Kreis Birnbaum-Meseritz vorgekommen ist, die die nationale Richtung der Bewegung in Wien in Zweifel zieht, und eine Antwort des Reichsministeriums hierauf erfolgt ist, die mit der Meinung des Abgeordneten für Birnbaum-Meseritz übereinzustimmen scheint. Wir wollen demnach sehen, was in der jetzigen Bewegung Wiens so sehr Demokratisches liegt, und wollen zuerst den Charakter einer demokratischen Bewegung überhaupt ins Auge fassen, und da, glaube ich, kann Niemand leugnen, daß bei dem Beginn einer demokratischen Bewegung immer

ein Kampf zwischen Truppen und Volk stattfindet, und das Trachten des Volks dahin geht, die Truppen aus der Stadt zu entfernen. Ist dies aber in Wien geschehen? Nein! Warum entspann sich nun ein Kampf zwischen einem Theile der bewaffneten Macht und dem Volke? Ganz des Gegentheils wegen; nämlich, um die Truppen in der Stadt festzuhalten. Ich glaube, daß, wenn die Demokraten die ganze Sache geleitet hätten, wie man es glauben machen will, so würden sie gewiß darüber frohlockt haben, wenn die Truppen aus der Stadt sich entfernt hätten, um sich desto leichter der Stadt und der Angelegenheiten derselben zu bemächtigen. Aber ganz das Gegentheil geschah, und ich sehe in dem Benehmen des Volkes, das die Truppen von ihrem Ausmarsche hindern wollte, gar nichts Demokratisches. — Ferner sieht man bei allen demokratischen Revolutionen, daß das bestehende Ministerium gestürzt wird, und die Mitglieder desselben flüchten müssen. Das haben wir aber in Wien nicht gesehen, sondern das Volk hat ausdrücklich verlangt, daß drei Minister, die im früheren Ministerium waren, am Ruder verbleiben, die Angelegenheiten des Reichs fortführen und in Händen behalten sollten. Ich sehe also in diesem Ansinnen des Volkes wiederum gar nichts Demokratisches. Ferner muß ich leider einen Gegenstand ebenfalls berühren, obwohl ich lieber keine Erwähnung hiervon thun möchte, weil er das menschliche Gefühl berührt; ich meine die scheußliche Unthat, die mit dieser Bewegung vorgekommen ist. Es ist ein sehr bekanntes Manöver, und es hat die

nicht allein in Deutschland, sondern auch in Frankreich und England stattgefunden, daß, wenn eine Unthat bei einer Bewegung vorgekommen, man diese Bewegung dafür verantwortlich machte. Ich glaube, daß, wenn man sagt, daß Jemand ermordet worden ist, man die Demokraten für diesen Mord verantwortlich macht. Meine Herren! Es ist Das eine so unsinnige Behauptung, als wenn man behaupten wollte, daß der Mörder Heinrich's IV. auch ein Demokrat gewesen sei. Es ist mancher Fürst ermordet worden, und die Geschichte hat bewiesen, daß die Mörder von Fürsten und andern hochgestellten Personen keinenfalls Demokraten waren. Was von Seiten jenes Mannes geschehen, der jedenfalls nicht allein ein Verbrechen begangen hat in menschlicher Beziehung, sondern auch an der guten Sache, indem er dieselbe compromittirte, so muß ich doch erklären, daß keineswegs, wie ausgemacht erscheint, er ein Demokrat war. Man muß bedenken, daß Latour sich seit dem 6. August als ein ganz undeutscher Mann benommen hat, und unbeliebt war. Diese Unbeliebtheit wuchs fort bis zur Entdeckung jener Briefe, die bewiesen haben, daß er die Hand geboten hat zu jener Unternehmung, die gegen die deutsche Nation gerichtet war. — Ferner wird ebenfalls das Benehmen des Reichstages getadelt, und dasselbe als höchst demokratisch dargestellt. Ich sehe das Gegentheil. — In seinen Adressen und Publicationen finde ich nichts Demokratisches; ich finde in allen diesen Documenten ein Bemühen, um jeden Preis die constitutionelle Monarchie zu stützen; obwohl der

Reichstag immer gebeten wird, eine andere, eine energischere Sprache zu führen. Daß der Reichstag die Executivgewalt in die Hand genommen hat, war die nothwendige Folge der Lage der Dinge in Wien. — Wenn der Regent flieht und das Land und die Stadt ohne Regierung läßt, so ist der Reichstag mehr als je verpflichtet, die Executivgewalt in die Hand zu nehmen, und ich glaube, wir sind ihm dafür verpflichtet, und sind ihm dafür Dank schuldig; denn sonst wäre in Wien die Anarchie ausgebrochen, die zu befürchten war, die aber nicht eingetreten ist. — Ich sehe nichts Demokratisches in der jüngsten Wahl des ersten Vicepräsidenten. Welcher Mann wurde gewählt? Ein Mann der äußersten Linken, oder der Linken überhaupt? Nein. Es wurde Pillersdorff gewählt, ein redlicher Charakter, der aber keineswegs für die neuen Ideen enthusiastisch schwärmt, vielmehr ein Mann des alten Regimes ist. Wenn nun eine Partei da wäre, die Alles tyrannisirt; dann wäre, glaube ich, die Wahl Pillersdorff's zum ersten Vicepräsidenten unmöglich gewesen. Was besonders Einige gegen die Bewegung aufgebracht hat, ist der Umstand, daß man etwas angegriffen, was von der Majorität des Reichstages bis zur Stunde des Ausbruches gebilligt wurde. Ich würde derselben Meinung sein, wenn die Zusammensetzung des Reichstags dieselbe wäre, wie die anderer gesetzgebender Körper. Bekanntlich hat man auf willkürliche Weise das slavische Element hineingezogen, das nicht hinein gehörte, und es haben sich die meisten der slavischen Abgeordneten auf die rechte Seite

des Hauses gesetzt, nicht etwa, weil sie dem conservativen Princip huldigen, denn sie haben in ihrem Wirken in den Provinzen immer das Gegentheil bewiesen, sondern weil sie dem deutschen Elemente opponiren, und eine Partei bilden wollten, die Alles zu unterdrücken strebte, was vom deutschen Staate herkommt. Daß die deutsche Partei im Reichstage sich offen und unumwunden für das demokratische Princip erklärt hat, das wird Niemand übel nehmen, glaube ich, denn nachdem sie von der Dynastie verlassen worden war, hatte sie keine andere Hilfe, als die der Demokratie. Wenn man daher gegen die Beschlüsse der Majorität, gegen Das, was von Latour ausging, ankämpfte, so war Das nicht eine Auflehnung gegen das repräsentative System, sondern gegen die Unterdrückung, welche von der antinationalen Partei ausgegangen war. Man spricht aber auch von Anarchie, und unterstützt diese Behauptung mit folgenden Gründen. Man fragt: Wer ist denn eigentlich Regent in Wien? Ist es etwa der Reichstag? Nein, denn er muß die executive Gewalt theilen mit dem Ministerium, mit dem Gemeinde-Ausschuß, der Aula und den demokratischen Centralvereinen. Das ist doch wahre Anarchie? Meine Herren! wenn eine Stadt so bedroht ist, wie Wien in diesem Augenblicke, wo es gilt, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um die Stadt zu vertheidigen, so würde die Kraft des Reichstags nicht hingereicht haben, um alle diese Arbeiten allein auf seinen Schultern zu tragen. Wenn im Berichte die Ansicht dahin ausgesprochen wird, daß in Wien die Ordnung

wiederhergestellt werden müsse, so leugne ich, daß dort überhaupt früher Ordnung herrschte; es herrschte dort früher ebenso die Anarchie, als jetzt, wenn sie überhaupt wirklich da ist. Denn das Benehmen des Ministerii gegen Jellachich ist doch, gelinde gesagt, auch eine Anarchie, wie hätte es sonst ein und zwanzig Handbillette schreiben lassen, und auf der anderen Seite sagen können, man brauche sich nicht darnach zu richten? Wenn man dem einen Minister Befehle ertheilte, wovon die anderen, die doch ebenso verantwortlich waren, nichts wußten, ist das, gelinde gesagt, nicht ebenfalls Anarchie? (Beistimmung auf der Linken.) Ich glaube daher, wenn wir — ironisch ausgedrückt — die Ordnung wiederherstellen wollen, welche vorher da war, so würden wir uns sehr zu beklagen haben; wir Deutschen in Oesterreich wenigstens bedanken uns für eine solche Ordnung. (Lebhafter Beifall auf der Linken.) Wenn aber, was ich leugne, eine Anarchie wirklich da ist, so könnte man sie ebenfalls in der Hofpartei finden, und mehr als einen Beweis dafür beibringen. Wie konnte z. B., als das Hoflager umgeben von Truppen in Stein eintraf, Lobkowitz, welcher nicht einmal vom Regenten factisch zum Minister ernannt worden war, den dortigen Kreishauptmann auffordern, an das Volk eine Proclamation ergehen zu lassen, die von keinem Minister contrasignirt war? Der Kreishauptmann antwortete, daß er als untergeordneter Beamter den Regierungen in den Provinzen keinen Befehl ertheilen könne. Und was that dann Lobkowitz? Er nahm die Abschriften dieser Procla-

mation, unterschrieb sie, und sagte, man möge sich weitere Abschriften davon machen lassen, die er indessen in bianco unterschriebe. Ist das Ordnung, oder Anarchie? Wer hat Lobkowitz, der nicht einmal factisch, noch viel weniger aber constitutioneller Minister war, ermächtigt, solche Proclamationen hinauszuschicken? Die bittersten Vorwürfe treffen auch die Aula in Wien, denn sie stellt man ganz besonders als den Herd der demokratischen Umtriebe dar. Ich glaube, meine Herren, wenn sie alles Das, was in den Zeitungen darüber erschienen ist denn officielle Mittheilungen fehlen uns ebensosehr, als dem Reichsministerium — nachlesen und aufrichtig prüfen, so werden Sie gestehen müssen, daß die Aula sich keineswegs so ultrademokratisch benommen hat. Ich muß Sie da auf folgenden Umstand aufmerksam machen: als der Centralverein den Demokraten der Aula Vorschläge machte, welche von derselben zu adoptiren waren, hat die Aula sie zurückgewiesen, eben weil sie etwas stark demokratisch waren, und ich sehe darin ein sehr taktvolles Benehmen dieser jungen Männer, welches ich allen Parteien in und außerhalb Wien wünschen möchte. (Auf der Linken Beistimmung.) Endlich sagt man, der klarste Beweis von dem Vorhandensein der Anarchie sei der, daß Alles, was Hab und Gut besitze, sich aus Wien flüchte. Ich sage dagegen, daß die Flucht wohl eine Thatsache ist, die Gründe derselben aber ganz wo anders liegen. Man hat sich nicht sowohl vor dem bewaffneten Volke gefürchtet, sondern vor den räuberischen Horden des Jellachich, deren Ueberfall zu fürchten war

(Widerspruch auf der Rechten, Bewegung), und dieß bestätigen Briefe aus Wien selbst. Ich glaube, daß diese Furcht keineswegs so unbegründet ist, denn wir haben schon früher gesehen, wie sich diese sogenannte Armee des Jellachich benommen hat, und ich bin überzeugt, daß sie es auch jetzt, wenn sie in Wien eingedrungen wären, nicht anders gemacht haben würden. Vergegenwärtige ich mir nun alle diese Gründe, so finde ich, daß die jetzige Bewegung in Wien keineswegs eine rein demokratische, sondern eine vorwiegend nationale ist. Daß dabei demokratisches Element im Spiele ist, wird wohl Niemand leugnen; man wird es vielmehr natürlich finden, denn wenn man gegen eine Camarilla Opposition macht, so kann man sich unmöglich gegen die von ihr drohenden Gefahren mit conservativen Principien rüsten; man muß, um der Gefahr die Spitze zu bieten, eben etwas Demokrat werden, dieß wird wohl Jeder in der Versammlung zugeben. Daß übrigens das nationale Element im Spiele ist, beweisen schon Nachrichten, die vor Ausbruch der Bewegung aus Wien uns zukamen. Unter Anderen las man in der gut unterrichteten deutschen Zeitung, daß gegen die czechischen Deputirten in Wien ein großer Unwille vorherrsche, weil sie gegen das deutsche Interesse Opposition bildeten. Wir sehen ferner, daß der Präsident Strobbach sich weigerte, obwohl Gefahr vorhanden war, den Reichstag aufzufordern, Sitzung zu halten, wie es doch seine Pflicht gewesen wäre. Er hielt aber keine, weil er ein sah, daß die Bewegung eine deutsche war. Betracht

wir weiter das Benehmen der entflohenen Deputirten in Prag. Wir sehen hier, daß sie sich an jene Männer wandten, welche sich früher gegen die gesetzliche Gewalt im Juni auflehnten. Wenn sie sich vor einer demokratischen Bewegung zurückzogen, so durften sie sich gewiß nicht an die Männer der Swornhorst, sie mußten sich vielmehr an Diejenigen wenden, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung da waren. Wie kam es, daß jene Swornhorstmänner, früher die erbittertsten Gegner des Windischgrätz, jetzt mit demselben der Art sympathisirten, daß sie erklärten, zu seiner Disposition sich stellen zu wollen? Diese Thatsache kann nicht geleugnet werden, sie ist erwiesen. (Bewegung.) Ebenso haben wir durch verbürgte Mittheilungen erfahren, daß die Kanonen, welche von Prag nach Wien gesandt wurden, von den czechischen Studenten mit Blumen bekränzt wurden. Es sind diese dieselben, die im Monat Juni so sehr gegen die executive Gewalt angekämpft hatten, welche jetzt die Kanonen bekränzen, mit denen man in Wien die deutschen Kämpfer für Freiheit niederschießen wird! (Hört! Hört! auf der Linken.) Wie kommt es, daß eine Spaltung selbst in der Armee stattfinden konnte, in der österreichischen Armee, welche von jeher in allen Kriegen so sehr disciplinirt erschienen ist, daß man in in der compacten Masse, welche sie bildete, einen Unterschied der Nationalitäten kaum bemerkte? Wie kommt es, daß diese Spaltung nicht etwa bei einzelnen Bataillonen Wiens in Folge von Geldbestechungen — wie dieß der Herr Unterstaatssekretär v. Würth angab —

sondern auch in Ungarn, in Böhmen stattfindet? Denn Privatnachrichten zufolge weigerte sich auch das in Pilsen garnisonirende Regiment Kevenhüller nach Wien zu marschiren, weil es nicht gegen seine eigene Landsleute kämpfen wollte. Endlich ist noch der vielsagende Umstand da, nämlich der: als die Nachrichten von der Bewegung in Wien nach Krakau gelangten und man anfänglich diese für eine rein demokratische hielt, bereitete man sich gleich zu einer Erhebung vor, welche auch bald darauf ausgebrochen wäre, wenn nicht schnell slavische Sendlinge gekommen wären und ihnen gesagt hätten: „Für jetzt müßt Ihr inne halten, denn die Bewegung ist nicht für, sondern gegen uns," — und die polnische Bewegung unterblieb. Endlich, wenn die Bewegung in Wien eine rein demokratische ist, so frage ich, — wie ich schon in der letzten Sitzung zu bemerken Gelegenheit hatte: — Wie ist es möglich, daß diejenigen Deputirten, die in den Prager Juni-Ereignissen am Meisten compromittirt waren, jetzt unmittelbar in der Nähe des Kaisers sich befinden. Das scheint mir keine geeignete Maßregel gegen die demokratische Bewegung in Wien zu sein, wenn man solche Leute zu Rathe zieht. Nachdem ich nun getrachtet habe, meine Meinung zu begründen, daß die Bewegung eine vorwiegend nationale und nicht eine vorwiegend demokratische ist, so gehe ich auf den Bericht über, und muß vor Allem etwas rügen, was ich in diesem Berichte als factisch unrichtig erklären muß. Es wird unter Anderm gesagt: „Indem nur der Finanzminister allein in Wien in Function blieb." Ma

wollte dadurch, daß nur **ein** Minister blieb, anzeigen, daß die Bewegung eine demokratische sei. Wie ich aber schon früher bemerkt habe, verlangte das Volk ausdrücklich, daß **drei** Minister, diejenigen nämlich, von denen man wußte, daß sie ihre Namen nicht mit ganz gemeinen Intriguen befleckt haben, am Ruder bleiben sollten. Der Minister Hornbostl hat nicht etwa deßwegen abgedankt, weil die Bewegung zu demokratisch war, sondern weil er durch Das, was er am Hoflager gesehen, so erschreckt war, daß er erklärte, er könne nicht mehr an der Regierung Theil nehmen, er könne es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren. (Eisenmann: . . . Man will ihn auf den Spielberg setzen. Heiterkeit im Centrum und auf der Rechten.) Ferner heißt es im Bericht, es seien eigentlich vier Parteien da, zwei deutsche, die sich dort feindlich gegenüberständen, und die magyarische und die slavische. Dieß ist doch factisch unrichtig. Wo ist in und um Wien eine Partei, die sich gegen die Bewegung in Wien erhoben hätte? Ich sehe sie nirgends, man wird doch die sogenannte Armee Jellachich's nicht als eine deutsche Partei erklären wollen?! Ferner sagt man im Berichte, der das Majoritäts-Erachten motiviren soll, daß man in der Instruction für die Reichscommission eine Anempfehlung vermißt, die Interessen Deutschlands soviel als möglich zu wahren. Ich glaube, daß der Herr Berichterstatter da die Wahrheit sagt, aber im Majoritäts-Antrage selbst wird doch die Beförderung der deutschen Interessen selbst bezweifelt, indem man sich des Wörtchens „**etwa**“

bedient. Ich muß dieß für einen offenbaren Widerspruch erklären. Unter Anderem wird im Berichte noch gesagt, daß sämmtliche Mitglieder des Ausschusses mit dem ersten Punkte des ursprünglichen Venedey'schen Antrages einverstanden waren. Wenn sie nun damit einverstanden waren, so frage ich diese Herren, warum sie den §. 1 nicht angenommen, sondern zurückgewiesen haben? Und gewiß gerade auf diesen ersten Paragraphen muß der Nachdruck gelegt werden, denn er anerkennt die Erhebung in Wien als eine nationale. Auch mißbillige ich die Worte: „Zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung." Schon früher habe ich gesagt, daß man die Ordnung herstellen müsse, aber nicht, wie sie früher vorherrschend war, sondern wie sie überhaupt sein soll, denn die frühere Ordnung war eine sehr zu beklagende. Ich könnte wohl noch einige Details in Bezug auf die Anarchie im Hoflager angeben, aber ich enthalte mich dessen, weil ich sie entweder für zu sehr aufregend in dieser Versammlung halte, und weil ich mir einen Ordnungsruf um keinen Preis zuziehen will. (Stimmen vom Centrum wie auf der Linken: Nur zu!) — Ich betrachte das Majoritäts-Erachten für nichts, als eine verhüllte Tagesordnung. Ich glaube, daß das, was in Venedey's Antrag gesagt wurde, hinreiche, um die Maßregeln zu billigen, die von dem Reichsministerium bis jetzt getroffen wurden. Nichtsdestoweniger versagte man aber, diesen sehr sanft abgefaßten Antrag zu adoptiren, und beliebt, ein ganz nichtssagendes Erachten hinzustellen. Man hat

unter Anderem die Truppen nicht unter das Commando des Reichstages stellen wollen, indem man sagt, daß der Reichstag nicht mehr dazu geeignet, nicht mehr legal sei, denn er sei durch den Austritt von einer gewissen Anzahl von Deputirten verstümmelt, wie die Oberpostamtszeitung sagt. Ich habe aber später gefunden, daß dieß nichts als eine schale Verleumdung ist. Die Anzahl des Reichstages ist hinlänglich, um alle Erklärungen, um alle Beschlüsse, die von ihr ausgehen, für legal erklären zu können. und der beste Beweis dafür liegt darin, daß der Kaiser selbst die Beschlüsse des Reichstags als giltig anerkannt hat. Man hat aber nichtsdestoweniger darauf eine neue Theorie gebaut und gesagt, daß, indem eine Zahl von Abgeordneten sich entfernt hat, der Reichstag seine Legalität verloren habe. Meine Herren! Wenn Sie dieses Princip aufstellen wollen, so seien Sie versichert: Es werden auf dieser (links deutend) Seite sich gleich sehr viele Herren bereit finden, und alsobald austreten. (Stimmen auf der linken Seite: Sehr wohl!) Ich muß aber auf Das zurückkommen, was überall, in den Journalen und in den Conversationen, in Bezug auf die Wiener Ereignisse ausgesprochen wurde. Ich muß es sehr beklagen, daß gerade für die czechischen Deputirten man das Wort ergreift, die sich doch bekanntlich in ihren Beschlüssen des slavischen Congresses so offen als unsere Feinde hingestellt haben; ich muß es offen beklagen, daß man es für verbrecherisch findet, wenn man Deutscher ist, da man sogar das Wort ultradeutsch

gebraucht, ein Wort, das uns sonst nur von der panslavistischen Partei entgegengeworfen wurde; ich muß es ferner sehr beklagen, wenn man deßhalb sogar den Sieg der Slaven über die Wiener als einen Sieg der Ordnung über die Republik und Anarchie erklärt; es ist sehr traurig, daß man soweit geht, die Slaven in Oesterreich als die schulmeisterischen Herren für uns Deutsche in Oesterreich hinzustellen, und uns kurz und bündig sagt: „Wenn ihr nicht tanzt nach unserer Pfeife, so werden wir endlich soweit kommen, daß wir die Hülfe Rußlands in Anspruch nehmen werden.“ Nie hätte ich gedacht, dergleichen in Deutschland hören zu müssen, und ich finde in unserer Gegenwart das Gegentheil von Demjenigen, was in Frankreich nach der ersten Revolution geschah; da schritten die Franzosen von Stufe zu Stufe der Ehre und dem Ruhme ihres Vaterlandes näher; wir aber machen eine ganz entgegengesetzte Bewegung, in Folge unserer Revolution kommen wir der Schmach und der Schande immer näher, wenn wir .... (Lärmen und Ruf im rechten Centrum und auf der Rechten: Zur Ordnung!)

Vicepräsident Simson: Herr Reitter! Sie haben selbst erst ausgesprochen, Sie möchten um keinen Preis Veranlassung zu einem Ordnungsrufe geben. Ich wünschte, Sie hielten an diesem Vorhaben fest, und setzten mich nicht in die traurige Nothwendigkeit, den Ordnungsruf auszusprechen. (Fortwährende Aufregung.)

Reitter: Ich muß erklären, daß ich keinesfall irgend Jemanden in der Versammlung einen Vorwu

machen wollte; aber ich muß es doch für eine Schmach erklären, wenn man soweit geht, daß man Rußland's Hilfe ansprechen will. (Auf der Linken: Hört! Hört! — Fortwährende Unruhe.) Es ist dieß in der als ministerielles Organ bekannten Oberpostamts-Zeitung zu lesen. (Fortwährende Unruhe. Im Centrum und auf der Rechten: Oh! Oh!)

Vicepräsident Simson: Sie haben nicht den geringsten Beweis dafür geführt, daß im Schooße der Versammlung Jemand sei . . .

Reitter: Ich spreche nicht vom Ministerium, sondern von der Zeitung desselben. (Gelächter im Centrum. Stimmen daselbst: Wer gibt was auf Zeitungsschwätz!)

Vicepräsident Simson: Sie haben nicht im Geringsten einen Beweis dafür vorgebracht, daß hier in der Versammlung Jemand sich befinde, der sich in irgend welchem Falle entblöden möchte, die Hilfe Rußland's für Deutschland herbeizurufen. Geben Sie keine Veranlassung zu der Zweideutigkeit, als ob Sie das meinen könnten.

Reitter: Ich habe früher schon öffentlich gesagt, daß ich die Aeußerungen, die man in der Oberpostamtszeitung lese, dem Ministerium nicht imputire; ich habe selbst öffentlich erklärt, daß ich aber bedauere, daß dieses Journal nicht besser überwacht werde. (Ironisches Bravo und Gelächter auf der Rechten und im Centrum; Stimmen daselbst: das ist ja Censur!) Man sagt, ich verlange die Censur, das finde ich aber nicht,

denn wenn irgend Jemand ein Blatt zu seinem Organ macht, so muß doch dafür gesorgt werden, daß nicht Ideen darin ausgesprochen werden, die nicht die seinigen sind, von den Lesern aber dafür gehalten werden. (Starker Ruf nach Schluß im Centrum und auf der Rechten.)

Vicepräsident Simson: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Reitter: Meine Herren! Wenn Sie nicht ein energisches Wort für die Deutschen in Oesterreich aussprechen wollen, wenn Sie dieß Element nicht stützen wollen, so werden wir deßwegen nicht aufhören, Deutsche zu sein. Wenn uns auch Hülfe nicht von hier aus wird, so werden wir uns die Hülfe selbst verschaffen, und wir werden Deutsche bleiben mit Sinn und mit Gefühl. (Bravo auf der Linken.)

v. Mayenfeld von Wien: Der österreichische Minister Doblhoff hat in dem Wiener Reichstag ein wahres Wort gesprochen, als er sagte, die Politik wird heutzutage nicht auf der Ministerbank gemacht, sondern der Weltgeist macht die Politik. Es hat zwar Leute gegeben, die darüber gespöttelt haben, allein es sind dieß jene bedauernswerthen groborganisirten Menschen, die sich für nichts in der Welt zu begeistern im Stande sind, die für jede große Idee höchstens ein Achselzucken oder ein vornehmes Lächeln haben. Ich habe diese Leute bedauernswerth genannt, und sie sind es auch wirklich, denn sie können eigentlich nichts dafür, daß sie die Natur so stiefmütterlich behandelt hat. Diese von dem Weltgeist gemachte Politik ist es, die man zu der sei-

nigen machen muß, wenn man nicht unstaatsmännisch handeln, wenn man nicht unmöglich gewordene Systeme verfolgen will. Diese Politik ist es, die den aufgeklärten Oesterreicher seinen Blick nach dem übrigen Deutschland richten, und von dem innigst möglichen Anschluß an dasselbe sein Heil erwarten läßt. Dieses ist das Alpha und Omega unserer Revolution, und wer dem Strome dieser Revolution entgegenschwimmen will, den verschlingt er, er mag ein auch noch so geübter Schwimmer sein. Die neuesten Ereignisse in Wien sind ein Beleg dafür, und ich glaube kein schlechter Prophet zu sein, wenn ich sage, der Strom der Revolution wird dort noch Manchen verschlingen, der dort noch mit den empörten Wellen kämpft, und auf seine Schwimmkunst pochend, wähnt, er werde das Ufer erreichen. Die neueste Bewegung in Wien war eine entschieden deutsche, eine entschieden antislavische. Jellachich hätte seine, den Deutschen feindselige Gesinnung nicht auf so eclatante Weise an den Tag zu legen gebraucht, wie er es gethan, als er die deutsche Fahne von dem kaiserlichen Lustschloß in Schönbrunn herabnehmen ließ. Niemand hat sich ohnehin eine Illusion darüber gemacht. Allerdings ist es tief zu beklagen, daß bei einer Erhebung zu Gunsten der deutschen Sache Gräuelthaten vorkamen, wie die Ermordung des Kriegsministers Latour, und gewiß hat Niemand davon gelesen ohne zu schaudern, und die Thäter dieses Verbrechens zu verwünschen; aber doppelt verwünschen muß man die moralischen Urheber solcher Gräuel, und das ist jene Partei in Oesterreich,

die im Finstern schleicht, die durch Ränke und Intriguen gegen die Ungarn die Sympathieen, die sie durch nicht zu leugnende Uebergriffe mancherlei Art verloren hat, denselben neuerlich wieder zuwendete; — denn man sympathisirt immer mit dem Opfer gegenüber dem Götzen, dem es geschlachtet werden soll, — das ist jene Partei, die durch ihre perfiden Manövers die Ungarn, und endlich auch die für Recht und Freiheit glühenden Wiener auf das Aeußerste bringen mußte. Schenken Sie dem Märchen keinen Glauben, das Ihnen von einer gewissen Seite vorgesungen wird, daß ungarisches Geld diese Bewegung veranlaßt habe. Fälle dieser Art mögen vorgekommen sein, allein corrumpirt man denn eine ganze große Stadt, wie Wien? und steht nicht die ganze Stadt, Reichstag und Gemeinderath an der Spitze kampfgerüstet, ausgenommen jene Handvoll Czechen, die, Pflicht und Ehre vergessend, ihren Sitz im Parlamente verließen, um in ihrer Heimath unter der Maske der Loyalität für ihre Zwecke zu conspiriren. Es ist das tiefe Gefühl der sittlichen Entrüstung gegen jene Partei, von der ich spreche, gegen jene Partei, die dem Könige von Croatien gern den Rath gäbe, etwa in Verbindung mit dem Könige von Böhmen den constitutionellen Kaiser von Oesterreich in Wien zu belagern, die ganz Wien zu dem letzten entscheidenden Widerstande aufstachelte. Daher Fluch jenen inconstitutionellen Rathgebern unseres Kaisers, die unser schönes Oesterreich in Bürgerkrieg und Verderben stürzen! Ich wollte, meine Worte wären Blitze, um sie zu zerschmettern. — Es fehlt nicht

an Solchen, die da rathen, man solle warten, welche Wendung die Dinge in Oesterreich nehmen werden. Ich weiß nicht, was man eigentlich abwarten will. Will man abwarten, ob die deutsche Sache in Oesterreich unterliege, und dann sagen, Oesterreich ist slavisch geworden und gehört nicht mehr zu Deutschland? Ich kann mir nicht helfen, aber in meinen Augen machen sich Diejenigen, die da warten wollen, ob dieß geschehen wird, sehr verdächtig zu wünschen, daß es geschehe. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Dieß ist meine subjective Ansicht. Ich selbst wünsche sehnlich, daß ich mich irre. Aber wenn man die freudestrahlenden, triumphirenden Physiognomieen gewisser Leute beobachtete, womit sie die Nachricht verbreiteten: Jellachich ist vor Wien angekommen, er hat sich mit Auersperg vereinigt und cernirt die Stadt; Windischgrätz geht mit so und soviel Truppen nach Wien, um die Wiener zu Paaren zu treiben, und wenn man dann wieder die Verlängerung derselben Physiognomieen betrachtete, als es hieß, das Landvolk kommt den Wienern zu Hülfe, aus den Provinzen strömen Nationalgarden zu Hunderten herbei, in Wien selbst sind 80,000 Männer kampfgerüstet, die den Augenblick nicht erwarten können, wo sie Jellachich und Comp. zeigen können, was ein für die Freiheit kämpfendes Volk zu thun vermag; wenn man, sage ich, den Wechsel hellsten Lichtes und tiefsten Schattens auf jenen Physiognomieen bei den verschiedenen Nachrichten beobachtete, so ist es sehr verzeihlich und begreiflich zu der vorhin ausgesprochenen Idee gekommen zu sein.

Oder ist denn Jemand, — um mich eines sehr zarten Ausdrucks zu bedienen, — so naiv, der Proklamation eines Jellachich zu glauben, wenn er sagt, er komme, um die Freiheit zu beschirmen, nicht sie zu beeinträchtigen? Darf denn heutzutage der despotischste aller Despoten den Muth haben, offen seine freiheitsfeindlichen Absichten einzugestehen? Tritt der despotische Wolf nicht immer im liberalen Schafpelze auf? Die Zeiten sind vorüber, wo ein politischer Wegelagerer irgend einer Gattung dem Volke frech zurufen durfte: la liberté ou la vie! Das kann höchstens noch in Neapel geschehen, aber Gott sei Dank nicht mehr in Deutschland! Indessen kommt vielleicht Jellachich wirklich, um die Freiheit zu beschirmen. Es fragt sich nur, was ein Banus von Croatien unter Freiheit versteht. Wahrscheinlich die Freiheit einiger hochgestellten Personen, zu thun, was ihnen beliebt; wahrscheinlich die Freiheit, mit den Nationalinteressen der Provinzen Metternich'sche Taschenspielerkünste zu treiben, z. B. die Kunst: Jellachich sagt: Ich nehme die ungarische Freiheit und die Waffen der Wiener Nationalgarde und akademischen Legion, und stelle sie unter diesen meinen croatischen Hut, und nun merken Sie auf, nun brenne ich 6000 scharfgeladene Kanonen und Bomben ab. Und wenn ich den Hut wieder wegnehme, so glauben Sie, die ungarische Freiheit und die Waffen der Nationalgarde seien noch da? Gott bewahre, sie sind verschwunden. (Vielstimmiges Bravo.) Ich zweifle indeß sehr, daß ein solcher Taschenspieler in den Wienern ein dankbares Vo

findet. Im Gegentheil glaube ich, daß die Wiener einem solchen Taschenspieler gegenüber ihre Hände zu etwas Anderem, als zum Applaudiren gebrauchen würden. — Es ist nur eine einzige Alternative vorhanden. Entweder siegt die deutsche Sache, oder sie kommt in Gefahr, auf eine Zeitlang zu unterliegen. Ich sage: eine Zeitlang; denn die deutsche Sache, oder die Freiheit, was gleichbedeutend ist (Bravo), auf die Dauer in Oesterreich zu unterdrücken, das sind sechs Dutzend Jellachich's und Windischgrätz's mit einer halben Million Jellachich'schen und croatischen Söldlingen nicht im Stande. Wenn nun die Wiener siegen, so ist die Sache einfach. Da nun aber auch der andere traurige Fall des augenblicklichen Unterliegens nicht außer dem Bereiche der Unmöglichkeit liegt, so wäre es, glaube ich, der Ehre Deutschland's und der Würde dieser Versammlung angemessen, entschieden aufzutreten und zu sagen: Das ist deutscher Boden, der durch den Fußtritt freiheitsmörderischer Armeen nicht länger besudelt werden darf. Ich hoffe, daß die Mehrheit der Versammlung, und zwar eine so große Majorität, daß die Minorität in Nichts verschwindet, mit mir einig ist. Dießmal wünsche ich, daß ich mich nicht irre! — Die Armee unter Jellachich ist eine freiheitsmörderische. Sie ist eine freiheitsmörderische unter einem Führer, welcher selbst bekennt, er sei Niemanden, als seinem Gewissen verantwortlich. Ich glaube, das österreichische Volk wird sich für diese neue Art politischer Verantwortlichkeit bedanken. Täuscht sich wohl Jemand darüber, daß

Jellachich nur darum in Wien nicht angegriffen hat, weil er sich zu schwach dazu fühlte, und befürchtete, aufgerieben zu werden? In dem Augenblicke, wo die erwarteten Truppen zu ihm gestoßen sein werden, wird sein Gewissen ihm erlauben, anzugreifen, und wenn zehn Gegenbefehle des Kaisers an ihn gelangen; Sie wissen ja, wie er sie respectirt. Sie kennen ja die famose Geschichte von den 21 Handbillets. Ein Verbot, Wien anzugreifen und zu desarmiren, wird er in derselben Weise unbeachtet in die Tasche stecken, wie die Handbillets. Ich frage, was will denn Jellachich vor Wien? Ist denn die Bevölkerung von Wien aufgestanden gegen das monarchische Princip? Nein! So wenig der Reichstag auch nur einen Augenblick den constitutionellen Boden verlassen hat, ebensowenig ist von irgend Jemand in Wien in diesen Tagen des Entsetzens und der Entrüstung, nachdem durch die abermalige unverantwortliche Entfernung des Hofes die Verwirrung auf das Höchste gesteigert wurde, das Wort Republik ausgesprochen. Es ist dieses die Folge der Anhänglichkeit an das monarchische Princip. Ich fürchte, daß es nicht Anhänglichkeit ist an die österreichische Dynastie, die ihre Pflichten nicht zu kennen scheint. Ich frage, ist Wien aufgestanden gegen die gesetzlichen Behörden? Mit nichten! Die Nationalgarde, die akademische Legion und selbst das bewaffnete Proletariat leistet unbedingten Gehorsam den gesetzlichen Behörden. Was will denn Jellachich vor Wien? Will er vielleicht die Stadt für den Mord Latour's züchtigen? Ich

frage, wer verdient mehr gezüchtigt zu werden, eine Stadt, in welcher ein fanatischer Pöbelhaufen im Momente der höchsten Wuth und Aufregung einen Minister, den er für volksfeindlich hält, ermordet, oder eine Armee, die unschuldigen, politisch ganz gleichgiltigen Personen, Nationalgarden und Studenten, die ihr in die Hände fallen, die Augen aussticht, Ohren und Finger und Nasen abschneidet? Wer verdient mehr gezüchtiget zu werden? Ist die Ermordung Latour's nicht schon zehnfach gesühnt durch diese unschuldigen Opfer?! Was will Jellachich in Wien? Offenbar nichts Anderes, als die Wiener dafür züchtigen, daß sie so frei waren, frei zu sein! Meine Herren! Das kann nicht geduldet werden. Die Armee muß aus den Händen Jellachich's genommen, Jellachich muß wenigstens gezwungen werden, sich den gesetzmäßigen Organen zu fügen. Ich bin zwar dafür, das Majoritäts-Erachten anzunehmen, aber noch einen dritten Punkt, nämlich den zweiten Punkt des Minoritäts-Erachtens beizufügen: „Das Reichsministerium aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungsmäßigen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen.“ Nur möchte ich noch einen Verbesserungsantrag, der eine entschiedenere Fassung bezweckt. Es soll noch gesagt werden:

„Das Reichsministerium aufzufordern, sogleich die Verfügung zu treffen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen nur den

constitutionellen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung gestellt werden."

Ich möchte um keinen Preis, daß das „Sorgetragen" und das „Abwarten" auf Eins hinauskäme. Nur dadurch ist es möglich, dem hartbedrängten Wien und dem österreichischen Staate die Ruhe und den Frieden wieder zu geben. Meine Herren! Beschließen Sie, was ich beantrage, und zeigen Sie, daß es Ihnen Ernst ist, das deutsche Interesse in den österreichischen Provinzen zu wahren. Ich, bei Gott! ich möchte nicht die Schmach auf mich laden, daß die deutsche Sache in Wien unterläge, während wir in Frankfurt die Mittel in den Händen haben, sie zu retten. (Lebhaftes Bravo auf der Linken und im Centrum.)

Berger von Wien: Meine Herren! Ich habe vor ungefähr vier Wochen in der Voraussicht der Ereignisse, die in Oesterreich sich entwickeln dürften, das Ministerium interpellirt, welche Stellung es den reactionären und particularistischen Bestrebungen, die sich in Oesterreich kundgeben, einzunehmen gedenke? Darauf wurde mir mit dem bekannten Ministerialtone geantwortet: Das Ministerium werde mit gleicher Energie ebenso wie die anarchischen, auch die reactionären Bestrebungen bekämpfen. An dieser Antwort ist mir nichts aufgefallen, als die sehr markirte Antithesis, man werde den Aufstand von Oben, ebenso wie den Aufstand von Unten bekämpfen. Die Ereignisse haben uns jedoch belehrt, daß es mit dieser Prophezeiung des Ministeriums nicht so ganz streng zu nehmen sei. Die Auf-

regung von Unten wird bekämpft mit Kartätschen. Zur Unterdrückung der Bewegung von Oben wendet man keine Kartätschen, sondern man sendet Reichskommissäre ab. Ich finde übrigens diese Politik des Ministeriums nicht unbegreiflich. Ich finde sehr begreiflich, daß man mit den Rebellen von Oben glimpflicher verfährt, als mit denen von Unten. Allein, daß der Ausschuß nichts Besseres zu thun weiß, als die ministerielle Politik der Centralgewalt zu rechtfertigen, kann ich nicht begreifen. Ist denn in der Vorlage des Ausschusses, welche er der Versammlung gibt, von einer Auseinandersetzung der Sachlage die Rede, von einer Gruppirung der Parteien u. s. w.? Von dem Allem finden Sie kein Wort. Der Hauptinhalt dieses höchst dürftigen Berichtes ist die Anerkennung dieser ministeriellen Politik, und der Ausschuß stellt sogar den ersten Antrag dahin: Die Nationalversammlung soll dem Ministerium ein Anerkennungsvotum aussprechen. Wahrhaftig, meine Herren, wenn das Ministerium jemals noch eine Anerkennung verdient hat, so hat es sie in diesem Augenblick wahrlich nicht verdient! Das Eingehen in den Bericht des Ausschusses wird die Kritik jener Mittel bieten, welche die Centralgewalt bisher ergriffen hat. Der Bericht des Ausschusses stoppelt die einzelnen Facta, die Flucht des Kaisers, die Ermordung Latour's, das Heranrücken des Banus u. s. w. zusammen, und wirft sie bunt durcheinander; er gibt keine Punkte, keinen leitenden Gedanken an über die Stellung der Parteien, welche der Versammlung einen Leitstern bieten würden. Es wird im

Bericht gesprochen von dem Anrücken der Magyaren zur Hülfe der augenblicklich in Wien herrschenden Partei. Meine Herren! Schon in diesen wenigen Worten sind zwei Unrichtigkeiten, erstens daß augenblicklich, und ich will den Augenblick nehmen, wo der Ausschuß seinen glänzenden Bericht zu Stande brachte, in Wien eine Partei herrschte. Selbst Der, welcher die Oberpostamts-Zeitung liest, weiß, daß der Reichstag, der Permanenz-Ausschuß in Wien herrscht, daß der Gemeinderath mit voller Umsicht waltet, und daß das Nationalgarde-Obercommando, eine durchaus constitutionelle Behörde, die Oberleitung der Vertheidigung der Stadt hat. Das sind die Elemente, welche in Wien herrschen. Von einer herrschenden demokratischen oder Revolutions-Partei kann gar nicht die Rede sein. Es herrscht aber übrigens auch Ruhe und Ordnung in Wien, und der Reichstag hat den Ban Jellachich darüber wohl aufgeklärt. Es herrscht Ruhe und Ordnung nach der Flucht des Kaisers in Wien, ganz wie nach der ersten Flucht des Kaisers. Damals wurde durch den Sicherheits-Ausschuß Ruhe und Ordnung in Wien hergestellt; sie herrschte drei Monate lang. Kaum aber war der Kaiser und der Hof zurück, so suchte die Camarilla die Herrschaft der Anarchie hervorzurufen, um hierauf ihre eigene Herrschaft zu gründen. (Zuruf: Gut!) Ferner ist es die zweite Unwahrheit, wenn vom Anrücken der magyarischen Hilfe gesprochen wird. Die Magyaren verstehen die Unverletzlichkeit des deutschen Territoriums recht gut, und ich wünschte, daß sie der Territorialpolitik nicht gar so sehr huldigten, daß sie gethan hät-

ten, wie der Ban Jellachich, der sich plötzlich als österreichischer General ausgab, als er die Grenze überschritten hatte. Die Magyaren haben aber die Leitha nicht überschritten, sie haben dem Wiener Reichstage durch Pulszky die Erklärung abgeben lassen, daß sie die österreichische Grenze nicht überschreiten würden, denn der russische Gesandte, Graf Medem, hat dem ungarischen Ministerium eine Note zukommen lassen, daß ein russisches Armeecorps durch Galizien nach Ungarn einbrechen werde, wenn die Ungarn die deutsche Grenze überschreiten würden (Zuruf von der Linken: Hört! Hört!), und nun glauben Sie nicht an eine russische Allianz? Ihr Ausschuß verliert sich weiter auf Grundlage der zusammengestoppelten Facta, deren Kritik gegeben zu haben ich glaube, in die volle Anerkennung der von der Centralgewalt bereits ins Leben gerufenen Mittel. Diese bestehen darin, daß, wie es hier sehr ecomiastisch heißt: „Bereits am 12. October die provisorische Centralgewalt den Entschluß gefaßt habe, zwei Reichscommissarien nach Wien zu senden.“ Es hat uns neulich ein hochgestellter Beamter der Centralgewalt mitgetheilt, wie enthusiastisch der Abgeordnete Welcker erklärt habe, sich mitten in die Gefahren stürzen zu wollen. Indeß sind die Reichscommissäre nach München gereist, um dort Studien über die Wiener Verhältnisse zu machen, und am 19. October haben sie ein Manifest in Passau erlassen, worin sie der Stadt Wien versprechen, ihr ihre frühere Heiterkeit wieder herzustellen. (Auf der linken Seite

Heiterkeit.) Ueberhaupt in drei Absätzen beschäftigt sich der Ausschußbericht mit der umständlichen Anerkennung der Reichskommissäre, und wenn man diese Absätze zusammennimmt, so ist das Ganze ein System organisirter Langeweile. Wenn Fabius Cunctator im Ausschusse gesessen wäre, hätte er keinen besseren Bericht machen können. Denn erstens hat die Reichsgewalt den Entschluß gefaßt, Commissäre abzusenden; dann heißt es: man habe ihnen eine Vollmacht gegeben, und dann werden sie von München aus, wo sie ihre Studien gemacht haben, die treffenden Anordnungen machen, und dann wird der Nationalversammlung von Frankfurt die Aussicht gegeben, auf Beilegung der Sache hinwirken zu können. Sie werden bestätigt finden, daß dieses ein System organisirter Langeweile sei. (Im Centrum Widerspruch. Auf der Linken: Allerdings!) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, ich werde sprechen, was ich will, salvo des Ordnungsrufes. Ich sage, das ist ein System organisirter Langeweile und ein Zögerungssystem. Man legt einen Nachdruck auf die papierne Vollmacht, die den Reichscommissären mitgegeben worden ist. Meine Herren! Sie haben bisher so wenig für Oesterreich gethan, daß ich zweifle, ob man in Wien viel Gewicht auf die Frankfurter Vollmachten legen wird. Ich gehe weiter darauf über, welches die eigentlichen streitenden Parteien, die im Conflicte sind, seien, weil ich behaupte, daß nur auf diese Weise die Mittel gefunden werden können, den Streit zu verhindern, oder, wenn

er bereits begonnen hat, sich principiell zu erklären, auf welche Seite man sich begibt. Die Sache ist einfach die: auf der einen Seite steht der reactionäre Hof gestützt auf die Slava, und seine materielle Macht ist die Armee unter Windischgrätz und Ban Jellachich. Auf der andern Seite steht die Sache der Deutschen in Oesterreich, welche allerdings demokratisch ist; ich nehme keinen Anstand, sie als solche zu erklären (Auf der Linken: Bravo!), und ich würde es beklagen, wenn die deutschen Oesterreicher keine Demokraten wären; ich sehe keine Schande darin, und wenn ich die Gewißheit hätte, daß die Slava mir als Inhalt die Demokratie bietet, so würde ich mich für den slavischen Gesammtstaat erklären, wenn Deutschland mir keinen demokratischen Inhalt gibt. (Auf der Linken: Hört! Beifall.) Meine Herren! Die Sache aber ist ganz einfach die, wie ich sie eben dargestellt habe. Es ist aber Keinem, der jemals zwischen Personen getreten ist, die entweder bereit waren, einander in die Haare zu fallen, oder in eine solche Situation schon gerathen waren, fremd, daß man vor Allem die Streitenden auseinander bringen müsse. Nun, worin bestehen hier die Streitenden? Das Eine sind die materiellen Streitkräfte vor Wien, es ist die Armee, welche Wien cernirt; der andere Theil ist die Stadt Wien und ihre bewaffnete Bevölkerung. Da decretiren Sie also, daß die Truppen sich von Wien zu entfernen haben, und der materielle Streit hat ein Ende. Das ist nicht bloß meine Ansicht, sondern die Ansicht des Reichstages

in Wien, und ich nehme an, daß dort gescheidtere Leute sitzen, als ich, und ich schließe mich also dem an. Aber hinter den Streitenden lauert die geistige Potenz der Streitenden, dieses ist auf einer Seite die Reaction, die in Olmütz sitzt, und auf der anderen Seite die Freiheit, welche in Wien kämpft. Es wurde schon auf dieser Tribüne berührt, daß das Reichsministerium in dem Erlasse an das bayerische Ministerium sich verpflichtet hat, den Einzelstaaten den Constitutionalismus zu liefern. Ich weiß nicht, ob das Ministerium diesen Lieferungsvertrag der Weltgeschichte gegenüber einhalten kann, aber da dieses noch gegenwärtig der Fall sein mag, so hätte das Ministerium Oesterreich wie Bayern gegenüber die Pflicht, den Oesterreichern den Constitutionalismus zu liefern, das heißt, den inconstitutionellen Kaiser aufzufordern, er möge sich sofort nach Wien begeben und sich constitutionell benehmen, das ist, glaube ich, die Beilegung des Streites, und darum habe ich die Anträge gestellt, welche am Eingange der Sitzung verlesen wurden. (Auf der Linken Beifall.)

Somaruga von Wien: Meine Herren! Ich werde versuchen, den Gegenstand, der heute die Tagesordnung bildet, mit jener Würde zu behandeln, welche sein hohes Gewicht erheischt. Ich werde nicht versuchen, die Versammlung durch spöttische Lucubrationen, die einen gewissen Kitzel auf manche Zuhörer ausüben, zu gewinnen. (Eine Stimme: Laut!) So laut ich kann; ebensowenig durch große Phrasen meinen Heldenmuth und meine Begeisterung für die deutsche Sache

zu bethätigen; ich werde versuchen, meine Ansicht in der Weise auszudrücken, wie es mein Pflichtgefühl und die Ueberzeugung der wahren Interessen Deutschland's mir zur Pflicht machen. (Unruhe in der Versammlung.) Meine Herren! Wir sind in der Lage, aus Anlaß des von Venedey und Consorten gestellten Antrages die Schritte, welche das Reichsministerium in der Angelegenheit Oesterreich's gethan, einer Kritik zu unterwerfen. Es handelt sich darum, ob wir die Schritte, welche dasselbe gethan hat, gutheißen, dem ganzen Umfange nach gutheißen, oder ob wir es theilweise einer Ergänzung bedürftig betrachten, oder ob wir endlich die Schritte desselben mit Entschiedenheit zu mißbilligen Anlaß haben. Viele von Ihnen, denen ich Kenntniß der Kriegsgeschichte zutrauen kann, wissen, daß alles das Unheil, das die österreichischen Waffen in früherer Zeit betraf, mit allem Grunde jenem Systeme zugeschrieben wurde, vermöge dessen ein Hofkriegsrath, oft hundert Meilen vom Kriegsschauplatz entfernt, für nöthig erachtete, jede Truppenbewegung seiner Revision zu unterwerfen, auf welchem Wege er leicht dahin kommen konnte, die Franzosen für verloren zu erachten in dem Augenblicke, wo der Corsikaner bei Rivoli und Arcole eine Schlacht lieferte, und auf der anderen Seite den Befehl zu schicken, daß die Truppen bei Ceuta keinen Angriff wagen sollten, welches aber der Feldherr in anderem Sinne verstand, und dadurch, daß er den Befehl in die Tasche steckte, den glorreichsten Sieg erfocht. Ich meine, wir sollten diese Erfahrungen etwas

benutzen, oder wenigstens beherzigen. Das Reichsministerium hat sich veranlaßt gefunden, Reichscommissäre nach Wien abzuordnen; die Vollmacht, welche sie erhalten, ist Ihnen, meine Herren, Allen bekannt; sie lautet allgemein, und enthält nicht die mindeste Beschränkung. Sie ist dahin gerichtet, die Reichscommissäre zu ermächtigen, alle Schritte zu thun, welche sie bei genauer Prüfung der Sachlage und der Verhältnisse für dringlich erachten, um sowohl den anarchischen als auch den reactionären Bestrebungen entgegen zu arbeiten. Wir haben zwar von einer Seite gehört, es gebe keine anarchischen Bestrebungen in Oesterreich, und besonders in Wien. Meine Herren! Wollen Sie mir erlauben, daß ich Ihnen meinen geringen Zweifel entgegensetze. Ich kenne ebensowenig, wie Herr Reitter, aus unmittelbarer Anschauung die jetzigen Zustände Wiens, denn doch muß ich dabei, wenn ich die Thatsachen, wie sie mir ganz beglaubigt vorliegen, in Erwägung ziehe, den Zustand nicht so ganz als gesetzlich betrachten, sogar einige Zweifel mir erlauben, ob es überhaupt eine legale Gewalt gebe, welche volle Macht besitzt, um dem Gesetze Ansehen zu verschaffen, wenn in einem Augenblicke, wo wirklich der Reichstag selbst die höchste Instanz im ganzen Reiche ist, bei dem schauderhaften Morde, der auf offener Straße verübt wurde, kein anderes Mittel kennt, als durch ein Placat zu veröffentlichen, das sei ein Act der Selbsthilfe, wodurch erklärt ist, daß er nicht im Stande sei, das Volk von einer solchen Selbsthilfe zurückzuhalten. Wenn in einem

solchen Augenblicke nicht von Anarchie geredet werden kann, so weiß ich, bei Gott nicht, was ich vom Reichstag denken soll. (Unruhe in der Versammlung.) Ich übergehe die weiteren Daten, welche uns die Zeitungsblätter in den letzten Tagen noch brachten, und aus welchen der Zustand Wiens ein etwas anderes Ansehen nach meiner Ansicht gewinnt, als uns Herr Reitter dargestellt hat. Soviel wir wissen, liegen sich zwei bis drei Gewalten fortwährend in den Haaren, oder wenigstens greift eine in das Gebiet der anderen. Wir lesen in den Zeitungen, daß in dem Augenblicke, wo der Reichstag beschließt, neue Truppenzuzüge und Zuzüge von Arbeitern seien nicht erwünscht, daß gleichzeitig der demokratische Verein einen Landsturm organisirt. Ob sich dieß, meine Herren, mit dem legalen, geregelten Zustande verträgt, erlaube ich mir, ein wenig in Zweifel zu ziehen. Wenn ich somit auf der einen Seite die Anarchie immerhin als existent betrachte, und in dieser Beziehung vereinigen sich Wiener Blätter, welche durchaus keiner conservativen Ansicht huldigen, mit meiner Ansicht, so habe ich andererseits auch der Reaction erwähnt, gegen welche die Reichscommissäre mit Energie auftreten sollen. Ich leugne es durchaus nicht, daß in Oesterreich eine Partei sich befindet, welche reactionäre Absichten hegt; aber diese Partei zu treffen, ist nicht so leicht. Es geschieht nur allzu häufig, daß, indem man die eine Partei zu treffen meint, man die entgegengesetzte trifft. Sowie die Reaction, indem sie alle ihre Segel spannte, um damit in die hohe See zu schiffen,

wo sie gewohnt war, frei zu herrschen, der Demokratie zum Siege verhalf, in ähnlicher Weise verhilft das Streben der radical=demokratischen Partei, indem es keine Grenzen anerkennt, und das im Bau begriffene Gebäude wieder stürzt, der Reaction am Nächsten und Besten zum möglichen Siege. (Einige Stimmen: Sehr wahr!) Man hat uns zwar von einer Seite geleugnet, daß überhaupt eine demokratische Bewegung in Wien existire. Ich muß in dieser Beziehung der Offenheit des Mitgliedes, das vor mir sprach, meinen innigsten Dank zollen, daß dasselbe es unter seiner Würde fand, die wahre Bedeutung der Bewegung, die ihm nach seiner Verbindung bekannt sein kann, hier in Unklarheit zu lassen. In ganz ähnlicher Weise, wie diese politischen Parteiungen, haben auch die nationalen Parteiungen ihre Richtung und ihr Ziel gefunden, sie haben beinahe durchgängig das Entgegengesetzte von Dem erreicht, was sie anstreben. Wir Alle wissen zu genau, mit welcher allgemeinen Begeisterung die deutsche Idee ergriffen wurde in den März= und Maitagen. Damals gab es keinen Einzigen, welcher anders, als mit der vollkommensten Ueberzeugung der deutschen Farbe gefolgt wäre. Seit dieser Zeit hat sich allerdings im großen Ganzen in Wien eine andere Stimmung eingestellt. Seitdem jene demokratische Partei, deren Streben Herr Berger kürzlich anerkannt hat, sich de Leitung der Dinge bemächtigte, und auf die Consolidirung der österreichischen Zustände einen nach meiner innigen Ueberzeugung verhängnißvollen Einfluß nahm,

seit jenem Zeitpunkt, sage ich Ihnen, haben die deutschen Interessen auf eine höchst traurige Weise in Oesterreich Boden verloren und abgenommen. Die deutschen Farben, meine Herren, sehen Sie nicht allein getragen von wahren Freunden Deutschland's, von Jenen, welche die Nationalversammlung auf das Bereitwilligste unterstützen; Sie sehen die deutschen Farben gemißbraucht von jener Partei, welche den Umsturz will, sowohl den politischen, als den nationalen. Sie können in diesem Sinne unter dem Panier der deutschen Farben ebenso gut Polen, Magyaren, wenn Sie wollen, vielleicht selbst unter einem gewissen Deckmantel Czechen sehen, die sich derselben bedienen, um ihre Zwecke zu erreichen. Nicht in letzter Linie stehen hier die Magyaren, und nachdem diese ungarische Frage im innigsten Nexus mit der großen österreichischen steht, wollen Sie mir verstatten, auch ein wenig Streiflicht auf jene ungarische Frage zu werfen. — Meine Herren! Wir sind gewohnt, seit langer Zeit die Ungarn als die Vertheidiger der Freiheit anzuerkennen, und sie haben auch wirklich in früherer Zeit diesen Namen vollständig gerechtfertigt. Unter der Herrschaft des früheren Systems, wo Oesterreich unter dem Druck einer unerhörten Tyrannei seufzte, da waren Die, welche jenseits der Leitha lagen, aufgefordert, diese Grenzlinie so scharf als möglich zu ziehen, und Alles aufzubieten gegen die Einigung zwischen dem Lande diesseits und jenseit der ungarischen Marken. Dort war noch ein Ueberrest geblieben, allerdings einer sogenannten

Freiheit, deren vollen Gehalt ich nicht ohne Weiteres annehmen will; aber es waren doch noch Spuren geblieben einer Freiheit, an die sich neue Hoffnungen anknüpfen ließen, wogegen in dem übrigen Theile Alles gleichsam verloren schien. Seitdem aber das System in Oesterreich und in Wien gestürzt wurde, steht diese Frage in einem ganz anderen Stadium. Gegenwärtig können sich die Ungarn mit Beziehung auf ihre Freiheitsbestrebungen nicht mehr einer Verbindung mit jenem Lande widersetzen, aus welchem die Morgensonne der Freiheit für sie selbst aufgehen kann. Vergessen Sie, meine Herren, nicht den Charakter der ungarischen Freiheitsbestrebungen. In dem ungarischen Reichstag sitzen ungeachtet aller schönen Tiraden und Phrasen, die wir alle Tage von jener Seite her vernehmen, nichts Anderes als Deputirte des Comitat-Adels; das sind die einzigen politisch Berechtigten. Daß die misera plebs contribuens auch das Recht haben könne, mit in den politischen Verband und in die politische Berechtigung hineingezogen zu werden, davon wollten bis jetzt die Herrn des ungarischen Reichstags, davon will die magyarische Partei, die Parthei Kossuth's absolut nichts wissen. Ich muß mich daher etwas wundern, wenn mitunter die ungarische Frage, das ganze Bestreben der ungarischen Partei — oder ich sage lieber der magyarischen Partei, der Partei Kossuth — von einer Seite her mit Sympathieen begleitet werden, bei welcher ich eine andere Auffassung des heutigen politischen Dranges der Nationen voraussetzen könnte, wo ich nicht glauben

könnte, daß man ein Streben begünstigen werde und eine Kaste, welche nicht einmal die Capacitäten und Intelligenz, geschweige denn die große Masse des Volkes in sich schließt, sondern welche allein sich berechtigt glaubt, sich mit gewissen politischen Monopolen ausgestattet betrachten zu dürfen. (Hört! Hört!) Wenn die Redensarten, meine Herren, die Sache ganz abmachten, dann wäre die Sache der Ungarn gewiß die beste. Wir haben Freundschaftsversicherungen in Menge empfangen, auf dem Papier und in Journalen, mit diesen jedoch, meine Herren, kann nach meiner Ansicht die Sache keineswegs abgethan sein. Wenn die ungarischen Deputirten, welche gegenwärtig Frankfurt wieder verlassen haben, sowohl in der Vollmacht, die sie mitbrachten, als in weiteren Aeußerungen ihre unbedingte Sympathie für Deutschland und für ein mit diesem einzugehendes inniges Bündniß ausgesprochen, so kann ich dabei doch nicht ganz vergessen die Behandlung, welche bis in die neueste Zeit die Deutschen in Ungarn selbst, diese verrufenen „Schwaben,“ zu erleiden hatten (Hört!), wie sie bei jeder Gelegenheit von der Ausübung politischer Rechte, von der Pflege ihrer nationalen Sprache, Sitten und Gewohnheiten ausgeschlossen waren, wie man ihnen zumuthete, Gesetze in einer Sprache zu empfangen, die sie nicht verstanden, wie man Denen, welche deutsche Prediger und deutsche Lehrer wünschten, durchaus magyarische Prediger und magyarische Lehrer aufdrang. (Einige Stimmen auf der Linken: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache.

Vicepräsident Simson: Fahren Sie fort, Sie sind bei der Sache.

Somaruga: Ich kann ferner nicht vergessen, wie die letzten Handlungen des Kossuth'schen Ministeriums gegen Oesterreich — und ich erlaube mir noch, Oesterreich als Deutschland gleichzeitig zu betrachten — eine nichts weniger als freundschaftliche Tendenz hatten, daß sie ihre erste Thätigkeit darein setzten, Prohibitivzölle gegen österreichische Fabrikate aufzulegen, Geldsendungen, die nach Oesterreich gingen, abzufangen und dafür Banknoten auszugeben, bei welchen man ungefähr ein Drittheil des Werthes verlor; daß sie Truppen, welche gegen den gemeinschaftlichen Feind standen, zurückriefen, daß sie jede Uebernahme eines Antheils an der Staatsschuld ablehnten. Meine Herren! Es gibt Viele, welche glaubten, das sei einzig und allein ein feindseliger Schritt gegen die österreichische Regierung, und sie beträfe die österreichische Nation, das Volk durchaus nicht; wenn ich aber nach dem Effecte urtheilen darf, so muß ich gestehen, daß ich in diesen Maßregeln ebenfalls dem Volke feindliche Schritte sehe, und daß ich, indem diese Maßregeln Oesterreich anscheinend allein betrafen, ebensogut Deutschland auch dadurch getroffen glaub[e]. Ebenso, meine Herren, haben wir die Ausdrücke de[r] Sympathie, die auf dem ungarischen Reichstage fü[r] das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk Italien[s] laut wurden, mit einer gewissen Anerkennung hinnehmen müssen, konnten wir sie auch gleichwohl nicht in ihrem ganzen Umfange theilen; allerdings mußte es

aber befremdend erscheinen, dort Sympathieen für eine Nation zu vernehmen, die außerhalb des Landes lag, und gleichzeitig gegen alle übrigen Nationalitäten, welche das Königr. Ungarn bewohnen, eine Politik fernerhin im Gange zu sehen, welche das Gefühl wahrhaft revoltirt. Ja in dieser Unterdrückung, in der systematischen Unterdrückung aller anderen Nationalitäten, sowohl der deutschen, wie der slavischen, lag der böse Same ausgestreut, der gegenwärtig seine blutigen Früchte trägt. Indem Jellachich, der viel Verrufene und viel Angefeindete, die Sache der Südslaven vertrat und sich an deren Spitze stellte, hat er fürwahr nichts Anderes gethan, als ein Interesse vertreten, welches namentlich die Vertheidiger der Humanität durchaus auch zu Bundesgenossen haben muß, und es nimmt mich wahrhaftig Wunder, wenn gerade von einer Seite her, wo das Interesse der Humanität so reiche Pflege findet, und wo dieses Princip gewissermaßen den Ausgang bildet für die politische Auffassung überhaupt, die Ansprüche Jellachich's einer gar so scharfen Kritik und argen Verdächtigung unterworfen werden. — Man sagt und glaubt auch, Jellachich sei Werkzeug der Wiener Camarilla, der Hofpartei. Meine Herren! Ich stehe außer allem Verkehr, und bin daher nicht in der Lage, aus factischer Erkenntniß zu sprechen; ich habe nie das Glück gehabt, und nie angestrebt, das Hoflager zu besuchen, und zwischen den Coulissen zu lauschen, und weil ich das nicht that, kann ich Ihnen auch nicht aus dem unmittelbaren Anblicke die Sache erläutern (viele Stimmen: Sehr gut), und unterwerfe mich in dieser

Beziehung jeder besseren Belehrung; ich muß jedoch gestehen, ich fürchte die reactionären Bestrebungen der Hofpartei, der Camarilla vor der Hand gar nicht, ohne daß ich das Wort des Weltgeistes so in den Mund nehmen will, wie unser früher abgetretenes Ministerium des Inneren; in Oesterreich, glaube ich, ist die Sache so, daß jeder Versuch in diesem Augenblicke, wo das ganze Volk von ganz Europa, mit Ausnahme des barbarischen Ostens vielleicht, so einig ist in dem Bewußtsein nach Anerkennung seiner freien Selbstbestimmung, ich sage, daß jeder Versuch, gegen dieses Streben anzukämpfen, eine wahre Thorheit wäre, und nur den Untergang herbeiführen könnte, und daß Niemand, stecke er auch noch so tief in der Hofpartei, so verblendet sein könnte, um die Wahrheit jenes Satzes zu bezweifeln. Vor der Hand habe ich auch in Jellachich's Benehmen wenigstens nichts gefunden, was mir Anlaß gibt, dem Berichte, daß er ein Werkzeug der Hofpartei sei, unbedingten Glauben zu schenken (Gelächter auf der Linken); Jellachich, meine Herren, als er nach Oesterreich kam, ja sogar noch früher, schon als er gegen Pesth marschirte, hat unbedingt erklärt, er halte sich für einen österreichischen General, er unterstehe dem österreichischen, also verantwortlichen Kriegsministerium er hat diese Stellung auch noch in diesem Augenblick durchaus nicht aufgegeben, und wie die neuesten Nachrichten versichern, ist in den letzten Tagen das Commando der um Wien stationirten Truppen in die Hände des Fürsten Windischgrätz gelegt worden, und der Er=

laß, welcher den Fürsten Windischgrätz zum commandirenden General ernannte, wie wir ihn in dem Frankfurter Journal lesen konnten, ist in vollkommen constitutioneller Weise von dem verantwortlichen Minister Wessenberg contrasignirt; Jellachich selbst ist untergeordnet den Befehlen dieses auf constitutionellem Wege ernannten commandirenden Generals, und ich weiß nicht, ob man in dem Momente auch noch mehr verlangen will; man hat in letzterer Zeit die Außerachtlassung einer constitutionellen Form in Oesterreich mit Grund beklagen können, und ich bin nicht der Letzte, meine Herren, welcher Das tief beklagt, und die Schuld davon einzig und allein, oder wenigstens größtentheils dem jetzt abgetretenen österreichischen Ministerium zuschiebt, welches allerdings durch eine Halbheit seiner Maßregeln und durch Unklarheit den Hof sehr häufig den bösen Eingebungen seiner nächsten Umgebung überließ, und zu Schritten verleitete, welche Unheil über das Land, ich möchte sagen, über die Dynastie heraufbeschworen; — unterdeß, meine Herren, vergessen Sie auch nicht, in welcher Zeit die letzten Unförmlichkeiten und constitutionswidrigen Vorgänge, die allerdings mehr formeller als materieller Art sind, zu Stande kamen. In einem Augenblicke, wo man einen Minister einem qualvollen Tode hingibt, die übrigen Minister am Leben bedroht, und jeder Einzelne nur durch schleunige Flucht unter abenteuerlichen Umständen sein Heil suchen muß, da, meine Herren, ist es zunächst eine begreifliche Sache, daß die constitutionellen Formen hier und da etwas lei-

den; bei einem Ministerium gilt nicht der Grundsatz des französischen Staatsrechts und des Staatsrechts im Allgemeinen: „le roi est mort, vive le roi!“ und daß in dem Augenblicke, wo man einen Minister köpft, ein anderer bereits wieder dasteht, sondern es muß ein Zwischenraum da sein, innerhalb dessen neue Ministerien geschaffen werden, und wenn die Minister genöthigt sind, nach allen Richtungen hin zu fliehen, um nicht dem Lynchgesetze zu verfallen, so ist nicht zu wundern, wenn eine solche Förmlichkeit, die allerdings nothwendig wäre, in dem Augenblicke, wenn dennoch eine Proclamation, oder ein Manifest für nothwendig erachtet wird, unterbleibt. Die neuesten Proclamationen des Kaisers, die von Olmütz aus datirt sind, sind alle in der besten Form contrasignirt, und in diesen Proclamationen spricht der Kaiser es deutlich aus, daß er die Errungenschaften des März und Mai seinen Völkern vorzuenthalten oder zu beschränken, nicht die mindeste Absicht hege, daß er insbesondere dem Landvolke, auf welches wohl nicht wenig dabei ankommt, seine Freiheiten unverkümmert erhalten werde. Wenn wir daher richtig die letzten Thatsachen beurtheilen wollen, so haben wir keinen Grund, uns Besorgnissen hinzugeben, auch wissen wir daß ja das Ministerium in Oesterreich gegenwärtig im Bilden begriffen ist, und daß diejenigen Personen, welche zur Bildung desselben auserseben waren, sich an dem Hoflager befinden, und daß wir in wenigen Tagen ein vollständiges Ministerium haben werden. In diesen Punkten, meine Herren, sehe ich durchaus keinen An-

laß, der uns zur Pflicht machte, sogleich auszusprechen, wir oder das Ministerium hätten den Reichscommissären Aufträge zu ertheilen, die gewissermaßen hinauslaufen auf eine Sequestration der Regierung, wie solche mindestens von den letzten Amendements ziemlich deutlich in Aussicht gestellt ist; ich glaube, die Reichscommissäre werden auch in den Grenzen der ihnen ertheilten Vollmacht Anhaltspunkte genug finden, um den möglichen Bestrebungen der einen oder der anderen Partei in Oesterreich entgegen zu treten. Es ist das erste Mal, meine Herren, daß Reichscommissäre Oesterreich's Boden betreten, sie wollen ihn betreten, wie sie in ihrem Erlasse von Passau aus sagen, als Boten des Friedens und der Versöhnung. Ich wünsche ihnen wirklich zur Erstrebung dieses Zieles alles Heil, und bin auf das Innigste überzeugt, daß in diesem Augenblick ein Einschreiten, durch welches man gewissermaßen die eine oder die andere Partei provocirt, und insbesondere die nationalen Tendenzen in Oesterreich verletzt, das Werk des Friedens und der Einigung eher stören, als kräftigen würde; sie haben den nächsten Auftrag, und dieß wird auch in dem Antrage der Majorität des Ausschusses wiederholt, dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen, und dadurch zu gleicher Zeit die Interessen Deutschland's zu wahren, und wenn sie im Stande sind, meine Herren, überhaupt dem Bürgerkriege Einhalt zu thun, oder wenigstens dazu beizutragen, dann haben sie wirklich das Interesse Deutschland's mächtig gefördert, denn wenn Das geschehen ist, wird man nicht in ganz Oester-

reich die Bestrebungen der Partei, welche geradezu mit dem Streben nach dem Umsturze sich verbindet, allein als deutschgesinnte anerkennen, und in dieser soll sich eben der Deutschgesinnte, wie man sich vor diesen Ultra-Deutschen fürchtet, zeigen, dann wird man Vertrauen gewinnen, dann wird man auf jede Weise selbst mit Opfern der deutschen Sache zugethan sein und bei ihr ausharren. — Das Minoritäts-Erachten unseres Ausschusses, meine Herren, das ich nun zunächst besprechen will, enthält folgende drei Punkte: den ersten, insofern er die Aufforderung enthält, „bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschland's in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschland's zu unterstützen." Ich glaube, diesem ersten Punkt müssen wir Alle unbedingt unsere Zustimmung ertheilen. Es ist durch die Absendung der Reichscommissarien also das höchste Ziel des Schutzes der deutschen Interessen im Auge behalten worden, und dieses hat auch die Majorität ganz offen erklärt, und in diesem Sinne ist auch der Antrag der Majorität ganz wohl zu rechtfertigen. Der zweite Punkt scheint seit Erstattung des Ausschuß-Berichts allerdings nicht mehr von großem Belang, wie er es im ersten Augenblicke erscheinen mochte. Gegenwärtig ist gar kein Truppenkörper mehr in und um Wien, der nicht unter den Befehlen eines auf constitutionellem Wege ernannten österreichischen Generals steht. Man konnte früher zweifelhaft sein über Jellachich, gegenwärtig durch seine Unterordnung unter Windischgrätz ist dieser Zweifel gänz-

lich gehoben. Man könnte nun wohl der Berücksichtigung werth halten, daß alle in österreichischen Ländern befindlichen Truppen einer der gesetzlichen Gewalten untergeordnet sein müssen. Mit diesem Worte ist die sogenannte permanente Reichstags-Commission geradezu von dem Oberbefehl und dem Einfluß auf die Truppen ausgeschlossen; denn diese permanente Commission ist Niemanden verantwortlich, sie hat nur die Beschlüsse des Reichstages zu vollziehen. Endlich der dritte Punkt, wornach das Reichsministerium aufzufordern wäre, „die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesendeten Commissären zu übertragen.“ Dieser Punkt hat bei den Verhältnissen Oesterreich's eine eigenthümliche Schwierigkeit. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß sich in diesem Augenblicke in und um Wien nicht bloß deutsche Angelegenheiten, sondern die Angelegenheiten der ganzen Monarchie entscheiden, daß Wien nicht bloß die Hauptstadt ist von Oesterreich, sondern der ganzen Monarchie. Wenn man das Commando der dort concentrirten Truppen, die Verwaltung in Wien in Reichshand nehmen wollte: so würde man nicht allein die Angelegenheiten Deutschland's, sondern die der ganzen Monarchie sequestriren, und woher wir die Berechtigung dazu hernehmen und unseren Commissären übertragen können, das vermag ich nicht abzusehen. Ich sehe daher durch Absendung der Reichscommissarien die höchsten Interessen Deutschland's in Oesterreich so viel gewahrt, als die augenblicklichen Verhältnisse es gestatten. Es

ist zwar ein prekäres Mittel, es ist nur eine Diplomatenkur und nichts weiter, die aber die Heilung bringen kann durch eine zweckmäßige Einwirkung in den Organismus Oesterreich's. Dazu ist es nöthig, daß man die Stellung Oesterreich's zu Deutschland in das Klare stelle, und, meine Herren, dieses Eingreifen in die Verhältnisse Deutschland's, das ist der Gegenstand unserer Berathung in diesem Augenblicke, das hängt ab von dem Beschlusse, welchen Sie zu den §§ 2 und 3 des Entwurfs über das Reich fassen werden. Bei diesen Paragraphen werden Sie die durch das wahre Wohl und die wahre Einheit geforderten Beschlüsse fassen, und Sie werden den Zerrüttungen Oesterreich's für die Zukunft auf nachhaltige Weise begegnen; in dem gegenwärtigen Augenblicke können dergleichen Schritte nicht anticipiren. Wenn man dem Ministerium in dieser Beziehung Lässigkeit vorgeworfen hat, wenn man es mit Fabius Cunctator verglichen hat, so mag es diesen Vorwurf hinnehmen, dabei aber nicht vergessen: Fabius Cunctator hat Rom gerettet! (Bravo auf der Rechten und dem rechten Centrum. Ruf nach Schluß. Andere: Reden!)

Schmid von Löwenberg: Meine Herren! Nachdem der Abgeordnete Berger den vorgelegten Bericht hinlänglich gewürdigt hat, will ich mich damit begnügen, Ihnen kurz zu sagen, warum ich mich ebenso wenig erklären kann für den Antrag der Minorität, wie für den der Majorität des Ausschusses; ja, auch dem Berger'schen Antrag vermag ich nicht beizustehen: nicht,

weil ich mehr verlange, als Berger beantragt hat, sondern weil ich viel weniger begehre. Ich mag mich nicht dazu hergeben, meine Herren, hier eine Rechtfertigung der Freiheitsbewegungen des österreichischen und ungarischen Volks, meinem Vorredner gegenüber, zu versuchen; denn Diejenigen, welche diese Volkserhebungen noch nicht als gerechtfertigt ansehen, werden sie immer von einem anderen Gesichtspunkt aus ansehen, als der ist, in dem sie mir erscheinen. Je bewunderungswürdiger diese Kämpfe sind, und je lebhafter ich wünsche, daß es den Völkern gelingen möge, daß sie den vollständigsten Sieg über jene verrätherische Camarilla davontragen, um so weniger möchte ich dazu beitragen, daß das Ministerium der Centralgewalt sich hineinmische. Zwar haben die Ausschuß-Anträge auf die Wahrung der deutschen Interessen hingewiesen, und das sind die Interessen der Freiheit. Allein, meine Herren, wenn Sie Das auch immer zum Beschluß erheben, so finde ich doch keine Garantie für eine entsprechende Durchführung dieses Beschlusses. Es gab eine Zeit, da redete man ununterbrochen von der Ehre Deutschlands, die gewahrt werden müsse, und dennoch hat uns all dieses Gerede nicht bewahrt vor dem Waffenstillstand von Malmö. Wieder spricht man uns von der Wahrung deutscher Interessen, aber was Sie auch beschließen, es wird in den Händen des Ministeriums zum Verderben der Völker ausfallen. Zur Rechtfertigung dieser Befürchtung weise ich auf alles Das hin, was das Ministerium gethan hat, und besonders auf die

eine Thatsache, daß, während wir in diesem Saale die ungarische Deputation mit lautem Applaus empfangen haben, das Ministerium ruhig zugesehen hat, wie eine deutsche Camarilla einen Verrath gesponnen gegen jene Nation, so völkermörderisch und freiheitsfeindlich, wie die Geschichte kein zweites Beispiel aufzuweisen hat. Im Hinblick auf diese Thatsache beantrage ich, daß das Reichsministerium, wie es seither gethan, auch fernerhin ruhig zusehe, wie die Verhältnisse dort sich entwickeln, und daß es seine Commissäre zurückberufe; ich beantrage dieß, weil ich mich nimmer den Illusionen hingeben will, daß man, — um mich biblisch auszudrücken, — daß man Teufel austreiben könne durch den Obersten der Teufel. (Bravo auf der Linken.)

v. **Vincke** von Hagen: Ich habe bei einer früheren Gelegenheit, als zuerst der Antrag gestellt wurde, einen besonderen Ausschuß für die österreichischen Angelegenheiten niederzusetzen, mich dagegen erklärt, um dem Ministerium nicht irgendwie Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und weil ich es nicht als die Aufgabe der Versammlung betrachten kann, nach Weise des Convents, der uns freilich von dieser Seite (zur Linken gewendet) oft als Muster hingestellt wird, — in die Executivmaßregeln einzugreifen. Die hohe Versammlung hat indeß die Niedersetzung des Ausschusses beschlossen, und wie mir scheint, wurde die Mehrheit dabei von dem Bestreben geleitet, die vielen unreifen und dringenden Anträge, womit wir in Beziehung auf die österreichischen Angelegenheiten überschüttet wurden, einem

gewissen Läuterungsfeuer zu unterwerfen, und dieser Aufgabe hat der Ausschuß durch das Majoritätserachten gebührend entsprochen. Ich würde mich daher einfach darauf beschränken können, für das Majoritätserachten mein Votum abzugeben, wenn nicht heute wieder die ganze österreichische Frage von den verschiedensten politischen Richtungen aus in die Debatte gezogen worden wäre. Ich glaube zwar nicht, daß, was von meiner Seite geäußert wird, eine so bedeutende Wirkung haben kann, wie die Worte des verehrten Mitgliedes für Würzburg, der uns sagte: wenn man seine Worte aufmerksam angehört hätte, so würden die letzten Bewegungen in Wien nicht eingetreten sein; ich halte es aber doch immer für zweckmäßig, daß Behauptungen, wie wir sie heute gehört haben, einigermaßen berichtigt werden. Zunächst hat man scharfsinnige Untersuchungen angestellt darüber, ob die Wiener Bewegung eine demokratische oder nationale sei. Ich weiß nicht, ob der Redner, der sich gerade mit dieser Untersuchung beschäftigte, im Interesse dieser Seite (zur Linken gewendet) gehandelt hat, wenn er namentlich für die nichtdemokratische Tendenz dieser Bewegung hervorhob, daß man sich nach einem redlichen Manne, nach Pillersdorf, umgesehen habe. Indessen halte ich es auch von meinem Standpunkte aus für ganz gleichgültig, ob die Bewegung demokratisch oder nichtdemokratisch ist. Es kommt nur darauf an, ob sie auf gesetzliche Art zu Stande kam oder nicht. Möchte es sich ereignen, daß in Deutschland auf gesetzlichem Wege die alleräußerste Demokratie

ins Leben treten sollte, so würde ich mich in dem Falle offen dafür erklären und sie unterstützen, sobald die rechtliche Existenz einer solchen Schöpfung nachgewiesen wäre. Nicht auf die demokratische, sondern auf die gesetzliche Natur der Bewegung kommt es daher allein an. (Unterbrechung von der Linken.)

Vicepräsident Simson: Meine Herren, unterbrechen Sie den Redner nicht, Ihre Redner können ihn widerlegen.

v. Vincke: Wenn man dafür, daß der Charakter der Bewegung in Wien ein durchaus loyaler gewesen sey, anführt, daß man die Truppen ja nicht habe entfernen, sondern vielmehr zurückbehalten wollen, so ist mir dieses Argument ganz besonders geistreich vorgekommen. Ich will keine Untersuchung darüber anstellen, was in dieser Beziehung die letzten Beschlüsse des Reichstags gewesen sind, durch welche man ausdrücklich als einen Theil des Friedensinstrumentes die Truppen um einen Theil vermindern, also doch entfernen wollte. So viel steht aber fest, man mag sie nun haben zurückbehalten oder entfernen wollen, daß dieß doch immer von einer Macht ausging, die kein Recht hatte, weder Truppen zurückzuhalten noch zu entfernen. Ferne ist man dazu gekommen, zu sagen, man könne doch wol nicht annehmen, daß der Zustand in Wien ein ana chischer sei; es seien zwar viele Leute geflüchtet, abe nicht vor den heldenmüthigen Wienern, sondern vo Jellachich's Croaten. Es ist doch curios, daß, wenn man Jemanden entfliehen will, man ihm dann in die

Arme eilt. Die Ermordung des Generals Latour, sagt man, sei allerdings beklagenswerth, indessen sei doch nicht der Reichstag dafür verantwortlich zu machen. Aber es ist schon von einem Redner gesagt worden, daß es jedenfalls der Gipfel der Anarchie ist, eine solche Unthat nicht einmal zu verurtheilen, und ich frage Sie, wie man vor der heldenmüthigen Aula, die uns heute wiederholt gepriesen und als ein Muster für ganz Europa aufgestellt worden ist, sonderliche Achtung haben kann, wenn, wie uns vor einigen Tagen das verehrliche Mitglied aus Mannheim berichtete, der Mörder mit der blutigen Stange hineineilt und fragt: „Habe ich nicht Recht gethan?" und Niemand den Muth hat, das einfache deutsche Wort „nein" auszusprechen? (Große Unruhe.) Ferner ist gesagt worden, es wäre zwar richtig, daß man in Wien gar nicht wisse, wo die Regierung sei; allein daraus folge noch nicht, daß dort Anarchie herrsche, in so schwierigen Zeitumständen müsse man die Regierungsgeschäfte theilen. Ich habe von einer Theilung der Arbeit in nationalökonomischer Hinsicht gehört, wo sie gewiß ein anerkennenswerthes Muster ist; daß aber die Theilung der Regierungsgeschäfte in schwierigen Zeitumständen musterhaft sei, habe ich noch nie gehört. Wenn man hört und liest, daß an einem Tage das Commando der Nationalgarde sich in vier Händen befunden, und daß der vierte Commandant Messenhauser, der jetzt an der Spitze steht, seine Proclamation damit anfangen mußte, es wäre nicht genug, daß man sich bewaffne, es

wäre wünschenswerth, daß man in militärischen Dingen auch etwas gehorchen lerne, so muß ich bekennen, wenn das keine Anarchie ist, so hat die Sprache ihre Farbe gewechselt. Wie man sich unter diesen Umständen wundern kann, daß der Kaiser in diese loyale Stadt nicht zurückkehrt, begreife ich ebenso wenig! Ich glaube zwar nicht, daß die Worte des Redners aus Wien, der für die Bewegung so warm plaidirt hat, die Wirksamkeit haben werden, die er ihnen wünschte, daß sie als Blitze das Ministerium vernichten; ich meine aber, daß der verantwortliche Minister, welcher im Hoflager des Kaisers sich befindet und dessen Erlasse contrasignirt, schon lange vor jener Bewegung im Ministerium, und daß er bereits ein constitutioneller Mann war, als der verehrte Redner sich noch in den Windeln befand. (Von der Linken ironisches Bravo. Unruhe.) Ich freue mich sehr, daß die Herren (zur Linken gewendet) jetzt auch für den Constitutionalismus Sympathien haben. Ich glaube aber, durch Ihr Bravo werden Sie den Ruhm des Ministers Wessenberg nicht schmälern (Unruhe) und gewiß noch viel weniger erhöhen. — Unter solchen Umständen scheint es mir außerordentlich gleichgültig ob das Wort Republik in Wien ausgesprochen worden ist, oder nicht; ich glaube aber, die nordamerikanischen Freistaaten und die Schweiz würden erröthen, wollte man solche Zustände mit dem ehrenhaften Namen Republik bezeichnen. — Dafür, daß eine solche Bewegung national sei, hat man auch die geistreichsten Gründe vorgebracht. Deßhalb, weil die Slawen jetzt mit dem

Fürsten Windischgrätz sympathisiren, weil er im Besitze der gesetzlichen Macht über das österreichische Heer sich befindet, soll Alles, was anti-wienerisch ist, slawisch sein; eben so gut könnte man deduciren, daß die Herren sich für die Slawen interessiren, welche früher fulminante Anträge gegen den Fürsten Windischgrätz einbrachten, als er die Bewegung in Prag unterdrückte. Der zweite Redner vor mir hat die magyarische Bewegung richtig charakterisirt. Ich begreife nicht, daß man von einer Seite des Hauses (nach der Linken gewendet), wo man sich immer vorzugsweise einer deutschen Gesinnung rühmt, Interesse für die Magyaren zeigen kann, und dabei vergißt, daß 300,000 Deutsche von einem der ältesten und edelsten Stämme in Siebenbürgen wohnen, und gerade von uns die Rettung ihrer Nationalität vor den Magyaren erwarten. (Hört!) Man spricht uns hier immer von Nationalität. Es ist aber doch wunderbar, daß man immer nur die fremde Nationalität in Schutz nimmt. Früher schwärmte man für die polnische Nation, jetzt für die magyarische. Ich bedaure (zur Linken gewendet), daß der Lehrer des Humanitätsprincips nicht mehr in Ihrer Mitte weilt, da seine Schüler ihm jetzt völlig entwachsen zu sein scheinen. (Unruhe.) — Welcher Natur diese Bewegung ist, ob eine deutsche und loyale, oder nicht, glaube ich, wird schon durch diese wenigen Bemerkungen hinlänglich dargethan sein. Ich beschränke mich darauf, zu erklären, daß ich es für Unrecht halte, in dem Augenblicke, wo es sich um die Wahrung der wichtigsten Interessen han-

delt, dem Ministerium noch neue Hindernisse in den Weg zu legen, einem Ministerium, das die einzige vernünftige Maßregel ergriffen hat, die möglich war, Reichscommissarien ausgesandt und mit der Fülle der Reichsgewalt ausgerüstet hat. Ich stimme deßhalb für das Majoritätsgutachten des Ausschusses. Ich würde auf Tagesordnung angetragen haben, aber ich wünsche, daß in dieser Sache dem Ministerium ein Vertrauensvotum gegeben werde, und in diesem Sinne stimme ich für den Antrag der Majorität des Ausschusses. (Lebhafter Beifall auf der Rechten und dem rechten Centrum. — Viele Stimmen: Schluß! Andere: Reden!)

Vicepräsident Simson: Ich habe Herrn Vogt das Wort gegeben: Sie werden ihn also wohl noch hören; nachher werde ich sofort die Frage über den Schluß der Debatte stellen.

Vogt von Gießen: Meine Herren! Der Redner vor mir hat den Antrag, welchen die Majorität des Ausschusses gestellt hat, sehr richtig als ein förmliches Vertrauensvotum bezeichnet, welches die Mehrheit dieser Versammlung dem Ministerium zu geben im Begriffe steht. Wenn ich darin mit dem Redner vor mir vollkommen einverstanden bin, so ist das wahrlich auch der einzige Punkt unseres Einverständnisses (Heiterkeit auf mehreren Seiten), allein ich werde mich auf eine Widerlegung dessen, worin ich ihm nicht beistimme, nicht einlassen. In einem ernsten Augenblicke, wie der jetzige, wo es sich um Entscheidung des Schicksals eines herrlichen deutschen Volksstammes handelt, bin ich wahrlich

nicht in der Stimmung, Witze zu machen (Stimmen auf der Linken: Sehr gut! Bravo!), und ebenso wenig fühle ich mich fähig, die eines Andern zu widerlegen. (Lebhaftes Bravo von der Linken.) Meine Herren! es ist wahr, man verlangt von uns ein Vertrauensvotum, und zwar ein förmliches Vertrauensvotum für dasjenige, was in der Wiener Frage von dem Reichsministerium aus geschehen ist, sowie für das, was von ihm noch geschehen soll. Bevor man aber einem solchen Verlangen Folge geben kann und will, wird es wohl nöthig sein, zu untersuchen, ob das Ministerium dieses Vertrauen wirklich verdient, und ob es auch nach seinen bisherigen Handlungen fähig sein kann, fernerhin noch in dieser Zeit das Ruder des Staates in den Händen zu halten. Wenn man aber die Thätigkeit des Ministeriums, wie sie bisher sich gezeigt hat, untersuchen will, so muß man sich freilich nicht auf den Standpunkt stellen, den Herr Bassermann vor einigen Tagen eingenommen hat, indem er im Einklange mit dem, was neulich auch in ganz ähnlicher Weise und mit fast gleichen Worten in Berlin geäußert wurde, sagte, es sei nunmehr die Zeit, wo man nicht mehr Widerstand leisten, nicht mehr Opposition machen dürfe, weil jetzt die wahre Freiheit eingetreten sei und man diese nach Kräften unterstützen müsse. Meine Herren, es gibt Leute, welche allemal glauben, die Freiheit sei da, wenn sie da sind! (Lebhafter Beifall, Heiterkeit auf der Linken.) Auch Odillon Barrot glaubte in der letzten Revolution von Frankreich, die wahre Freiheit sei

eingetreten, als oder weil er den Wisch in den Händen hatte, der ihn zum Minister machte. (Bewegung.) Allein das Papier wurde zerrissen und Frankreich ging in der Freiheit einen kleinen Schritt weiter, als es Herrn Barrot angenehm war. Meine Herren, man hat uns gesagt, es seien neue Zustände eingetreten, eine neue Freiheit sei da, und ihr müsse man sich unterwerfen. Untersuchen wir doch einmal, ob sie wirklich da ist, diese neue und wahre Freiheit; untersuchen wir, ob das Ministerium dazu beigetragen hat, diese Freiheit da, wo sie vorhanden, zu stützen und zu kräftigen; untersuchen wir, ob das Ministerium fähig ist, diese Freiheit, welche jetzt in Oesterreich so herrlich anbricht, zu pflegen und im Wachsthume zu kräftigen, damit sie Segen bringe für ganz Deutschland. Man hat uns gesagt, damals, als man Minoritätswahlen in Hannover angeordnet habe, da sei es freilich ein Verdienst gewesen, dem herrschenden Systeme der Herren Scheele, Abel u. s. w. Widerstand entgegenzusetzen, wenn nicht gar Revolution gegen dies System zu machen. Das sagte uns Herr Bassermann, der doch recht gut wissen muß, daß gerade sein specielle Landesregierung, die Regierung von Baden, de Antrag hier bei uns eingebracht hat, eine Minorität wahl gut zu heißen. Ist unser Zustand ein ander geworden? .....

Bassermann: Das ist nicht wahr!

Vogt: Wie? das sei nicht wahr?

Bassermann: Nein!

Vogt: Allerdings, es ist doch wahr! Ich berufe

mich auf die Discussion, welche hier in der Paulskirche über die Wahl von Hecker in Thiengen stattgefunden hat, wobei uns die badische Regierung allerdings vorschlug, die Stimmzettel für Hecker zu annulliren und die von der Minorität der Wahlmänner getroffene Wahl zu genehmigen! — Man hat uns nichts desto weniger gesagt, es sei anders geworden. Bei der Untersuchung dieser Frage müssen wir zwei verschiedene Richtungen der Thätigkeit des Ministeriums unterscheiden. Einmal frage ich, was das Ministerium gethan habe, um durch Publikation von Gesetzen, dann aber, welche Regierungsmaßregeln es getroffen habe, um unsere Zustände zu bessern und anders zu machen. Zur Beantwortung der ersten Frage habe ich das Reichsgesetzblatt nachgeschlagen und vier Gesetze darin gefunden: Erstens das Gesetz über die Einsetzung der provisorischen Centralgewalt, zweitens das Gesetz über die gerichtliche Verfolgung der Abgeordneten, drittens das Achtungsgesetz gegen diese Versammlung und viertens die Verordnungen über neue Steuern und Umlagen. In dieser Weise also, meine Herren, sind die gesetzlichen Zustände Deutschlands durch das Ministerium verändert worden! (Heiterkeit.) Sie sehen, das Alte ist immer noch da, denn das, was durch diese von dem Ministerium veröffentlichten Gesetze geändert wurde, ist doch wahrlich nicht viel. Sie werden mir aber vielleicht einwerfen, es sei wenigstens in den einzelnen Staaten zur Herstellung eines anderen gesetzlichen Zustandes Vieles geleistet worden. Nein, meine Herren, in den einzelnen Staaten hatte man Vertrauen

auf die Paulskirche, und namentlich dort, wo die Bewegung am lebhaftesten ausbrach, wo man das constitutionelle System schon längst besaß, da glaubte man durch die aus der Paulskirche hervorgehenden Gesetze würden neue Zustände herbeigeführt werden; deßhalb verlangte man auch keine constituirenden Versammlungen in diesen Staaten, deßhalb vertagte man dort meistens die Ständekammern, deßhalb gab man dort nur wenige neue Gesetze, und erwartete mit Vertrauen die Gesetzgebung der Paulskirche. So ist also in den einzelnen Staaten wenig geschehen, um die gesetzlichen Zustände zu ändern, und von uns aus sind kaum einige neue Gesetze gegeben worden, welche keine wesentliche Aenderung brachten; das Alte blieb, und die alten Gesetze über Hochverrath, Majestätsbeleidigung und der ganze gesetzliche Quark aus voriger Zeit sind bis zu uns herübergeschleift worden und bestehen noch in Kraft; nach ihnen wird noch heute geurtheilt und gerichtet. Ist der gesetzliche Zustand anders geworden? Meine Herren, man ruft uns stets von Neuem zu: Kehrt um zur Gesetzlichkeit! Herr Bassermann sagt uns, es müsse sich ein Jeder diese Umkehr zur Richtschnur machen. Mein Herren! Was uns Herr Bassermann und seine Meinung genossen anempfehlen, das ist die Umkehr zu jenen alt Gesetzen, welche das deutsche Volk im März zerbroch zu haben glaubte, welche aber, wie es jetzt mit Schme und Widerwillen empfinden muß, noch immer auf sei nem Nacken liegen. (Lebhaftes Bravo auf der Linken.) Diese so sehr empfohlene Umkehr ist die Rückkehr zum

alten Polizeistaate, und diesen Polizeistaat hat das Reichsministerium in allen seinen Maßregeln durchgehends gehegt und gepflegt. Meine Herren, ich spreche es unumwunden aus: das Ministerium hat geglaubt, zu regieren, und es hat bis jetzt im Gegentheil nur polizeit! (Bravo auf der Linken und dem linken Centrum; Stimmen: Sehr wahr!) Es ist ihm vortrefflich gelungen, meine Herren, dem Ministerium, das Odium der Polizei von den Einzelstaaten ab- und auf sich zu laden, wie es in jenem nicht officiellen Briefe auf sich laden zu wollen erklärte. (Stimmen auf der Linken: Sehr gut!) Vergleichen wir einmal diese sogenannten Regierungsmaßregeln des Ministeriums in der letzten Zeit gerade mit den Fortschritten der Tagesgeschichte, mit den Ereignissen, welche sich in Oesterreich zutrugen. Meine Herren, am 28. September fragte die Centralgewalt die Regierungen von Preußen und Würtemberg, was sie denn gethan hätten, um die in Heilbronn, Coblenz und Cöln stattgehabten Unruhen und Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern, und welche Maßregeln diese Regierungen getroffen hätten, um die Uebertretung der Gesetze zu bestrafen. Zwei Tage später, am 30. September, meine Herren, wurde die Schlacht bei Velencze geschlagen, und sie wurde geschlagen von den Ungarn gegen theilweise deutsche Truppen, die dem hochverrätherischen Banus von Croatien zugefallen waren! — Die Centralregierung fragte nicht das österreichische Ministerium, was es gethan habe, um das Ueberlaufen seiner Truppen zu den croatischen Horden

zu verhindern; — zu einer solchen Frage fand es keinen Anlaß; aber es fragte an, was man gethan zu Heilbronn, Cöln und Coblenz. Meine Herren, am 2. October wurde uns erklärt, es sei in Thüringen ein Truppencorps aufgestellt, weil dieß aus strategischen Gründen für nothwendig erachtet worden sei. (Heiterkeit.) Meine Herren, die Lehrbücher der gesetzlichen Mordkunst sind niemals meine Lieblings-Lectüre gewesen —, aber so viel weiß ich doch, daß in dem Momente, wo die croatischen Horden sich der deutschen Grenze näherten, — und sie standen bei Raab und Bruck an der Leitha, — daß damals ein strategischer Punkt in Thüringen sehr übel gewählt war, um die Interessen Deutschlands in Oesterreich zu wahren. (Heiterkeit. Stimmen auf der Linken: Sehr gut!) Wahrlich, meine Herren, so viel verstehe ich noch von der Strategie. An demselben 2. October gab uns der Minister Schmerling die Erklärung: Das Reichsministerium werde eben so kräftig und entschieden der Reaction und dem Separatismus entgegenwirken, wie es der Anarchie entgegengetreten sei. Das wurde uns am 2. October erklärt. Was war die Antwort auf diese Erklärung? Am 3. October kam die Nachricht hierher, daß man die Correspondenz Jellachichs aufgefangen habe; wir erhielten und lasen mit Entrüstung die Documente über die Umtriebe der kaiserlichen Camarilla. Was that das Reichsministerium, um diesen Umtrieben gegenüberzutreten? um diese schmählich Reaction eben so kräftig zu bekämpfen, wie die Anarchie? — Man ließ der freien Schweiz eine Note zu

kommen. (Viele Stimmen auf der Linken: Sehr gut! Heiterkeit.) Das war die Maßregel, meine Herren, die man von dem Ministerium aus nahm, um den Umtrieben von oben her, um der Reaction entgegenzutreten! Meine Herren, am 6. und 7. October fand die denkwürdige Erhebung Wiens statt. Man hat gesagt, es sei ein anarchischer Zustand gewesen. Ja, meine Herren, er war es einige Tage lang, und wir können dem Himmel danken, daß die Anarchie eintrat, um die wahre Herrschaft des Gesetzes zu retten. Meine Herren, als das Volk in Wien sah, daß der Verrath an allen Thoren lauerte, als es sich umgeben fühlte von den Netzen jener giftigen Spinnen, die überall ihre Fäden ausgeworfen hatten; als es sah, daß man deutsches Blut opfern wolle, um Ungarn als Beute den Croaten hinzuwerfen; als es den teuflischen Plan entdeckte, daß man das magyarische Reich vernichten und den Keil herausschlagen wollte, welcher in den Panslawismus trennend hineingetrieben ist: wie, meine Herren, als die Deutschen Wiens in solcher Bedrängniß vergebens den Blick nach allen gesetzlichen Gewalten hingewendet hatten und als keine Hülfe sich bot: da wollen Sie die Anarchie verdammen dafür, daß sie eintrat, mit starker Hand dieses Gewebe zerriß und zu Boden schlug? (Lebhafter Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.) Welches andere Mittel konnte man ergreifen, um entgegenzutreten, wo der Minister selbst offenkundig diese Umtriebe unterstützt und den Verrath begünstigt hatte? An welche Gewalt konnte man sich zur Abhülfe wenden? Was konnte man anderes

thun, als daß man endlich in der höchsten Gefahr an jenes Recht appellirte, an jenes ewige Recht, welches man sich von den Sternen holt, wenn es auf Erden nicht zu finden ist? (Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Meine Herren, in diesem Augenblicke war die Anarchie die Retterin in der Noth. Aber als ihr Ziel erreicht war, da ist wirklich Alles wieder mit überraschender Schnelle in den gesetzmäßig geordneten Zustand zurückgekehrt. Wenn Sie das verdammen, meine Herren, so verdammen Sie doch auch die März-Revolution; seien Sie consequent und verdammen Sie alle anarchischen Bestrebungen, die geschehen sind, und verleugnen Sie die Revolution, in Folge deren Sie hier sitzen und berathen. (Eine Stimme von der Linken nach der Rechten hin: Sie thun es!) Sie sind in gesetzlicher Weise hier versammelt; allein, wer hat das herbeigeführt? Die Anarchie hat dieß gethan. (Lebhafter Beifall auf der Linken; heftiges Zischen auf der Rechten.) Wahrlich, meine Herren, wenn diese anarchischen Bestrebungen nicht eingetreten wären, so wären Sie nicht hier versammelt, Sie hätten petitioniren können in alle Ewigkeit; Sie hätten in Ihren Kammern Anträge stellen können auf ein Parlament und dadurch in ungefährlicher Weise Ihre Courage beweisen können, soviel Sie gewoll[t] hätten, Sie hätten es wahrhaftig nie dazu gebrach[t]. (Bravo von der Linken, Zischen von der Rechten.) Nu[n], meine Herren, in diesem Momente der nothwendig[en] Anarchie ist in Wien eine einzige Gräuelthat vorg[e]fallen — das ist wahr und sie ist zu beklagen — allei[n]

ich wundere mich, daß, wenn man Worte findet, um über diese Gräuelthat zu interpelliren, daß man nicht auch zu gleicher Zeit Worte findet, um die Rache des Gesetzes heraufzubeschwören über diejenigen, welche jene vier unglücklichen Studenten im Schlosse des Belvedere mordeten und verstümmelten, — ich wundere mich, daß der Arm des Gesetzes nur nach der einen Seite hin schlagen, die andere aber verschonen soll! Meine Herren, die eine That ist in dem Augenblick der Anarchie begangen worden, wo die Leidenschaften tobten, und das Andere ist einige Tage später begangen worden von der regulären Armee, die unter dem Befehl von Auersperg, ihrem gesetzlichen Befehlshaber, stand. Aber dafür, so scheint es, hat man keine Interpellation, für diese Unthat hat man keine Worte der Mißbilligung, und doch sind diese jungen Leute so entsetzlich verstümmelt worden, daß ein Abgeordneter des Reichstags bei ihrem Anblick wahnsinnig wurde.... (Vielfache Unterbrechung.)

Vicepräsident Simson: Ich bitte um Ruhe.

Vogt: Meine Herren, die Bewohner von Wien haben ein großartiges Beispiel gegeben, indem sie so schnell wieder in die Schranken der Gesetzlichkeit zurückkehrten nach einer solchen allgemeinen Erhebung, die wahrlich gerechtfertigt war durch die Thaten der Camarilla. Dabei stimme ich auch mit einem meiner Vorredner überein, daß man diese nicht so leicht packen kann, besonders wenn man sie nicht packen will. Hören Sie diejenigen, die jetzt aus Wien schreiben, und die diese Stadt von früher her gekannt haben. Diese sehen dort

das bewaffnete Volk in der herrlichsten Ordnung, bewundernswerth in seiner Mäßigung, ohne daß nur der geringste Scandal oder irgend etwas dieser Art stattfindet. Es herrscht mit einem Worte die größte Ordnung in Wien nach diesen Berichten. (Heiterkeit.) Nur diejenigen, die geflohen sind und von außen her die Bewegung in Wien anschwärzen und angelben möchten, (viele Stimmen: Sehr gut!) diese sind es, welche die Wiener Bewegung verleumden und sagen, es herrsche jetzt Anarchie in Wien. Nun frage ich aber, meine Herren: wenn dieß wahr ist, was hat das Ministerium gegen diese anarchischen Zustände gethan, die meiner Behauptung nach nur zwei Tage, ihnen zu Folge aber noch andauern? Die anarchischen Zustände wurden in dem Hoflager fortgesetzt. Der Kaiser erließ nicht contrasignirte Proclamationen, in denen er die Provinzen gegen Wien aufzuwiegeln suchte. Die Camarilla hat das constitutionelle Princip, für das Sie, meine Herren, so sehr schwärmen, mit Füßen getreten. Das ist eine Thatsache. Der Fürst Lobkowitz hat Proclamationen erlassen und zwar nicht blos an dem ersten Tage, sondern auch noch dann, als die Minister auf dem Wege nach dem kaiserlichen Hoflager waren. Der kaiserliche Minister, der hinkam, hat sich von dem Hoflager weg und aus der bewaffneten Begleitung des Kaisers flüchten müssen; er ist vielleicht jetzt auf den Spielberg gebracht worden, wie man sagt. Gegen alle diese Vergehen findet das Ministerium keinen Anlaß, einzuschreiten. Es hat zwar, wie uns Herr v. Schmerling sagte, in ho-

hem Grade die Wichtigkeit erkannt, nicht allein einem mit uns so nahe verbundenen Volke, sondern auch einem Volke, das nach seinem Gebiete dem deutschen Bundesstaate angehört, jene Rücksicht angedeihen zu lassen, die die Wichtigkeit jener Ereignisse im hohen Grade in Anspruch nimmt. Aber ich frage Sie: was war diese Rücksicht, die man hat angedeihen lassen? Man hat kein Wort der Mißbilligung, kein Wort in der Instruction gefunden, welches die Reichscommissäre anwies, kräftig und energisch den Umtrieben der Camarilla, den inconstitutionellen Tendenzen, die vorgekommen sind und die doch wahrlich den Reichsgesetzen widersprechen, in irgend einer Weise entgegenzutreten. Man hat, ich wiederhole es, kein einziges Wort hiefür in jener Instruction gefunden, sondern man hat den Commissären nur eine allgemeine Instruction ertheilt, und mit derselben versehen reisten sie nach ihrem Ziele, mit solcher Schnelligkeit, daß es Einem fast vorkommt, sie hätten jene Wette angestellt, die die Fabel von der Schnecke und ich weiß nicht von welchem anderen Thier erzählt. — Gehen wir aber noch weiter. Wir haben bis jetzt das untersucht, was in dem Hoflager und in Wien selbst geschehen ist. Wir kommen aber in dem Verlaufe dieser Geschichte auf einen Punkt, wo der thatsächliche Angriff auf das deutsche Gebiet statt hat. Der Banus Jellachich überschreitet am 9. October die österreichische Grenze mit seinen Horden, mit jenen Rothmänteln, welche für Herrn Somaruga die Apostel der Humanität zu sein scheinen. (Bravo auf der Linken und dem linken Cen-

trum.) Was thut das Reichsministerium in dem Augenblick, wo der Angriff erfolgt, wo diese räuberischen Massen sich in das deutsche Bundesgebiet wälzen, wo sie sich einlagern bei deutschen Bürgern, sie berauben und ausplündern? Was thut das Ministerium? — Es ernennt einen Reichscommissär für die sächsischen Herzogthümer und Reuß-Schleiz-Greitz-Lobenstein. (Heiterkeit.) Ja! meine Herren, an demselben Tage, es ist dieß ein merkwürdiges Zusammentreffen; — aber freilich, die strategischen Gründe mußten in Thüringen gewahrt werden, während man in Oesterreich einbrach; und um einer Armee, die den deutschen Boden feindlich betritt, entgegen zu treten, dazu hatte man keine strategischen Gründe. Am 11. October fielen zwei neue Thatsachen vor, die das ganze constitutionelle System durchlöcherten. Einestheils erläßt Windischgrätz, ehe seine Ernennung bekannt gemacht ist, eine Proclamation in Prag, wornach er auf eigene Faust hin gegen Wien marschirt, freilich als kaiserlich österreichischer General, und andererseits rebelliren 36 czechische Deputirte gegen den Reichstag, der vollzählig vorhanden ist, treten aus, erklären die Beschlüsse des Reichstags für nicht bindend, und rufen die übrigen slawischen Abgeordneten in Brünn zusammen zur offenen Rebellion gegen den gesetzlich constituirten Reichstag Das Ministerium aber findet darin keinen Anlaß, irgend etwas zu thun. Ich frage, was geschehen würde, wenn etwa bei einem andern Reichstage etwas Aehnliches vorginge? Was würde geschehen, wenn z. B. eine

Fraction der Linken von hier weg, wir wollen sagen, nach Berlin ginge, mit anderen Abgeordneten zusammenträte und von dort aus uns erklärte: „Eure Beschlüsse in der Paulskirche gelten nichts, denn wir sind die wahren Vertreter.“ Was würden Sie in einem solchen Fall thun, und was würde das Ministerium alsdann thun? Es würde schreien über Verrath, über Empörung und alles mögliche, über Revolution und Gesetzbruch! Aber, meine Herren, wenn die czechischen Abgeordneten nach Prag gehen, und von dort aus erklären, der Wiener Reichstag habe nichts zu beschließen, dann findet das Ministerium keinen Anlaß, etwas zu thun. (Bravo auf der Linken.) Doch, ich irre mich, es findet allerdings Anlaß, etwas zu thun. Es erläßt an demselben Tage ein Circular an alle Einzelregierungen und fordert sie auf, einen Eingriff in das freie Vereinsrecht zu thun, die Beschlüsse der politischen Vereine, die Zahl der Theilnehmer an politischen Vereinen und sogar bis deren Charakter ihm amtlich mitzutheilen. Ich glaubte anfangs, als ich dieß zum ersten Male las, das Ministerium sei plötzlich ultrademokratisch geworden, und wolle seine Verbündeten im ganzen Lande kennen lernen. (Heiterkeit.) Wenn man aber diesen Erlaß mit den andern Thatsachen zusammenhält, so zeigt sich wahrlich eben jener traurige Geist, den ich von Anfang an bezeichnete, es zeigt sich, daß das Ministerinm nicht regiert, sondern nur Polizei spielt, daß es gegen die Kleinen im Uebermuth seines Vollgefühls aufgetreten ist, da aber, wo die Kraft sich zeigte oder die Umtriebe von Oben

kamen, in seiner Schwäche zusammensank. (Mehrere Stimmen auf der Linken: Bravo! Sehr gut!) Wahrlich, wenn so das Ministerium das Versprechen hält, wie es hier feierlich gegeben wurde, die Reaction zu bekämpfen, wenn das Ministerium fortfährt, so zu handeln, dann mögen Sie ihm Ihr Vertrauensvotum geben; ich kann es wahrlich nicht! Meine Herren, ich sehe aber in diesen Maßregeln noch mehr, als bloß die Sucht und die Angewöhnung, Polizei zu spielen. Als Triebfeder erkenne ich in allen diesen Maßregeln jene läppische Furcht vor einer geheimen Vehme und vor der bewaffneten Meuchlerhand, die man jedesmal, wenn an die Thüre geklopft wird, im Geist zu erblicken wähnt. (Heiterkeit auf der Linken.) In dieser Furcht vor einem geheimen Vehmgericht sehe ich die geheime Triebfeder von so Vielem, was von Seiten des Ministeriums geschah, aber ich protestire gegen eine solche Verleumdung des deutschen Volks. Wir haben Vehmgerichte gekannt in den finstern Zeiten des Mittelalters; sie hatten ihren Sitz auf der rothen Erde; (eine Stimme: jetzt unter der rothen Fahne!) und man hat uns neulich gesagt und sagt Ihnen so eben, jetzt existiren die Vehmgerichte unter der rothen Fahne. Mein Herren! Ich will auf solche Albernheiten nicht nähe eingehen; — ich habe niemals an Ammenmährchen geglaubt. — Betrachten Sie nur das, was Sie hier in dem Ausschußbericht vor sich liegen haben. Ob Herr v. Somaruga auf die Weise, wie er gesprochen hat, die ihm so theueren deutschen Interessen an der

unteren Donau, in Ungarn und noch weiter hinab zu fördern gedenkt, das muß ich ihm wahrlich überlassen. Er hat sich darüber gewundert, daß wir für Ungarn Partei in diesem Augenblick ergriffen hätten, ich sage in diesem Augenblick, und daß wir zu der Hilfe, die von Ungarn nicht versagt wird, in der Hoffnung aufblickten, sie werde und solle Wien von den Horden des Jellachich befreien. Herr v. Somaruga mag sich nicht wundern: wenn nur allein der Grund vorläge, daß er gegen Ungarn ist, so würde darin eine vollkommen genügende Rechtfertigung für uns liegen, für Ungarn, und dadurch für die deutsche Sache in Ungarn zu sein. (Bravo auf der Linken, und dem linken Centrum.) Man hat gesagt, es sei die Wiener Bewegung eine demokratische, und man hat dieß Wort dazu benützt, Sie gegen dieselbe einzunehmen. Ich weiß dieß nicht, — aber ich glaubte, daß das Geringste, wozu man in unserer Zeit kommen wolle, die demokratisch-constitutionelle Monarchie sei, die constitutionelle Monarchie auf breitester demokratischer Basis.

Aber nun, meine Herren, scheint man sogar diese demokratische Basis zu verleugnen und nur die constitutionelle Monarchie zu wollen, um dann vielleicht zu der reinen Monarchie zukommen. Wenn die Wiener Bewegung wirklich eine demokratische ist, meine Herren, so freuen Sie sich darüber, daß Ihnen endlich durch diese demokratische Bewegung die Basis für ihre constitutionelle Monarchie gegeben wird. Allein es gibt gewisse Leute, welche mit der Demokratie ganz andere

Ideen verbinden und in ihrer Anschauung gleichstehen jenem Gouverneur von Mähren, Laszansky, der die gesetzlich constitutionelle Gewalt in Wien, nämlich den Reichstag und die übrigen Autoritäten eine Pöbelherrschaft nannte, und zwar in einem amtlichen Erlaß. Schlagen Sie sich meinetwegen zu dieser Seite; ich will Sie nicht daran hindern. Aber wenn das geschieht, wenn Sie die Hand nicht bieten dieser Bewegung, und wenn sie das heldenmüthige Volk, welches aufgestanden ist gegen die finstere Gewalt der Camarilla, nicht unterstützen, wenn Sie es verschmachten lassen, ohne ihm die erwartete Hülfe zu leisten, dann, meine Herren, wundern Sie sich dann auch nicht, wenn die Bewegung noch demokratischer wird, wenn sie über die constitutionelle und gesetzliche Gewalt, die jetzt noch regiert, hinausgeht, wenn, sage ich, von diesen Gewalten die Bewegung zurückkehrt zu dem Urquell, aus welchem alle gesetzliche Gewalt hervorgegangen ist und hervorgehen wird, nämlich zum Volk. (Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Wundern Sie sich nicht, wenn Sie diese Bewegung stehen lassen und ihr den Rücken kehren, wundern Sie sich nicht, wenn in der Verzweiflung noch Anderes geschieht, worüber Sie trauern müßten, und wundern Sie sich nicht, wenn diese Bewegung, die jetzt noch die constitutionelle Gewalt erkennt und sich ihr unterwerfen will, dann diese constitutionellen Dämme durchbricht und für immer vernichtet. Meine Herren, der Ruf, der jetzt erschallt in diesem Augenblicke, ist vielleicht der letzte, den Wien an

Sie richtet. Ich habe dafür einen Beweis in der Hand. Wenn ich nicht fürchtete, Sie zu ermüden, so würde ich Sie bitten, mir zu erlauben, Ihnen die wenigen Zeilen vorlesen zu dürfen. (Viele Stimmen von mehreren Seiten: Lesen! Lesen!)

Vicepräsident Simson: Die Nationalversammlung scheint die Verlesung zu genehmigen.

Vogt: Die Adresse lautet:

„An die hohe deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., eventuell an die hohe deutsche Centralgewalt. Das Vaterland ist in Gefahr; fremde Kriegerschaaren haben unsern deutschen Boden betreten, haben sich vor den Mauern einer deutschen Stadt gelagert, und bedrohen dieselbe durch offene Angriffe; sie haben ohne allen Rechtsgrund deutsche Volkswehr entwaffnet; sie haben das deutsche Banner von der Kaiserburg gerissen und mit Füßen getreten. Alles dieses ist eine offene, empörende Verletzung der Ehre Deutschlands, es ist ein entschiedener Angriff des Gesammtvaterlandes, und wir richten daher in diesem furchtbaren Augenblicke die dringende Auforderung an die hohe deutsche Centralgewalt: Sie wolle offen und entschieden diese Angriffe als eine thatsächliche Kriegserklärung gegen Dentschland anerkennen, und die deutsche Bundesmacht aufbieten, um dieselben zu bekämpfen. — Wien, am 18. October 1848. — Vom Ausschusse der Studenten in Wien: C. Hoffer, Vorsitzer; Carl Schulhof, Schriftführer." (Gelächter auf der Rechten und im Centrum.) Meine Herren, ich glaube, es ist nicht

zu lachen über ein Corps, das sich so herrlich gezeigt hat, wie dasjenige der Aula; es ist nicht zu lachen über eine Corporation von jungen Männern, welche trotz aller Glut, mit welcher sie für die Sache des Vaterlandes streiten, auch im Stande gewesen sind, die männliche Besonnenheit nicht einen Augenblick wanken zu lassen. Es ist nicht zu lachen über diese jungen Männer, welche stehen für Deutschland und für die deutsche Sache in Wien, und ihr Blut zu verspritzen bereit sind, welche ihre Entschlüsse ausführen mit der Besonnenheit, die selbst Staatsmänner ziert. Meine Herren, bedenken Sie wohl, die Aula in Wien konnte den Strom, welcher dort rauscht, anders lenken, sie konnte ein anderes Banner aufpflanzen, als das schwarz-roth-goldne, und es hätte sie Niemand daran gehindert. Was sie daran gehindert hat, war einzig ihre glühende Vaterlandsliebe und das Bewußtsein, für eine große deutsche Sache einzustehen. Darüber, meine Herren, glaube ich, sollte nur eine Stimme sein in einer deutscheu National-versammlung. (Bravo auf der Linken.) — Meine Herren, verkennen Sie die Gefahr nicht, welche in dem jetzigen Augenblick droht. Der Kaiser ist entflohen mit seiner Escorte. Wohin wendet er sich? Nach Ollmütz. Und die Russen concentriren sich bei Krakau, und der russische Gesandte läßt seine Noten fliegen nach Ungarn, er droht mit dem Einmarsch in Gallizien und Ungarn, wenn die Ungarn sich nicht vom deutschen Boden zurückziehen. Meine Herren, diese Zärtlichkeit Rußlands für den deutschen Boden, der Umstand, daß Rußland

Deutschland zu beschützen sucht, während unsere Centralgewalt den deutschen Boden den Croaten preisgibt, (große Unruhe auf der Rechten und im rechten Centrum) meine Herren, dieses deutet auf etwas Anderes hin, das deutet darauf hin, daß man von Seite dieser Camarilla die Vereinbarung mit der russischen Knute beabsichtigt. Wahrlich, meine Herren, in diesem Augenblick ist Gefahr für das deutsche Element vorhanden. Sie haben sich theilweise in den letzten Tagen dafür ausgesprochen, Sie wollten darum Oesterreich eine besondere Stellung anweisen, weil Sie die deutschen Interessen bis an die Sulinamündung beschützen wollten, und während Sie so sprachen, wollten Sie zugeben, daß der Panslawismus Ungarn überwältigt, und daß die Donau von Preßburg an unter dem Czaar von Rußland stehe? Das, meine Herren, wird die Folge sein vom Zögern und die weitere Folge, daß Zustände eintreten, die ich gerne mit einem Schleier bedecken möchte. Die Bewegung in Oesterreich für die Freiheit wird dann von Neuem unterdrückt und zwar mit der Gewalt der Waffen. Meine Herren, machen Sie nicht, daß auch für Oesterreich der traurige Spruch wahr werde, der in Deutschland längst wahr gewesen ist, der Spruch des Dichters:

„Es ist in Deutschland keine Stadt,
Kein Dörflein, dessen stille Huth
Nicht einen alten Kirchhof hat,
Darin ein Freiheitsmärt'rer ruht!"

Machen Sie nicht, daß dieß auch in Oesterreich Gel-

tung bekomme! (Lebhafter Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.)

Vicepräsident Simson: Herr Bassermann hat das Wort wegen einer Ordnungsfrage.

Bassermann von Mannheim: Meine Herren! Nach der Geschäftsordnung sollen die Redner für und gegen abwechseln. Wir haben aber heute gesehen, daß drei Redner gegen in einer und derselben Richtung hintereinander gesprochen haben, das kömmt daher, daß sich diese Herren auf die Seite einschreiben lassen, von welcher sie glauben, daß sie sie zunächst ans Wort bringt; das ist aber nicht der Sinn der Geschäftsordnung. Nach der Reihe der Redner käme jetzt Herr Eisenmann. Wir wissen aber seit Freitag, daß er in demselben Sinne sprechen wird, wie der Redner, der eben abgegangen. Ich glaube also, es liegt im Sinne der Geschäftsordnung, worauf man sich namentlich immer von dieser Seite (nach der Linken deutend) beruft, daß nun ein Redner für die Majorität gehört werde, und ich erbitte von der Versammlung, (Stimmen auf der Linken: Zur Sache! Auf der Rechten: Das gehört ja zur Sache!) daß einem Mitgliede des Ministeriums Gehör gegeben werde. Ich stelle daher den Antrag, daß nunmehr ein Redner für den Antrag der Mojorität gehört werde. So viel ich weiß, bin ich der nächste.

Eisenmann von Würzburg: Zu den aller neuesten Entdeckungen in unserer Versammlung gehö[rt] auch die, daß die Ministeriellen sogar wissen, was ei[n]

Redner sagen werde. (Heiterkeit.) Herr Bassermann weiß, was ich sprechen werde.

Bassermann (vom Platze aus): Vom Freitag her!

Eisenmann: Und darauf erlaubt er sich den Vorschlag, mir das Wort zu nehmen. Ich habe nichts hinzuzufügen, wenn es die Versammlung will.

Vicepräsident Simson: Wenn es zum Weiterreden kommt, so würde ich Herrn Eisenmann lediglich zu fragen haben, ob er für oder gegen das Majoritätserachten zu sprechen beabsichtigt, und sobald er sich als Redner für den Majoritätsantrag bezeichnet, so hätte ich ihm und Niemand anders das Wort zu geben. Ich glaube, ich muß aber nach meinem Vorbehalte vor der Rede des Herrn Vogt den Schluß zur Frage bringen. Wird der Antrag auf Schluß nicht wiederholt, so müßte ich den Herrn Eisenmann fragen . . . (Viele Stimmen: Schluß!) Der Schlußantrag ist wiederholt, ich muß ihn zur Abstimmung bringen. Diejenigen Herren, die die Discussion über den Bericht des Ausschusses über die österreichische Angelegenheit, versteht sich, vorbehaltlich des Wortes des Berichterstatters für die Majorität, Herrn Schubert, und des Berichterstatters der Minorität, als welchen sich mir Herr Venedey bezeichnet hat . . . (Widerspruch.) Das ist meines Wissens immer geschehen; wenn weiterer Widerspruch ist, so müßte ich die Versammlung darüber consultiren. — Also diejenigen Herren, die die Discussion über den Bericht des Ausschusses für

österreichische Angelegenheiten, vorbehaltlich des Wortes für den oder die Berichterstatter, beschlossen wissen wollen, ersuche ich, sich zu erheben. (Die Minderheit erhebt sich.) Der Schluß ist abgelehnt. Herr Eisenmann zunächst hat sich darüber auszusprechen, ob er für oder gegen den Antrag der Majorität spricht.

Eisenmann von Würzburg: Da der Schluß abgelehnt ist, so bin ich nicht verpflichtet, Antwort zu geben. Ich will Ihnen aber doch sagen, wie die Sache steht, und habe nicht Ursache, hinter dem Berge zu halten. Ich habe mich heute früh einschreiben lassen, um über den Ausschuß-Antrag zu sprechen. Man hat mir aber gesagt: das gehe nicht, ich müsse dafür oder dagegen sprechen. Es blieb mir nichts übrig, als mich dafür einschreiben zu lassen, da ich den Ausschuß-Antrag im Wesen anerkenne und nur einen Zusatz zu machen habe. Das ist die Lage der Dinge. Herr Bassermann hat eine confidentielle Aeußerung gehört, und sich veranlaßt gefühlt, davon auf der Tribüne Gebrauch zu machen. (Viele Stimmen von der Linken: O!)

Vicepräsident Simson: Meine Herren! Wenn Herr Eisenmann lediglich einen Zusatz zu dem Majoritäts-Erachten beabsichtigt, und ich glaube, es ist der, den ich in Händen habe:

„Die Centralgewalt aufzufordern, das Nöthige bei der österreichischen Regierung zu veranlassen, um in kürzester Frist das Ausscheiden der Abgeordneten für zum deutschen Bundesgebiete nicht

gehörige Länder aus der deutsch-österreichischen Reichsversammlung in Wien zu bewirken."

und er mit dem Ausschußbericht in keinerlei Widerspruch steht, endlich das Rubrum „über" in der Geschäftsordnung nicht angenommen ist, so kann ich Herrn Eisenmann nicht widersprechen, wenn er sich in das Rubrum „für" eingeschrieben hat. Ich gebe ihm das Wort.

Eisenmann von Würzburg: Meine Herren! Erwarten Sie von mir keine lange Einleitung und Auseinandersetzung der Gründe. Ich fühle mich nur verpflichtet, mit wenigen Worten Herrn v. Somaruga entgegen zu treten, der heute sehr viele Anklagen gegen die Ungarn vorgebracht. Ich gehe auf diese Anklagen gar nicht ein, sondern richte an die hohe Versammlung die Frage: Ist es wahr, daß in Ungarn eine Verfassung zu Recht bestand? Ist es wahr, daß die österreichische Camarilla diese zu Recht bestehende Verfassung mit Hilfe der Croaten vernichten will! Das ist die Frage, die Details gehören nicht hierher. — Was die Lage der Dinge in Wien selbst betrifft, so hat man über die Zustände und über die Vorgänge, welche diese Zustände herbeigeführt haben, so viel gesagt, daß jedes weitere Wort überflüssig wäre. Aber, meine Herren, wir müssen uns an den Kern der Sache halten und uns fragen: um was dreht sich das Ganze? Das Ganze bleibt eine national-deutsche Frage, und wenn sich andere Elemente hineingemischt haben, so geht uns das jetzt nichts an. Die Frage ist: sollen die deutschen Provinzen in Oesterreich deutsch sein? sollen sie sich an Deutschland

anschließen oder nicht? das ist der Kern der Sache. Meine Herren, erlauben Sie, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß schon vor längerer Zeit von ungefähr 24 Abgeordneten ein Antrag gestellt worden ist:

„die Centralgewalt aufzufordern, das Nöthige bei der österreichischen Regierung zu veranlassen, um in kürzester Frist das Ausscheiden der Abgeordneten für zum deutschen Bundesgebiete nicht gehörige Länder aus der deutsch-österreichischen Reichsversammlung zu bewirken."

Meine Herren, das ist das einzige Mittel, wodurch Sie den Frieden in Oesterreich herbeiführen können. Sie haben Commissäre nach Wien geschickt. Es sind Ehrenmänner, die mein Vertrauen haben, ich glaube nicht, daß einer von ihnen fähig ist, die deutsche Sache zu verrathen. Von welchem Geiste diese Männer ausgehen, haben sie in ihrer Proklamation ausgesprochen. Man mag in der Proklamation einen oder den andern Satz tadeln, man mag über das „Wie" so oder so urtheilen, aber die Reichscommissäre haben deutlich ausgesprochen, sie handeln im Interesse Deutschlands, im Sinne des Anschlusses der deutschen Provinzen an Deutschland. Das haben sie erklärt und daran müssen wir uns halten. Allein, meine Herren, die Aufgabe, die diese Herren haben, ist so wichtig, daß es sich wohl der Mühe lohnt, ihnen in dieser Beziehung eine genaue Instruction und Vollmacht zu geben, nicht bloß, damit sie wissen was sie zu thun haben, sondern daß auch Andere wissen daß sie mit Billigung der Centralgewalt und des deut

schen Reichtags handeln. Wir müssen ihnen eine Instruktion geben, die die Basis ihrer Unterhandlung bildet, denn wenn deutsche Reichscommissarien hingehen und den Einen sagten: Laßt das sein und gebt Ruh, und zu der andern Partei auch eben so sprächen, so würde man sie von beiden Seiten auslachen. Es wäre zwar für uns Deutsche nichts Neues, wir sind schon oft ausgelacht worden, aber das soll nicht mit unserer Zustimmung geschehen; deßhalb brauchen unsere Reichscommissäre eine Basis, auf der sie unterhandeln und vermitteln können, und das kann nur der deutsche Standpunkt sein, sie müssen vermitteln im Interesse des Anschlusses der österreichischen Provinzen an Deutschland, und von dem Augenblicke an, wo unsere Reichscommissäre dieses aussprechen, von dem Augenblicke an gebieten sie unbedingt über die Wiener Bevölkerung, und es ist in dem nämlichen Augenblicke die Ruhe von Seiten der Bevölkerung hergestellt; diese Ruhe aber auf Seiten der Camarilla herzustellen, ist Sache der Reichscommissäre, und ich glaube, sie werden mit einer solchen Vollmacht ihren Zweck erreichen. Wenn sie aber eine solche Instruction und Vollmacht nicht haben, so werden sie ihren Zweck nicht erreichen, ich stelle daher kurz den Antrag, daß man nicht abwarte, was die Reichscommissäre berichten, wie die Sache steht; damit geht die Zeit verloren: sondern ich beantrage:

„Die hohe Centralgewalt wolle die beiden nach Wien gesendeten Reichscommissäre instruiren und bevollmächtigen, daß sie ihre Vermittlung mit

aller Energie im Sinne des Anschlusses der deutschen Provinzen an Deutschland geltend zu machen, und sohin dahin zu wirken, daß die Abgeordneten aus nichtdeutschen Ländern aus dem österreichischen Reichstag ausscheiden."

Vicepräsident Simson: Meine Herren, mein Vorschlag geht dahin, daß Sie dem Herrn Bassermann das Wort geben, der für den Ausschuß sprechen und gleichzeitig das Ministerium vertreten will, welches nach dem Gesetze vom 28. Juni Art. 9. ausdrücklich das Recht hat, von der Nationalversammlung gehört zu werden. (Mehrere Simmen: Ja, die Minister!) Er ist kein Minister, das ist ganz richtig: aber er will für das Ministerium sprechen. (Mehrere Stimmen: Nein!) Ich nehme an, die Versammlung würde es in der Ordnung finden, daß ich dem Herrn Venedey für die Minorität und dem Berichterstatter für die Majorität das Wort gebe. Mir scheint, es wäre das eine Wahrnehmung der sämmtlichen Interessen, welche das Haus in dieser Sache zu befolgen hat. (Widerspruch von mehreren Mitgliedern.) Ist dagegen Widerspruch, so kann ich aus meiner Machtvollkommenheit dem Herrn Bassermann außer der Reihe das Wort nicht geben, und ich kann nur die Nationalversammlung fragen, ob sie von der Reihenfolge abgehen will. Ich wiederhole, meines Erachtens wäre es in der Ordnung, wenn Sie diesen billigen Vorschlag annähmen. (Widerspruch von mehreren Seiten.) Es ist Widerspruch dagegen; ich gebe Herrn Venedey das Wort.

der jetzt als Redner zunächst eingezeichnet ist, dann kommt Herr Bassermann.

Venedey von Cöln: Meine Herren, ich bedaure vor Allem, daß diese schwierige Frage, in der sich das Geschick Deutschlands entscheidet, hier auf der Tribüne einmal zur ministeriellen Frage und dann zur Parteifrage gemacht worden ist, sie darf für uns Alle nichts Anderes sein, als eine Nationalfrage. Ich habe diesen Gang der Verhandlung in der Commission vorhergesehen, und habe bedauert, daß die Majorität der Commission ihr diese Richtung gegeben hat. Sie hat ihren Bericht vollkommen zu einem Vertrauensvotum für das Ministerium gemacht. Ich glaube nicht, daß es der Augenblick war, das zu thun, ich glaube, daß es sich vor Allem darum handelt, zu sehen, was in den österreichischen Angelegenheiten geschehen mußte. Man hat die Frage zu einer Streitfrage zwischen Parteien gemacht, die Einen sagen: sie ist ungarisch, die Andern: sie ist demokratisch; für uns darf sie nichts als deutsch sein, mag nun in Wien das demokratische Element zu viel oder zu wenig hineingemischt sein. Die ganze Sache ist deutsch, wir sehen dort einen Stamm Deutschlands aufstehen für seine Interessen, für die Interessen Deutschlands. Die ganze österreichische Bewegung hat diesen Charakter, mögen Sie beimischen, was Sie wollen, den Charakter der deutschen Bewegung hat sie vorherrschend. Man hat insbesondere in diese Frage die ungarische Frage hineingetragen, sie hängt damit zusammen, aber wahrlich, die Art und Weise, wie hier auf

dieser Tribüne die Ungarn angeschuldigt worden sind, scheint mir so unbegreiflich, so aller Staatsklugheit entbehrend, daß wohl kaum ein ähnliches unkluges Benehmen je in einer Staatskammer vorgekommen sein wird. Sie werden sich entsinnen, wie hier auf der Tribüne ein Oesterreicher, der das vollkommene Vertrauen des Ministeriums besitzt, der in diesem Augenblick in Hamburg ist, um dort die ersten Anfänge der Kriegsflotte für das Reich zu übernehmen, Sie werden sich entsinnen, daß dieser Abgeordnete eines Tages auf die Tribüne getreten ist, und hier, ein staatskluges Benehmen meines Freundes Raveaux nachahmend, uns aufgefordert hat, uns zu erheben, um unsere Sympathien für die Ungarn auszusprechen. Sie haben sich Alle erhoben und haben Recht daran gethan. (Mehrere Stimmen auf der Rechten: Nein!) Meine Herren, wir suchen Bündnisse und wir brauchen solche, wir werden sie finden, wenn wir uns an die Völker wenden, nie aber, wenn wir uns an die Regierungen richten. Der preußische Particularismus hat meines Erachtens uns schon einmal ein Volk entfremdet, das für uns eingestanden wäre gegen Rußland im Fall der Noth; in diesem Augenblicke sind Sie auf dem Punkte, in ganz ähnlicher Weise im Interesse des österreichischen Particularismus die Ungarn, die ebenfalls für uns gegen Rußland stehen würden, zu entfremden, wie damals die Polen. Ich weiß, daß Mancher bezüglich der Pole[n] anderer Ansicht ist, als ich, aber ich begreife nicht, w[ie] Sie es in Beziehung auf die Ungarn sein könn[en].

Diese sind hierher gekommen und haben sich an uns gewendet. (Eine Stimme: „Paris!") Ihr erster Schritt war, daß sie sich an uns richteten, sie haben uns ein Bündniß angetragen. Ich denke, das hätte uns veranlassen sollen, zuzusehen, ob wir das Bündniß annehmen wollen, ob wir es brauchen können, und wir haben nichts gethan. Und jetzt, wo der Kampf ausgebrochen ist und die Ungarn gegen die Camarilla und die Fremden, die sich in die deutsche Sache einmischen, auftreten wollen, da kommt man auf die Tribüne und wirft den Ungarn, Gott weiß was Alles, vor, sie seien Aristokraten, Tyrannen u. s. w. Seien sie, was sie wollen; in diesem Augenblick sind sie die Bundesgenossen Deutschlands und werden es auch in Zukunft sein, weil sie es sein müssen, denn ihre Feinde sind unsere Feinde, wenn und wo es zum Schlage kommt. (Lebhafter Zwischenruf von mehreren Stimmen im Centrum.) Ich bitte, ruhig zu sein; ich selbst unterbreche Niemand und ich will auch nicht unterbrochen sein, und nie auf diese Weise. (Eine Stimme auf der Linken: Es war Herr v. Schmerling!) Es ist ein Irrthum, es war nicht Herr v. Schmerling. — Es ist nicht meine Absicht, diese Frage, wie ich schon am Anfange gesagt habe, zu einem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für das Ministerium zu machen; ich möchte sie zu einem Vertrauensvotum für dieses Haus im Geiste der deutschen Nation machen, und deßwegen, meine Herren, wünschte ich, daß etwas mehr von dem Parlamente geschähe, als von dem Ministerium geschehen ist. Der Auftrag,

den das Ministerium den beiden Commissären gegeben hat, geht einfach dahin, „alle zur Beendigung des Bürgerkriegs, zur Herstellung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.“ Ich stimme in dieser Beziehung vollkommen dem Ministerium bei. Das muß geschehen und soll geschehen, und dem kann, denke ich, auch der größte Theil dieser Seite (nach der Linken deutend) beistimmen. Ich glaube aber nicht, daß es genug ist. Ruhe und Ordnung wollen auch wir; aber wir wollen diese Ruhe und Ordnung begründet in der Freiheit und Einheit Deutschlands haben. Ruhe und Ordnung waren die Worte, mit denen man Deutschland ein Jahrhundert geknechtet hat; verhüten wir, daß es die Worte werden, mit denen man uns die Früchte der Revolution entreißt. Wir wollen es nun und nimmermehr vergessen, daß wir heute nicht blos Ruhe und Ordnung, sondern auch die Freiheit und Einheit Deutschlands zu schützen haben. Das Ministerium hat dieses vergessen in seinem Auftrage; ich möchte ihm darüber meinetwegen keinen Vorwurf machen; aber ich rathe Ihnen, ich rathe diesem Hause, holen Sie nach, was das Ministerium vergessen hat, und sagen Sie: „wir wollen nicht nur Ruhe und Ordnung, wir wollen auch die Freiheit und Einheit Deutschlands in Oesterreich sichern, wir wollen die deutsche Sache vor Allem.“ Das ist der einzige Grund, meine Herren, warum ich den ersten Abschnitt meines Antrags hingestellt habe, worin ich einfach nichts thue, als den Grundsatz aufstellen, daß

die Interessen Deutschlands in Oesterreich in diesem Augenblicke, wo sie uns gefährdet scheinen können, ja, wo sie gefährdet sind, mit aller Kraft geschützt werden. Das steht nicht in dem Auftrag, und das wünsche ich, daß es dieses Haus hinzusetze, und, meine Herren, seien Sie überzeugt, Deutschland wird Ihnen dafür Dank wissen. Dieses Haus ist meines Erachtens — und ich habe dieses schon einigemale gesagt — die einzige wahre Grundlage in Deutschland, und nur deßwegen, weil wir hier in der Paulskirche nicht auf dem alten Boden stehen, sondern auf dem neuen Boden der Revolution, wenn Sie so sagen wollen, und ich sage, auf dem neuen Boden der Rechte Deutschlands und eines jeden deutschen Mannes auf die Freiheit und Einheit Deutschlands gegenüber jedem Feind, der sich gegen Deutschland auflehnt. Diese Rechte, meine Herren, scheinen mir gefährdet in Oesterreich, und ich muß bedauern, wenn ich nicht das unbedingte Vertrauen auf das Ministerium setzen kann, daß es diese Rechte ganz und gar in unserem Sinne schützen werde. Ich kann dieß aber nicht vollkommen, wenn ich in der letzten Sitzung hier auf der Tribüne von einem Mitgliede des Ministeriums habe sagen hören müssen, daß wir die deutsche Frage in Oesterreich an die Zustimmung des österreichischen Regentenhauses, an die Zustimmung einer Camarilla anhängen sollen, die in diesem Augenblicke den Kampf gegen Deutschland in Oesterreich selbst führt. (Hört! auf der Linken.) Ich muß unterstellen, daß diese Ansicht,

die hier ein Unterstaatssecretär ausgesprochen hat, die Ansicht des Ministeriums ist . . .

Robert v. Mohl: Oho! oho!

Venedey: Ich freue mich recht sehr, daß der Herr Minister Robert v. Mohl oho! sagt; ich bin damit vollkommen einverstanden, und hoffe, daß das im Ministerium zur Sprache kommen werde, wenn ein Minister öffentlich dem nicht beistimmt, was sein Unterstaatssecretär gesagt hat. — Meine Herren, ich bin um so mehr nicht ganz beruhigt über das Benehmen dieses Hauses gegenüber Oesterreich, als ein anderer Mann, der großen Einfluß in diesem Hause übt, hierher getreten ist und gesagt hat: „Wenn Oesterreich ausfiele aus Deutschland, ich würde es bedauern und beklagen!" Meine Herren, strafen Sie diese Worte Lügen; sagen Sie nicht, Sie würden es bedauern; sagen Sie: Es soll nicht sein, es kann nicht sein, es wird nicht sein, so lange Einer von uns noch aufrecht steht. — Meine Herren, wenn ich glaube, daß außer den Worten Ruhe und Ordnung von unserer Seite noch etwas Anderes in diesen Kampf in Oesterreich hineingeworfen werde, so ist es vorzüglich die Art und Weise, wie dort die nichtdeutsche Partei, die Camarilla, nennen Sie das, wie Sie wollen, auftritt. Ist es nicht die alte Politik, die dort im Spiele ist? Hetzt man nicht einen Theil der Nation gegen den andern? Sucht man sich nicht Slawen und Croaten aus, um sie nach Deutschland zu schicken? Ist es nicht, als ob Metternich noch da wäre? Indirect würden Sie dem in gewisser Beziehung zustimmen, wen-

Sie die Sache als rein ministerielle behandeln und sagen: Weil das Ministerium gesagt hat, es werde nichts weiter thun, wollen wir ihm deßwegen ein Vertrauensvotum auf den Präsentirteller hinlegen. Sagen Sie: Wir wollen, daß das deutsche Interesse ebenso gesichert und vertreten sein solle. Noch einmal, meine Herren, dieses Haus ist die einzige Stütze der Ruhe und Ordnung in Deutschland; Sie dürfen sich darüber nicht täuschen, daß, sobald Wien nicht diese Stütze der Ruhe und Ordnung bilden würde, dieses Schwergewicht der Unbeweglichkeit, welche eine Nothwendigkeit ist zu jeder staatsmännischen Handlung, die wir gegenwärtig in unserem Hause hier haben — ich sage es mit einigem Widerstreben — auch in Berlin wird diese Ruhe und Ordnung nicht in dem Sinne für ganz Deutschland sein, wie sie sein muß und sein soll. Ich mag nicht mäkeln gegenüber Verhältnissen, die in gewissen Beziehungen noch glühend heiß sind; aber wenn Sie in jene Bewegungen der letzten Tage hineingehen, so werden Sie zugestehen müssen, daß man in Berlin trotz alle dem, was man auch sagt, mit der Emeute capitulirt hat, und wo man dieses noch gezwungen ist, zu thun, meine Herren, da ist keine sichere Basis der Ordnung. Von Anfang an aber haben wir hier zu Frankfurt die „Emeute" besiegt und zwar im Sinne der „Revolution," und noch einmal, meine Herren, besiegen Sie sie auch heute in Oesterreich im Sinne der Revolution; erklären Sie, daß wir noch etwas Anderes wollen, als einfache Ruhe und Ordnung; erklären Sie,

daß wir auch das Gesetz, die Rechte, die Freiheit und Einheit Deutschlands wollen. — Es entscheidet sich in diesem Augenblick, ob Oesterreich deutsch wird, oder ob es der Anarchie anheimfällt; denn entscheidet sich dort der begonnene Kampf, ohne daß wir die Hand im Spiele haben, — wenn auch nur moralisch vorerst — so mag dort obsiegen, wer da will, man siegt gegen uns; siegen die Slawen, so wird Oesterreich slawisch, und wir müssen es wieder erobern, koste es, was es wolle; siegt dort die Demokratie, so haben wir einen andern Kampf zu kämpfen, ich will nicht sagen wie? wir werden zu kämpfen haben im Interesse der Ruhe und Ordnung, im Interesse des Gesetzes, der Freiheit und der Einheit Deutschlands. Deßwegen, meine Herren, stimmen Sie für das Minoritäts-Gutachten, es ist nichts weniger als ein keckes, ich bin selbst von einigen weniger bedeutenden Nebensachen in meinem ersten Antrage zurückgetreten, weil ich den allgemeinen Grundsatz retten will; im dritten Zusatz habe ich selbst sogar eine Art Vertrauens-Zugeständniß für das Ministerium hineingelegt. Ich greife dasselbe nicht an, aber ich will es zwingen, den Weg zu gehen, den dieses Haus gehen muß. Ich habe damit nicht die entfernteste Absicht gehabt, irgendwie an dem Ministerium zu rütteln, — es soll bei der ersten Gelegenheit, wo es etwas gegen den neuen gesetzlichen Boden, d. h. gegen den Boden der Freihei und Ordnung thut, schwere Rechenschaft geben, alle so lange es nichts Positives dagegen gethan hat, fin ich nicht für klug, in eine solche Frage, die eine re

Nationalfrage ist, eine ministerielle „querelle d'allemand" hineinzuwerfen. Deßwegen habe ich den Zusatz gemacht, daß, was wir hier beschließen, in die Hand der Reichscommissäre gelegt werden solle; es ist dieß nicht ein Mißtrauen, aber es ist auch nicht das Vertrauen, welches Sie dem Ministerium geben, wenn Sie diesen Antrag einfach annehmen. Ich sage noch einmal; es entscheidet sich die Frage Oesterreichs, die Frage, ob Oesterreich deutsch sein will oder nicht, in diesem Augenblicke in Wien, und ebenso auch die Frage, ob Deutschland deutsch sein wird; denn wahrlich, wenn Sie nicht im Stande wären, Oesterreich bei Deutschland zu behalten, so würden Sie nie und nimmer im Stande sein, Deutschland zu schützen gegen Feinde, die von allen Seiten aufstehen werden, sobald es kräftig, mächtig und gewaltig sich in der That zu erheben versuchen wird. (Beifall von der Linken.)

Bassermann von Mannheim: Meine Herren! Ehe ich auf die Sache selbst eingehe, lassen Sie mich ein paar Gegenstände abmachen, die hier, auch nicht zur Sache gehörig, vorgebracht wurden. Ein für allemal erkläre ich, daß das Ministerium mit der Oberpostamts-Zeitung nur das gemein hat, daß es dieses Blatt, weil es doch irgend eines haben muß, benutzt, um seine amtlichen Bekanntmachungen in das Publikum zu bringen, und zeitweise zu Berichtigungen von Thatsachen und dergleichen, aber was den übrigen Inhalt betrifft, so steht darunter ein verantwortlicher Redakteur, und Sie, meine Herren, lassen uns ja auch in Wahrheit

gar nicht die Zeit, eine Zeitung zu schreiben; dafür halten Sie sich also an den Namen, der darunter steht. — Wenn Herr Vogt es nicht angemessen fand, eine große Sache mit Witzen zu behandeln, so werde ich diesem Worte folgen, ich kann es aber nur, wenn ich seiner That nicht folge, denn wahrlich, wenn er sagt, er glaube nicht an ein stilles Vehmgericht, und er phantasire sich nicht sogleich das Aergste vor, wenn irgend Jemand an der Thüre klopft, so hat er wohl nicht gelesen in einem Localblatte, welches die Tagesordnung eines politischen Vereines bezeichnet, die so lautet: „Aufzeichnung der Volksfeinde;“ er würde den Witz bei Seite lassen, wenn dem bloßen Klopfen noch mehr folgte, wenn ihm und seiner Familie die Mörder ins Angesicht rufen, welchen Vorsatz sie haben, wenn er die Büchse zur Hand nehmen müßte, um in nächtlicher Stunde in einem abgelegenen Hause sich zu vertheidigen, ich glaube, dann, meine Herren, würde der Ernst zurückkehren, der manchmal ihn auf dieser Seite verläßt. (Stimmen auf der Rechten; Sehr gut!) — Er hat eines Erlasses des Ministeriums Erwähnung gethan, welcher die einzelnen Regierungen auffordert, der Centralregierung Notizen zu liefern über die bestehenden politischen Vereine; er hat freilich gesagt, wir hätten die einzelnen Regierungen aufgefordert, Eingriffe zu thun in das Vereinsrecht, allein, meine Herren, das ist wieder eine von den gewöhnlichen Verwechselungen. Halten denn die Herren von dieser Seite die demokratischen Bewegungen oder das, was mit den „demokra-

tischen Vereinen" bezeichnet wird, für etwas so Unbedeutendes, daß die Regierung gar nicht Kenntniß davon nehmen soll? Wenn die Regierung nicht einmal Kenntniß erhalten soll von dem, was in dem Lande vorgeht, dann, meine Herren, haben Sie Recht, wenn Sie der Regierung Vorwürfe machen. Welche Maßregeln man, wenn das Material einmal vorliegt, auf dieses Material bauen wird, kann die Regierung selbst noch nicht wissen, allein die Regierung, wie Sie wissen, steht und fällt ja mit der Mehrheit des Hauses, und sie wird deßhalb keine Maßregel ergreifen, von der sie nicht glauben kann, daß sie mit der Mehrheit des Hauses in Uebereinstimmung steht. (Unruhe auf der Linken.) Sie werden doch wahrhaftig nicht verlangen, daß sie Maßregeln ergreife, die bloß der Minorität des Hauses gefallen? Daß das Vereinsrecht, meine Herren, ein Recht ist, welches namentlich in freien Zeiten von der größten Bedeutung, das haben wir an einem freien Staat, an der Republik Frankreich gesehen, denn selbst die republikanische Regierung Frankreichs fand für nothwendig, die Freiheiten der Vereine zu regeln, und es wird sich fragen, ob für den Bestand Deutschlands nicht nöthig ist, auch für unsere Lande eine ähnliche Maßregel zu ergreifen, (Stimmen auf der Linken: Hört! hört!) eine ähnliche Maßregel zu ergreifen, wie eine Republik sie ergriffen hat. — Meine Herren, ich will nun zur Sache selbst gehen. Es liegt uns vor der Streit der Croaten und der Magyaren, es liegt uns vor die Streitfrage, ob die Bewegung in Oesterreich

eine deutsche oder eine slawische sei? Diese Frage müssen wir uns klar machen, und da genügen nicht bloß Worte, da ist es mit den Worten: „schwarz-gelb, Camarilla, Croaten und Hochverräther" nicht gethan, man muß auf die D i n g e sehen. Ich gestehe, als am Freitag ein Redner von dieser Seite (zur Linken) auf dieser Tribüne sagte, die Zahlen hätten mit der Politik nichts gemein, da verstand ich manches dessen, was von dieser Seite oft hier behauptet wurde; — ja, wohl denkt man so in Aristokratieen, und auch der Kaiser von Rußland wird häufig sagen: was geht mich der mathematische Beweis an, daß Millionen Unterthanen am Ende mehr zu sagen haben sollen, als ein Einziger; allein in Demokratieen haben eben die Zahlen etwas gemein mit der Politik, und wenn sich in dem ungarischen Reiche nicht leugnen läßt, daß die Magyaren in der Minderzahl sind, die Deutschen, die Croaten und andere Völker aber in der großen Mehrheit, nämlich $^2/_3$ gegen $^1/_3$, so, meine Herren, glaube ich fast, wir können nicht von vorneherein die Croaten verdammen und als Freiheitsmörder hier brandmarken wollen, wir, die wir als ächte Demokraten verlangen, daß nicht die Minderheit, sondern daß die Mehrheit herrsche, und daß bisher . . . (Unruhe und Unterbrechung auf der Linken.)

Vicepräsident Simson: Meine Herren! Bei solchen Unterbrechungen ist jede Discussion unmöglich und es bleibt mir am Ende doch nichts übrig, als zu dem Ordnungsrufe zu greifen, was ich auf das allerschmerzlichste bedauern würde.

Bassermann: Mit den Unterbrechungen können Sie mich nicht widerlegen, daß die Croaten Recht haben, wenn sie sich die Herrschaft der Minderheit nicht länger gefallen lassen wollen. (Unruhe.) — Es wäre aber doch anständig, wenn Sie mich nicht unterbrächen. (Unruhe.) — Meine Herren, wie groß diese Herrschsucht war, das ist von dieser Tribüne schon geschildert worden. Es ist bekannt, daß in Kirchen, Schulen, überall, wo Deutsche wohnen, nur magyarisch gelehrt und gepredigt wird, was sich doch selbst der russische Herrscher nicht in den Ostseeprovinzen erlaubt, wo in Dorpat noch deutsch gelehrt werden darf. Daß die Croaten so Unrecht nicht haben, mag ein Jeder selbst lesen, wenn er sich die Mühe gibt, die Reichstagsberichte von Wien durchzulesen, z. B. die Verhandlung vom 19. September darüber, ob man die Deputation der Ungarn vorlassen solle oder nicht. Bei dieser Gelegenheit hatte man viele bittere Anklagen gegen die Magyaren auf dem Reichstage zu Wien erhoben, die nicht widerlegt worden sind. (Große Unruhe auf der Linken.) . . .

Vicepräsident Simson: Ich rufe die Herren zur Ordnung, die trotz meines dringenden und wiederholten Ersuchens den Redner doch wieder unterbrochen haben.

Bassermann: Sie werden sagen: das sind slawische Stimmen; allein, meine Herren, von Löhner werden Sie nicht behaupten wollen, daß er ein slawisch gesinnter Oesterreicher, ein Schwarzgelber, eine Camarillencreatur sei. Dieser Löhner hat, wie die Verhand-

lungen nachweisen, gesagt: „Was die Croaten wollen, weiß ich, und gebe ihnen Recht.“ Das sind seine eigenen Worte. (Hört! hört! auf der Rechten.) Und auch von Schuselka, meine Herren, werden Sie nicht behaupten, daß er ein Schwarzgelber oder Slawe sei; er war es, der sagte: „Die Inhumanität der Ungarn rief den Bürgerkrieg hervor, und bedrohte die wahre demokratische Freiheit.“ Meine Herren, das sind doch Stimmen auf dem Reichstage zu Wien, ausgegangen von Männern, die Sie vorzugsweise deutsch nennen! Und wenn man hier in Frankfurt eine ähnliche Ansicht von den Dingen hat, so wird man von dieser Seite (zur Linken gewendet) schwerlich beschuldigt werden können, daß man undeutsch gesinnt sei. Nun, was hat aber die österreichische Regierung, gegenüber diesem Bruderkriege in Ungarn, gethan? Sie hat, wie Sie wissen, ihre Vermittlung angeboten. Sie hat, wie Sie in denselben Verhandlungen vom 19. September lesen können, eine Staatsschrift an das ungarische Ministerium erlassen, worin sie die Gleichberechtigung der verschiedenen Nationalitäten im ungarischen Reiche als Basis des Friedens aufstellt, und, meine Herren, diese billigste und gerechteste aller Forderungen, die namentlich von dieser Seite (zur Linken gewendet), so oft dieser Gegenstand zur Sprache kam, geltend gemacht wurde, ward von den Ungarn verworfen. Nun, wenn es ein Recht der Revolution, ein Recht des Aufruhrs gegen widernatürliche Zustände gibt, ein Recht, was von dieser Seite (zur Linken gewendet) so häufig pro-

klamirt wird, so meine ich, kann man einer Mehrheit von zwei Dritteln nicht geradezu das Recht absprechen, sich gegen die widernatürlich herrschende Minderheit von einem Drittel zu erheben. Welchen Charakter hat also nun der Kampf in Ungarn? Der Kampf ist, glaube ich, ein Kampf der Freiheit gegen die Herrschsucht, und wenn Sie an den Namen Croaten einen Makel heften wollen, und wenn Sie glauben wollten, er dürfe deßhalb nicht nach derselben Freiheit streben, die wir für jedes Volk und für uns selbst in Anspruch nehmen, weil er Croat ist, so erinnert mich das an diejenigen Liberalen, mit denen ich vor längerer Zeit, ja noch in den letzten Jahren zu kämpfen hatte, die immer das Wort Freiheit im Munde führten, denen aber, so oft man von der Emancipation der Juden sprach, der Name Jude genug war, um demselben alles Recht abzusprechen. So verstehen wir die Freiheit nicht. Und nun, meine Herren, komme ich darauf, daß man von den Bestrebungen der Ungarn sagt, sie seien zugleich eine Bewegung zu Gunsten Deutschlands. Meine Herren, wenn ich von Sympathieen der Ungarn zu uns Deutschen höre, so fallen mir die Sympathieen der Polen zu den Deutschen ein, und da glaube ich, hat es keine Noth, daß ich diese erst charakterisire. Das Haus ist darüber mit sich im Klaren. Wenn die Magyaren durch ihren großen Redner Kossuth auf dem ungarischen Reichstage allerdings einmal haben erklären lassen, sie wollten den Deutschen zu Hilfe eilen, wenn diese einen Krieg führten gegen Oesterreich; meine Herren, so sehe ich darin

keine besonders brüderliche Sympathieen. Den will man unterstützen, der im eigenen Lande Bruderkrieg führen möchte! Ja, meine Herren, es gibt sehr warme Sympathieen, ja meine Herren, es gibt sehr Viele, die uns den Bruderkrieg wünschen, aber solche Sympathien lassen Sie fern von uns halten. Und nun soll die Bewegung in Wien vorzüglich eine deutsche sein? Meine Herren, auf die Fahne kommt nichts an. Wenn ich aber lesen muß in der Wiener Presse, die, wie man sagt, nicht sehr frei ist, wenn ich dessenungeachtet lesen muß, daß der Commandant der Nationalgarden sich zu einem Erlaß genöthigt sieht gegen „die Sitte" des Eindringens in die Wohnungen, um Geld zu erpressen, (Unruhe) oder wenn Sie wollen, das Geld höflich zu fordern mit den Waffen in der Hand (Heiterkeit auf der Linken) — das ist modernes Petitionsrecht — wenn man lesen muß, daß selbst die Kunstinstitute nicht mehr sicher sind in Wien, da der Vorstand der orientalischen Akademie eine Bitte an den Reichstag stellte, ihn vor dem wiederholten Eindringen Bewaffneter zu schützen; wenn der Präsident der freigewählten Vertreter Oesterreichs, dem man also doch gewiß glauben muß, mit 35 seiner Collegen (Böhmen) vor der öffentlichen Welt erklärt, daß die Stimme im Reichstage nicht mehr frei ist, daß die Gallerien besetzt waren mit Bewaffneten, und daß diese ihre Waffen richteten auf die Abgeordneten . . . (Unruhe auf der Linken.) Meine Herren, das ist öffentlich zu lesen, (fortdauernde Unruhe auf der Linken) das ist ein Actenstück; und wenn die Mörder, die so sehr selbst v

den Wiener Demokraten verabscheuten Mörder, noch immer frei einhergehen; wenn man weiß, daß am ersten Tage der glorreichen Erhebung schon die Weinkeller erbrochen wurden, und wenn man das zusammenhält und sieht, wie die Hälfte der Bevölkerung flieht in die Arme der barbarischen Croaten: — dann bekommt man einiges Bedenken von hier aus zu erklären: diese Bewegung sei eine deutsche; dann fragt es sich, ob Deutschland ein Interesse hat gegenüber all den Provinzen Oesterreichs, welche nicht auf das Lebendigste die Anarchie wünschen, welcher heute Herr Vogt wieder eine Lobrede gehalten: dann fragt es sich, ob Deutschland ein Interesse hat, diese Bewegung für sich zu vindiciren, dann fragt es sich, ob nicht die Erhebung ein unnöthiges verbrecherisches Unternehmen ist. (Auf der Linken: Oh!) Ich werde versuchen, dieß zu beweisen. Wovon nahm die Bewegung ihren Anlaß? Sie nahm ihn aus der Widersetzlichkeit eines Bataillons. — Ich frage nun, meine Herren, wenn in dem freiesten Staate der Welt, in Nordamerika, wenn jetzt in Frankreich ein Bataillon, das zu seiner Fahne commandirt wird, berathet und erklärt — auch wenn ich vorläufig nicht annehme, daß Geld geflossen und Weiber und Wein gewirkt hätten (Unruhe auf der Linken) — ich kann meine Augen dem nicht verschließen, was in allen Zeitungen steht. — Was würde der alte Washington gesagt haben, wenn eines seiner Bataillone sich geweigert hätte, zu marschiren? . . .

Vogt (vom Platze): Washington war auch kein Latour.

Vicepräsident Simson: Herr Vogt, ich rufe Sie wegen der Unterbrechung des Redners zur Ordnung.

Vogt: Ich reklamire nicht dagegen, Herr Präsident.

Bassermann: Was würde aus der Republick Frankreich werden, wenn die Bataillone berathen wollten, ob sie der obersten Behörde gehorchen wollten? (Unruhe auf der Linken. Ruf nach Ruhe auf der Rechten.)

Vicepräsident Simson: Ich habe die Ruhe aufrecht zu erhalten, und ich muß dringend um das Unterlassen der Unterbrechungen bitten.

Bassermann: Ich frage: was würde in dem freiesten Staate geschehen, wenn die Bataillone sich widersetzten, den Anordnungen der Staatsgewalt zu gehorchen? Ich brauche Ihnen die Antwort nicht zu geben; man würde es nicht billigen, es ist ein Verbrechen, an dem der freieste Staat zu Grunde gehen könnte. Nun aber soll das eine glorreiche Bewegung sein, wenn ein Theil der Bevölkerung darin ein lobenswerthes Benehmen findet? Wenn das in einem Staate geschehen wäre, wo eine Vorstellung, eine Klage nicht laut werden kann, wo keine gesetzlichen Vertreter vorhanden sind, welche eine Anklage hören können! In Wien da ist die Presse wahrhaftig frei genug, und d Reichstag war ja versammelt, und ich sage: wo fre

Presse ist und gesetzliche Vertreter, da ist jede Gewaltthat ein Verbrechen. Aber freilich, dem Reichstag wollte man nicht trauen, weil er in jener Sitzung am 19. September die ungarische Deputation nicht vorgelassen; es ist also diese Bewegung eine Auflehnung gegen den Reichstag. Nun, meine Herren, auch dann finde ich nicht, daß diese Bewegung eine deutsche, eine glorreiche sei. Dann brauche ich nur zu erinnern an die ähnliche Bewegung vom 18. September, und ich weiß, die Versammlung stimmt mit mir überein, daß jede Gewaltthat gegen die Mojorität ein Verbrechen ist. Was bleibt nun aber an der glorreichen Bewegung Freies und Deutsches übrig? Wer freut sich am Meisten über diese glorreiche Erhebung? Wir haben es gelesen, daß man gleich nach Empfang der Nachrichten von Wien in Turin neue Hoffnung schöpfte und frohlockte, und daß man bereiter ist, als je, aufs Neue gegen die deutschen Waffen zu ziehen. Sie haben es gelesen, daß der Eindruck dieser glorreichen Erhebung in Paris den europäischen Frieden frisch erschütterte. Und hat man Ihnen nicht so eben mitgetheilt, daß der nordische Koloß bereit sei, die glorreiche Bewegung zu benutzen und in Deutschland zu interveniren? was natürlich nimmermehr unsere Billigung finden könnte. Nun, meine Herren, wenn die Ungarn, die Piemontesen, die Franzosen und die Russen sich freuen über diese glorreiche Erhebung, dann bedenken Sie sich, ob auch wir Deutsche uns darüber freuen können; dann haben wir zu trauern darüber, daß diese Erhebung stattfand. Meine Herren,

wenn Deutschland wieder die Achtung erlangen soll, wie Sie verlangen, dann dürfen solche Erhebungen nicht wieder vorkommen, dann muß im Lande Ruhe und Frieden herschen, und wenn Herr Vogt dieß bezeichnet mit dem Ausdruck „Polizeien", nun dann glaube ich, die Polizei, welche im Innern den Bruderkrieg und die Anarchie verhindert, die uns von der innern Schwäche heilt, um nach Außen endlich stärker zu werden, diese Polizei macht sich um das Vaterland verdient. (Beifall auf der Rechten und dem rechten Centrum. Ruf nach Schluß.)

Vicepräsident Simson: Diejenigen Herren, welche die Discussion über den vorliegenden Bericht des Ausschusses, vorbehaltlich des Worts für den Berichterstatter, geschlossen wissen wollen, ersuche ich, sich zu erheben. (Die Mehrheit erhebt sich.) Der Schluß ist angenommen. Es ist mir schon vorher von Herrn Pattai wegen der namentlichen Abstimmung . . .

Pattai von Gratz: Ich beantrage die namentliche Abstimmung über den Antrag des Ausschusses.

Vicepräsident Simson: Ist dieser Antrag des Herrn Pattai unterstützt? (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist hinreichend unterstützt. Meine Herren, die Herren Schilling und Maifeld haben im Laufe der Discussion das Wort zu persönlichen Bemerkungen verlangt. Nach dem ne lichen Beschlusse der Versammlung steht die Verleih

dem Präsidenten nicht zu, sondern der Versammlung. Ich muß Sie daher consultiren. Beschließt die Versammlung, mich zu autorisiren, daß ich dem Herrn Schilling das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gebe? Die Herren, die das wollen, ersuche ich, sich zu erheben. (Ein Theil der Versammlung erhebt sich.) Wir müssen die Gegenprobe machen, ich bitte, sich niederzulassen. Diejenigen Herren, die dem Herrn Schilling nicht das Wort ertheilen wollen, bitte ich, sich zu erheben. (Ein anderer Theil der Versammlung erhebt sich.) Da das Bureau zweifelhaft ist, so bitte ich um die Erlaubniß, Herrn Schilling das Wort geben zu dürfen. (Viele Stimmen: Ja wohl!)

Schilling von Wien: Meine Herren! In der Reihenfolge der Redner wäre ich jetzt daran gewesen, um Ihnen mehreres Thatsächliche mitzutheilen. (Unruhe. Stimmen: Zur Sache!) Ich thue das nicht, sondern habe bloß über eine Aeußerung des Herrn Baron v. Somaruga eine persönliche Bemerkung zu machen. Derselbe hat nämlich gesagt, es sei ihm nicht vergönnt gewesen, wie Andern das Hoflager zu besuchen und hinter den Coulissen zu lauschen; das hat offenbar auf mich gedeutet. Ist das aber der Fall gewesen, hat jene Aeußerung auf mich gezielt, so weise ich sie mit Verachtung zurück (Bravo auf der Linken) und sage, daß ich im Dienste Deutschlands, der deutschen Ehre in das Hoflager gegangen bin, aufgefordert von dem constitutionellen Minister Hornbostel, daß ich also nicht lauschen, sondern daß ich zur Ehre Deutschlands, für

seine Macht handeln und wirken wollte nach meinen besten Kräften. (Lebhaftes Bravo auf der Linken.)

v. Somaruga von Wien: Meine Herren! Ueber jene persönliche Bemerkung ..... (Große Unruhe. Stimmen auf der Linken: Sie haben das Wort nicht! Es muß erst abgestimmt werden, ob Sie das Wort haben sollen! Fortwährender Tumult.)

Vicepräsident Simson: Meine Herren! Ich bitte, mich auf einen Augenblick zu Worte kommen zu lassen. Ich nahm an, daß, da Herr Schilling seine diesfallsige Behauptung hypothetisch ausgesprochen hat, — er hat einen Ausspruch des Herrn v. Somaruga auf sich bezogen, von dem ich nicht weiß, welcher Theil der Versammlung ihn so verstanden hat, ich wenigstens habe ihn nicht so verstanden, — daß, sage ich, Herr v. Somaruga die Absicht hätte, sich darüber, was er gemeint habe, zu erklären, und in diesem Falle werden Sie ihm das Wort doch nicht abschneiden wollen? (Zuruf: es muß darüber abgestimmt werden!) Die Herren haben Recht; ich frage also erst die Versammlung: ob sie Herrn v. Somaruga zu dem angegebenen Zwecke das Wort verleihen will? (Die Mehrheit erhebt sich.) Herr v. Somaruga hat das Wort.

v. Somaruga von Wien: Meine Herren! Auf Anlaß der Worte des Herrn Schilling, welcher glaubte, daß ich ihn persönlich angreifen wollte, finde ich mich veranlaßt, hiemit die öffentliche Erklärung abzugeben, daß es mir nicht in den Sinn kommen konnte, irgend

eine Person bezeichnen zu wollen, daß ich also mit jener öffentlichen Aeußerung also auch nicht seine Person gemeint habe.

Vicepräsident Simson: Ich bitte nunmehr diejenigen, welche in gleichem Betreff Herrn Maifeld das Wort ertheilen wollen, sich zu erheben. (Die Minderheit erhebt sich. Ich kann also das Wort nicht verleihen. (Zuruf: die Gegenprobe! Das Büreau war vollkommen zweifellos. Es bleibt nun übrig, daß wir den Herrn Berichterstatter hören; ich würde jedoch anrathen, dieß auf die morgende Sitzung zu verschieben, da von dem noch diesen Nachmittag stattfindenden Begräbnisse unsere Zeit in Anspruch genommen wird. (Mehrere Stimmen: Nein! Abstimmen!) Ich werde meinen Vorschlag der Vertagung, wenn er Unterstützung findet, (es erheben sich mehrere Mitglieder) zur Abstimmung bringen. Diejenigen Herren, welche wünschen, daß dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort für die morgende Sitzung vorbehalten bleibe, bitte ich sich zu erheben. (Die Minderheit erhebt sich.) Herr Schubert hat das Wort. (Zuruf von der Linken: Kurz! kurz!

Schubert von Königsberg: Meine Herren, ob ich lang oder kurz sprechen werde, müssen Sie mir nicht vorschreiben wollen. — Wenn Herr Venedey diese Angelegenheit eine nationale genannt hat, so stimme ich mit ihm vollkommen überein, und glaube auch, daß sämmtliche Mitglieder des von Ihnen gewählten Aus-

schusses diese Sache als eine nationale betrachtet haben. Denn nur ein Blick auf den Ausschuß-Bericht wird Ihnen gerade diesen Beweis in die Hände liefern, weil vornehmlich darin die Hervorhebung der allgemeinen Interessen Deutschlands gefordert wird, und in derselben auch die der constitutionellen Freiheit, wie sie in Deutschland vorherrscht und immermehr aufgebahnt und entwickelt wird, mitbegriffen ist. Wenn aber Herr Venedey das Majoritätsgutachten für weiter nichts ansieht, als ein Vertrauensvotum für das gegenwärtige Reichsministerium, so kann ich ihm darin nicht beistimmen. Allerdings war der Ausschuß zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Maßregeln des Ministeriums, wie sie unter dem 12. October dieses Jahres in dieser Angelegenheit getroffen wurden, durchaus angemessen und vollständig für die Lage der Sache erwünscht waren. Allerdings mußte der Ausschuß in seiner Majorität den Umfang der Vollmacht als solcher für ausreichend anerkennen, so daß er sich für berechtigt hielt, dieselbe gutzuheißen: aber gerade das sprach der Ausschuß, und zwar sowohl die Minorität als die Majorität aufs Entschiedenste aus, daß eben durch das Reichsministerium die Commissarien noch besonders aufgefordert werden müßten, überall mit aller Entschiedenheit und Kraft die Interessen Deutschlands, weil auf diese in der Vollmacht nicht unmittelbar hingewiesen war, zu wahren und wo immer nöthig, zu schützen. Es war also durch den Zusatz des zweiten Punktes vollständig nachgewiesen, daß die Majorität dieß in der

Vollmacht ausgesprochen wünsche, daß man sich ferner vorbehalte, je nachdem von den Commissären Berichte eingingen oder neue Maßregeln im Interesse Deutschlands angeordnet würden, dieselben in dieser Versammlung näher zu prüfen. — Aber, meine Herren, Sie wollen jetzt auf der Grundlage dieses Berichtes über die Ihnen vorgelegten Anträge entscheiden. Um aber zu einer solchen Entscheidung zu gelangen, müssen Sie auch nothwendigerweise die Ueberzeugung gewonnen haben, ob Ihnen eben diese Grundlage als eine sichere — was gerade von einigen Herren, die in dieser Angelegenheit auf dieser Tribüne gestanden, bezweifelt worden ist — zu Ihrer Beschlußnahme dargeboten werden kann. Herr Berger hat behauptet, es wäre dieser Ausschußbericht das Dürftigste, was ihm seit langer Zeit vorgekommen wäre, zugleich sei er so organisirt, daß man Langeweile dabei empfände, oder vielmehr, er sei das Werk der organisirten Langeweile. Zwar kann ich nicht begreifen, wie ein so kurzer und dürftiger Bericht auch zugleich durch das Lesen Langeweile verursachen kann. Ich gebe dieß zur Beurtheilung den geehrten Herren anheim. Was aber den Sachgehalt des Ausschuß-Berichtes anbetrifft, so hat er doch nicht die Aufgabe, etwa alles das zusammenzustellen, wie die Herren (nach der Linken deutend) heute so oft von dieser Tribüne herab davon Gebrauch gemacht haben, — nämlich sämmtliche Zeitungsberichte ohne Prüfung, welcher Farbe sie angehören, zusammen zu lesen, jede erdichtete oder übertriebene Nachricht zu wiederholen?! Meine Herren, wäre

das die Aufgabe des Ausschusses gewesen, bei der Grundlage des Berichts jede Zeitungsnachricht zusammenzustellen, um daraus, wie Herr Berger verlangt, einen Leitstern erscheinen zu lassen, der Sie durch das dunkle Gewirre der so ganz und gar sich widersprechenden Nachrichten und Gerüchte sicher führen sollte? — Der Ausschuß hat eine andere Aufgabe: für seine Beweisführung sollen ihm nur officielle Actenstücke vorgelegt werden. Es waren zuvörderst die Anträge der Herren Venedey und Nauwerck nach allen Seiten zu prüfen; es war sodann in Folge dieser beiden Anträge die Masse der vorhandenen Actenstücke zu untersuchen. Aber wie viele bewahrte Actenstücke kamen dafür in unsern Besitz? — ein einziges! nämlich die Vollmacht vom 12. October. Es war also nothwendig, daß Ihr Ausschuß vor allen Dingen die in seinem Schooße befindlichen sechs Zeugen aus dem Lande selbst vornehme, nämlich die Mitglieder, die dem österreichischen Staate angehören. Und welches Resultat ergab sich daraus? ebendasselbe, was man aus den Zeitungen erfahren konnte, nämlich Nachrichten, die die Herren zum großen Theil aus den verschiedenartigsten Zeitungen, zum Theil aus Privatbriefen, aber stets in ganz bestimmter Parteiansicht erhalten hatten. Und was blieb für ein Schlußresultat? Vier Stimmen standen zwei gegenüber, und also keineswegs konnte weder der Ausschuß, noch der Berichterstatter daraus — wie höchst schätzbar auch an sich die Mittheilungen dieser Herren waren — eine officielle Grundlage für den vorliegen-

den Bericht dergestalt gewinnen, daß man mit sicherem Vertrauen den richtigen Zusammenhang der Thatsachen oder eine Schilderung der Parteien, die bei der Bewegung einander gegenüberstehen, oder auch nur die wirkliche Veranlassung zu den vorliegenden Ereignissen zuverlässig entnehmen könnte. Dieß zu leisten, war bei dem Mangel an Material Ihr Ausschuß außer Stande. Das Majorität=Erachten ging von dem Grundsatz aus, daß keine genaue authentische Kenntniß von der gegenwärtigen Lage der Dinge uns vorliegt, als zuerst eine solche detaillirte Nachricht erwartet werden müsse, in welchem Verhältniß die Parteien nicht allein in Wien, sondern in sämmtlichen Provinzen des österreichischen Staats stehen, die zu dem deutschen Bundesstaate gehören und sich gegenwärtig in Bewegung finden. Ein solcher Bericht kann mit Zuverlässigkeit nur durch die Reichscommissäre an Ort und Stelle erstattet werden, und wir konnten somit nur von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß, da den Reichscommissären die umfassendste Vollmacht gegeben wurde, nicht bloß innerhalb, sondern auch außerhalb des österreichischen Staats, nämlich in den benachbarten Ländern des deutschen Bundes-Staats jede ihnen angemessen scheinende Hülfe nachzusuchen, demgemäß die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung der Commissäre gut zu heißen sei. Jedoch stellten wir den Zusatz hinzu, daß wir den Reichscommissarien nicht allein — wie man uns vorgeworfen hat in Bezug auf ein unbedingtes Vertrauensvotum für das Ministerium

— hinsichtlich der Wiederherstellung der Ordnung oder meinetwegen der polizeilichen Ordnung und der innern Sicherheit die Mission überwiesen sehen wollten, sondern in ihnen zugleich auch eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands erblicken mußten. Wir kamen ferner in dem zweiten Satze dazu, das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Commissären eingehenden Berichte die erforderlichen weiteren Schritte zu thun und mit aller Entschiedenheit jede zum Schutz der Interessen Deutschlands nothwendige Maßregel zu ergreifen. Wir erkennen mithin, da im Minoritätserachten fast ganz und gar der ursprüngliche Antrag des Herrn Venedey enthalten ist, was den ersten Punkt betrifft, eine ziemlich annähernde Uebereinstimmung mit dem ersten Satz des Majoritätserachtens, wiewohl ich mich für die einfache Annahme des letzteren ausschließlich entscheide und dieselbe der hohen Nationalversammlung empfehle. Der zweite Satz des Minoritäts-Erachtens konnte aber von uns deshalb nicht empfohlen werden, weil wir es eben nicht für geeignet erachten, der hohen Nationalversammlung anzurathen, die im allgemeinen Umfang gegebene Vollmacht der Reichscommissäre mit neuen besondern Bedingungen zu umgränzen und vielleicht dadurch einzuengen, nämlich alle in den deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung zu stellen. Nach der Vollmacht liegt dieß schon in der Befugniß der Reichscommissäre selbst. Wenn nun dieser zweite Satz wegfällt, so fällt der dritte im Minoritätserachten

mit dem zweiten unseres Gutachtens wieder zusammen.

Vicepräsident Simson: Ich werde die Discussion über diesen Gegenstand für geschlossen erachten dürfen. Außer den beiden Anträgen der Minorität und Majorität des Ausschusses liegt zuerst der Verbesserungs-Antrag des Herrn Mayfeld vor, wornach zu dem Majoritätserachten als dritter Punkt der zweite Satz des Minoritätserachtens, jedoch in folgender Fassung aufzunehmen wäre:

> „Das Reichsministerium aufzufordern, sogleich die Verfügung zu treffen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen nur den constitutionellen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung gestellt werden.“

Ist dieser Antrag unterstützt? (Es erhebt sich die genügende Zahl.) Er ist gehörig unterstützt. Der Antrag des Abgeordneten Eisenmann geht dahin:

> „Die hohe Centralgewalt wolle die beiden nach Wien gesendeten Reichscommissäre instruiren und bevollmächtigen, daß sie ihre Vermittlung mit aller Energie im Sinne des Anschlusses der deutschen Provinzen an Deutschland geltend zu machen, und sohin dahin zu wirken, daß die Abgeordneten aus nichtdeutschen Ländern aus dem österreichischen Reichstag ausscheiden.“

Ist dieser Antrag unterstützt? (Es erhebt sich die hinreichende Anzahl.) Er hat genügende Un-

terstützung gefunden. Der Antrag des Herrn Leue ist durch Unterschriften unterstützt. Der Antrag des Herrn Mareck und Pattai:

„Die constituirende Nationalversammlung beschließt: Die Centralgewalt aufzufordern, bei den gegenwärtig in Oesterreich eingetretenen Umständen alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen;

insbesondere aber die sofortige Enfernung der von Jellachich befehligten croatischen Armee aus dem Reichsgebiete und die Einstellung aller Feindseligkeiten von Seiten der übrigen Truppen gegen die Stadt Wien zu veranlassen;

für den Fall, daß diese Maßregeln zur Herstellung des Friedens und zur Sicherung der deutschen Interessen unzureichend wären oder der Durchführung derselben irgend welche Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten, beschließt die Nationalversammlung ferneres:

„Die Centralgewalt aufzufordern, ungesäumt den Oberbefehl der in den deutsch-österreichischen Provinzen befindlichen Truppen zu übernehmen und die Administration dieser Provinzen von Seiten des Reiches einzuleiten.“

Ist der Antrag unterstützt? (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt. Der Antrag des Herrn Förster von Hünfeld wird nicht unterstützt. Hauptantrag von Berger, Vogt und Genossen:

„Die Nationalversammlung beschließt:

1) ihre Mißbilligung auszudrücken, daß die Centralgewalt im Interesse der deutschen Sache und zur raschen Beendigung des in Oesterreich ausgebrochenen Bürgerkriegs keine energischen Mittel ergriffen habe;

2) der Centralgewalt aufzutragen, sie habe den Kaiser von Oesterreich aufzufordern, daß er sich ungesäumt nach Wien an den Sitz der constitutionellen Gewalten zu begeben habe;

3) der Centralgewalt aufzugeben, daß sie sofort die Aufhebung der militärischen Cernirung Wiens und den Abmarsch der sämmtlichen um Wien zusammengezogenen Truppenmassen zu verfügen habe;

4) der Centralgewalt aufzugeben, sie habe die zur eventuellen Beendigung des Bürgerkriegs erforderlichen Reichstruppen unter die Befehle des Wiener Reichstag zu stellen;

5) zu erklären, daß alle von dem Kaiser von Oesterreich ohne constitutionelle Contrasignirung erlassenen Befehle und Verfügungen ungültig und als nicht erlassen anzusehen sind."

Wird der Antrag unterstützt? (Die erforderliche Anzahl erhebt sich.) Er ist hinreichend unterstützt. Ich bringe den Antrag der Mehrheit des Ausschusses zur Abstimmung und zwar zur namentlichen Abstimmung. Der Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung möge beschließen:

1) die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Commissären nach Wien, — in welcher die Nationalversammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkrieges und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt, — gutzuheißen;

2) das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Commissären eingehenden Berichte sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit jede zum Schutze etwa in Frage gestellter Interessen Deutschlands nothwendige Maßregel zu ergreifen, und über dieselben der Nationalversammlung Mittheilung zu machen."

Diejenigen Herren, welche dem Antrag des Ausschusses beipflichten wollen, belieben bei Nennung ihres Namens mit Ja zu antworten, und diejenigen, welche dagegen stimmen, mit Nein! (Abstimmung.) Der Antrag der Majorität des Ausschusses ist mit 250 gegen 166 Stimmen angenommen. Ich bringe also die Zusätze des Herrn Maifeld und Eisenmann zur Abstimmung. Herr Maifeld schlägt vor, zu dem angenommenen Minoritätserachten folgenden Zusatz zu machen:

„Das Reichsministerium aufzufordern, sogleich die Verfügung zu treffen, daß alle in deutsch-österreichischen Ländern befindliche Truppen nu-

den constitutionellen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung gestellt werden."

Diejenigen Herren, welche den Zusatz des Herrn Maifeld annehmen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Es erhebt sich die Minderheit.) Der Antrag ist abgelehnt. Der Zusatzantrag des Herrn Eisenmann lautet:

„Die hohe Centralgewalt wolle die beiden nach Wien gesandten Reichscommissäre instruiren und bevollmächtigen, daß sie ihre Vermittlung mit aller Energie im Sinne des Anschlusses der deutschen Provinzen an Deutschland geltend zu machen, und sohin dahin zu wirken, daß die Abgeordneten aus nichtdeutschen Ländern aus dem Reichstage ausscheiden."

Diejenigen, welche diesen Zusatz annehmen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Es erhebt sich die Minderheit.) Der Antrag ist verworfen. Damit ist die Abstimmung erledigt. — Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr.)

Im gleichen Verlag ist erschienen:

Statistisches Taschenbuch der deutschen Bundesstaaten nach den neuesten offiziellen Angaben. 18 kr. oder 5 Sgr.

Dieses Taschenbuch gibt die neuesten Verhältnisse aller 38 Bundesstaaten in einer neuen, äußerst anschaulichen Weise über Größe, Bevölkerung, Confessionen, Contingent, Produkte, geographische Beschaffenheiten, vorzüglich aber durch eine sehr interessante tabellarische Städte-Statistik nach der Einwohnerzahl geordnet.

Die Constitution der französischen Republik vom 4. November 1848. Französisch und deutsch. gr. 8. Velinpapier. 21 kr. oder 6 Sgr.

Leben des Erzherzogs Johann, erster deutscher Reichsverweser. Zweite sehr vermehrte Auflage. 100 Seiten. 28 kr. oder 8 Sgr.

Inhalt. Jugendzeit. Briefe an J. v. Müller. Die Kriege von 1800, 1805 und 1809. Die Schlacht bei Raab und bei Aspern. Friede von Wien. Landleben in Steiermark. Die Verschwörung mit Hormayr. Die Befreiungskriege. Heirath. Der erste Besuch am Rhein. Die Erhebung zum Reichsverweser mit den Aktenstücken. Ernennung des Ministeriums. Reise nach Cöln.

Die Wechsel-Ordnung. Reichsgesetz vom 26. November. (Dieselbe tritt am 1. Mai 1849 in Kraft.) Taschenformat. Elegant geheftet 15 kr. oder 4 Sgr.

Humoristisch erotische Literatur!

Anfang December d. J. erscheint:

Das Dekameron des Boccaccio.

Uebersetzt von E. Ortlepp.

8 Theile.

Ausgabe mit 12 erotischen Kupfern (versiegelt).

Baarpreis fl. 3. 36 kr. oder 2 Thlr.

Diese Uebersetzung ist eine der gelungensten, und kostet trotz der eleganten Beigabe von zwölf ganz neu componirten und fein gestochenen Kupfern kaum so viel als andere, denen dieser Schmuck fehlt. Ausdrücklich wird bemerkt, daß diese Ausgabe überall nur auf feste Bestellung gegen Baarzahlung zu erhalten ist, und die Kupfer nicht abgesondert verkauft werden.

Verlag von F. H. Köhler
in Stuttgart.

Deutsche

Parlaments-Bücher.

Zweite Serie. Erster Theil.

Inhalt.

Erste Berathung über den Waffenstillstand von Malmö. Sistirung.

Stuttgart, 1848.
Franz Heinrich Köhler.

Deutsche

Parlaments-Bücher.

Zweite Serie. Erster Theil.

Inhalt.

Erste Berathung über den Waffenstillstand von Malmö. Sitzung.

Stuttgart. 1848.
Franz Heinrich Köhler.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Deutsche Parlaments-Bücher

Bd.: 2,3

Stuttgart 1849

J.publ.g. 576 d-1,1/2,3
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560671-5